

BAL
DUPLICATE
OF LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

*Die Kommunistische
Internationale*

1927 / HEFT 34

BERLIN, DEN 23. AUGUST

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU / Günther: Das
vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU zur internationalen Lage
Heinz Neumann: Deutschland und der kommende Krieg / T. Mandaljan
Die Streikwelle während der Nordexpedition / Bücher- und Zeitschriftenschau

chards

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 34 23. AUGUST

I N H A L T

	Seite
Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU	1631
Günther: Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU zur internationalen Lage	1640
Neumann: Deutschland und der kommende Krieg	1648
Sawdar: Der Einfluß der chinesischen Ereignisse und der Sowjetunion auf Indien	1655
Mitzkewitsch-Kapsukas: Die faschistische Umwälzung in Litauen und die KP Litauens	1667
Mandaljan: Die Streikwelle während der Nordexpedition	1675
„Der Parteiarbeiter“	1687

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar „

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DAS VEREINIGTE PLENUM DES ZK UND DER ZKK DER KPSU

Die Kriegsgefahr

Die Arbeit des vereinigten Plenums des ZK und des ZKK der KPSU muß sowohl im Lichte der Resolutionen des Maipenums der Komintern als auch im Lichte der „Prophezeiungen“ der Opposition betrachtet werden, die in dem Zeitabschnitt zwischen dem Plenum der Komintern und dem Plenum des ZK und der ZKK der KPSU eine besondere Energie entfaltete, um nicht nur die Reihen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, sondern der gesamten Komintern zu desorganisieren.

Das Maipenum der Komintern ging von der unbestreitbaren These aus, daß der Imperialismus sich nicht auf den Krieg beschränkt, den er in China führt, sondern auch einen neuen Weltkrieg vorbereitet, dessen Spitze gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Aus diesem Grunde hat das Plenum der Komintern als Hauptlösung für die Kommunistischen Parteien aller Länder und für die Werktätigen der ganzen Welt die Verteidigung der russischen und chinesischen Revolutionen aufgestellt. Es lag nun dem Plenum des ZK und der ZKK ob, zu prüfen, in welchem Maße der zwischen beiden Plenen liegende Zeitabschnitt von zwei Monaten die Richtigkeit der vom Stabe der Weltrevolution gegebenen allgemeinen Einschätzung der jetzigen Lage bestätigt hat.

Wenn wir uns der am 9. August zur Frage der internationalen Lage angenommenen Resolution des vereinigten Plenums zuwenden, so sehen wir, daß das vereinigte Plenum auf Grund der Erfahrungen des neuen Zeitabschnittes die Grundeinschätzung der Komintern wiederholt hat. Schon in den ersten Zeilen der Resolution über die internationale Lage und die Sowjetunion lesen wir:

„Die gegenwärtige internationale Lage kennzeichnet sich in erster Linie durch das äußerst gespannte Verhältnis zwischen dem imperialistischen England und der proletarischen Sowjetunion einerseits und durch die militärische Intervention des Imperialismus in China andererseits. Die Gefahr eines konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion ist das akuteste Problem der gegenwärtigen Periode. (Gesperrt vom Verf.)

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen der Sowjetunion und ihrer kapitalistischen Umwelt ist die Haupttendenz der gegenwärtigen Periode, was selbstverständlich den einen oder andern Zeitabschnitt einer gewissen Besserung der Beziehungen an irgendeinem anderen Frontabschnitt nicht ausschließt.“

An einer anderen Stelle der gleichen Resolution des vereinigten Plenums über die internationale Lage finden wir Sätze, die den Grundgedanken des Plenums der Komintern bestätigen, daß im Lager der den Krieg gegen China führenden und den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitenden internationalen Räuber — England, das sich nach wie vor in Stagnation und Niedergang befindet, die führende Rolle spielt. Die Resolution des vereinigten Plenums spricht es klar aus, daß

„der englische Imperialismus, gezwungen durch die Konkurrenz mit den kontinentalen Staaten Europas und mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas und bedroht durch die Kolonialbewegung des Ostens, naturgemäß zum Führer der reaktionären imperialistischen Kräfte wird“.

Das vereinigte Plenum wies des weiteren darauf hin, daß in erster Linie die Arbeiterklasse aller kapitalistischen Länder der entgegenwirkende Faktor ist, der gegen die Reaktion ankämpft. Das vereinigte Plenum betonte ebenfalls, daß die Bourgeoisie es begreife — daß sie es notgedrungen begreifen müsse —, daß „ein Krieg gegen die Sowjetunion fraglos früher oder später alle Kräfte der internationalen Revolution entfesseln wird“. Es ist selbstverständlich, daß dieses Bewußtsein ein Faktor ist, der den kapitalistischen Räubern Furcht einflößt. Mit gesteigerter Aufmerksamkeit muß jedoch die wirkliche Bedeutung dieser entgegenwirkenden Faktoren untersucht und die Stärke ihres Einflusses berücksichtigt werden. Die ganze gegenwärtige Konjunktur ist eine derartige, daß der Imperialismus trotz der ernstlichen Furcht, die er vor der Möglichkeit ernsthafter sozialer Erschütterungen im Zusammenhange mit einem neuen Kriege empfindet, doch zur Hilfe eines Kriegsbrandes seine Zuflucht nehmen könnte, um sich vor den Widersprüchen zu retten, die ihn zerstören. Gerade deshalb bildet die Erfüllung der zentralen Direktive des Plenums der Komintern nach wie vor die dringlichste, unaufschiebbare Aufgabe aller kommunistischen Sektionen ohne jede Ausnahme und in der Hauptsache der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die dazu berufen ist, die Abwehrfähigkeit des ersten sozialistischen Staates, des Schildes der Unterdrückten, des Schwertes der sich Erhebenden, zu organisieren.

Das vereinigte Plenum hat auf die Maßnahmen hingewiesen, die die Arbeiterklasse der Sowjetunion zum Zwecke der Organisation der Abwehr bereits getroffen hat. In der Resolution über die internationale Lage lesen wir, daß

„der Aufruf der Partei und der Sowjetmacht zu allseitiger Vorbereitung der Abwehrfähigkeit des proletarischen Staates in der Arbeiterklasse der Sowjetunion einen leidenschaftlichen Widerhall ausgelöst habe, indem diese in der Abwehr-Woche ihre Geschlossenheit, ihre Fähigkeit gezeigt habe, die Bauernschaft zu führen, sowie die Fähigkeit, mit ihrer Brust das Zentrum der internationalen Revolution gegen den Angriff des Imperialismus zu schützen“.

Die chinesische Revolution

In dem zwischen dem Plenum der Komintern und dem vereinigten Plenum der KPSU liegenden Zeitabschnitt sind im Kräfteverhältnis in China die größten Veränderungen vor sich gegangen. Das vereinigte Plenum mußte in seiner Beurteilung des Problems der chinesischen Revolution naturgemäß nicht nur von der Mairesolution der Komintern über die Chinafrage, sondern auch von jener neuen Direktive ausgehen, die die Komintern in ihrer Resolution vom 14. Juli gegeben hatte.

Das vereinigte Plenum versuchte vor allem, jene drei wichtigsten Linien genau festzustellen, die in der Frage der Beurteilung der Dynamik der chinesischen Revolution und der Taktik der Kommunistischen Internationale hervorgetreten waren. Die e r s t e Linie ist die Linie einer einheitlichen nationalrevolutionären Front, die auch die Bourgeoisie in a l l e n Etappen der Revolution umfaßte. Das vereinigte Plenum bezeichnete diese Linie richtig als

rechte Abweichung, die direkt und indirekt in den Menschewismus einmündet. Die zweite Linie bestreitet prinzipiell die Zulässigkeit jeglicher Verständigung und eines jeden Blockes mit der Bourgeoisie, unabhängig von den Entwicklungsetappen der Revolution. Diese zweite Linie kann als der ersten gerade entgegengesetzt erscheinen. Aber nach der Formel — die Extreme berühren sich — entspringt sie im Grunde genommen demselben Mangel an Verständnis für die Verflechtung und Verknüpfung der nationalen, antiimperialistischen Revolution und der Agrarrevolution, die jetzt in China vor sich gehen. Das vereinigte Plenum charakterisierte diese zweite Linie als eine trotzkistische. Die dritte Linie berücksichtigt die Notwendigkeit einer Verständigung mit der Bourgeoisie der Kolonial- und Halbkolonialländer für bestimmte Entwicklungsetappen und unter bestimmten Bedingungen — im genauen Einklang mit der Lehre Lenins und mit den Resolutionen des zweiten Kongresses der Komintern. Das vereinigte Plenum wies vollkommen richtig darauf hin, daß die Komintern während der ganzen Zeit diese dritte Linie hartnäckig durchgeführt habe, ihr treu geblieben sei — trotz aller Schwierigkeiten, mit denen die chinesische Revolution zu kämpfen hatte und hat.

Die Stärke der Komintern-Linie in China bestand darin, daß die Komintern rechtzeitig den Uebergang einer Etappe in die andere vorausgesehen und alle ihr zugänglichen Maßnahmen ergriffen hatte, um die Massen auf den bevorstehenden Uebergang vorzubereiten. Die Jugend und Unerfahrenheit der chinesischen KP, die opportunistische Abweichung der Spitze der KPCh, verhinderten oft eine schnelle und verständige Durchführung der richtigen und rechtzeitigen Direktiven des Stabes der Weltrevolution. Aber auch diese Schwierigkeiten — die Begleiterscheinungen des Wachstums — waren im Grunde genommen unvermeidlich. Bei der Betrachtung des Schicksals der chinesischen Revolution muß man daran denken, daß die chinesische Kommunistische Partei im Prozeß der revolutionären Feldzüge emporgewachsen ist, daß sie ihre Erfahrung unter den unmittelbaren Schlägen der Feinde sammelt. Ohne die richtige Politik der Komintern hätte die Kommunistische Partei nicht so schnell zu einer Massenpartei werden können, die an ihren Fehlern zu lernen und entsprechend den Anforderungen der sich entfaltenden Revolution zu wachsen vermag. Wenn die von der Opposition hinterher entworfenen Taktik in der ganzen Zeit auf China angewandt worden wäre, so wäre die chinesische Kommunistische Partei in jenem Keimzustand verblieben, indem sie sich vor zwei Jahren befunden hat, als sie zur Isolierung und Ohnmacht verurteilt war.

Die Resolution des vereinigten Plenums über die internationale Lage befindet sich in dem Teil, der China betrifft, in vollem Einklang mit den wichtigsten Resolutionen der Komintern (des 7. Plenums, des Maipenums und des Präsidiums der Exekutive vom 14. Juli) zur Frage der Probleme der chinesischen Revolution. Uebersaus bezeichnend ist, daß die Opposition auf dem vereinigten Plenum es nicht mehr mit solcher Selbstsicherheit gewagt hat, die vorübergehende Niederlage der chinesischen Revolution den Fehlern der Führung und dem Parteiregime zuzuschreiben. Die Opposition zog in Betracht, daß die Arbeiterklasse der Sowjetunion ebenso wie die Arbeiter aller anderen Länder sich bereits davon überzeugen konnten, daß die hauptsäch-

liche und entscheidende Ursache jener ernsten, jedoch vorübergehenden Prüfung der chinesischen Revolution in erster Linie das Resultat des Kräfteverhältnisses ist, was die Opposition bisher niemals richtig zu erfassen vermocht hat. Diese wagte selbst nicht, gegen jenen Teil der Resolution des vereinigten Plenums irgend etwas einzuwenden, in der davon die Rede ist, daß die chinesische Revolution in ihre höchste Entwicklungsphase tritt, die Phase des direkten Kampfes um die Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Die wirtschaftlichen Direktiven für 1927/1928

Es gab eine Zeit, wo die Opposition ihre ganze Leidenschaftlichkeit gegen die Wirtschaftspolitik der KPSU richtete. Sie prophezeite das unvermeidliche Fiasko des sozialistischen Aufbaues, indem sie die technische Rückständigkeit der Sowjetunion und das Dominieren der Bauernschaft in der Bevölkerung des ersten sozialistischen Staates betonte. Auf dem letzten vereinigten Plenum zeigte die Opposition in diesen Fragen eine viel größere Zurückhaltung. Darüber hinaus war sie entgegen allen ihren Voraussagen gezwungen, das Bestehen bestimmter Erfolge und Errungenschaften im sozialistischen Aufbau zu konstatieren. Gewiß, die Opposition verzichtete auch dieses Mal nicht auf eine „Kritik“ und auf eine Formulierung äußerlich radikaler, im Grunde genommen aber reaktionärer Vorschläge und Forderungen. Man fühlte jedoch, daß die in der Hebung der sozialistischen Wirtschaft erreichten realen Resultate der Opposition den Boden unter den Füßen entzogen hatten, so daß sie es jetzt vorzieht, die Komintern und die KPSU auf der Linie der internationalen Politik in Verbindung mit den in der chinesischen Revolution eingetretenen Schwierigkeiten zu attackieren.

Die vom vereinigten Plenum zur Wirtschaftsfrage angenommene Resolution zeichnet sich durch überzeugende Sachlichkeit aus. Die im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Feldzuges gegen die erste Arbeiterrepublik, der Sowjetunion erstehenden neuen Aufgaben unterstreichend, betont die Resolution, daß

„die im Laufe der letzten Zeit im wirtschaftlichen Aufbau erreichten Erfolge die Verwirklichung des Programms für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft auf Grund der Industrialisierung des Landes, des von Jahr zu Jahr steigenden spezifischen Gewichts der Großindustrie und der Arbeiterklasse möglich machen“.

Diese allgemeine Einschätzung wird in dem Abschnitt der Resolution, der die Ueberschrift „Die wichtigsten Merkmale des laufenden Jahres“ trägt, detailliert. In diesem Abschnitt finden wir ein kurzes, aber klares Verzeichnis der Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung des laufenden Jahres. Wir sind der Ansicht, daß gerade jetzt, wo die Arbeiterklasse der ganzen Welt das Fazit der Schaffenskraft der proletarischen Massen des ersten sozialistischen Staates im verflassenen Jahrzehnt zu ziehen versucht, dieses Verzeichnis möglichst vollständig hergesetzt werden muß. Es enthält folgende Punkte:

1. Steigerung der Produktion der Staatsindustrie in acht Monaten im Durchschnitt um 20—21 Prozent.
2. Ausgaben für Kapitalanlagen auf dem Gebiete der Industrie und der Elektrifizierung in der Höhe einer Milliarde und Inangriffnahme solcher Anlagen wie der Dneprostroï, die Semiretschensk-Eisenbahn.
3. Erhöhung des Reallohnes in den verflassenen neun Monaten gegen den

gleichen Zeitraum des Vorjahres durchschnittlich um 11,5 Prozent, bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität.

4. Umschwung zum Preisabbau der Industrieerzeugnisse.

5. Stabilität der Getreidebeschaffungspreise im Laufe des ganzen Jahres und Herabsetzung der Getreide-Verkaufspreise.

6. Erweiterung der Anbaufläche spezieller Saaten im Jahre 1927.

7. Beherrschung des Marktes durch die Genossenschaften und den Staatshandel auf Kosten des verdrängten Privatkapitals.

8. Erzielung einer aktiven Bilanz des Außenhandels, die in acht Monaten 102 Millionen Rubel erreichte — gegenüber der passiven Bilanz in den letzten zwei Jahren.

9. Erfolgreiche Durchführung des Staatsetats ungeachtet des beträchtlichen Fehlbetrages im Eisenbahnetat.

10. Steigerung der Kaufkraft des Rubels.

Das vereinigte Plenum beschränkte sich nicht darauf, das Fazit der Errungenschaften im wirtschaftlichen Aufbau der verflossenen Periode zu ziehen, — es stellte auch die Fehlrechnungen, wie auch alle jene negativen Momente fest, denen der sozialistische Aufbau begegnete und begegnet. Das Plenum hatte jedoch, ohne die Bedeutung aller krankhaften Erscheinungen im sozialistischen Aufbau zu unterschätzen, das Recht zu der Folgerung, daß die

„allgemeinen wirtschaftlichen Ergebnisse des laufenden Jahres, soweit sie nach den vorläufigen Daten beurteilt werden können, sich als günstig erwiesen haben.“

Der Schlußteil der Resolution über die wirtschaftlichen Direktiven klingt in einen Aufruf an alle Arbeiter und an alle Werktätigen der Sowjetunion aus, in einen Appell, der fraglos den weitesten Widerhall hervorrufen wird. Wir bringen ihn hier in seinem vollen Wortlaut:

„In der Situation der Verschärfung der internationalen Lage und der Vorbereitung eines Ueberfalles auf den Staat der proletarischen Diktatur durch die kapitalistische Umgebung erfordern die Verwirklichung des Programms des sozialistischen Aufbaus und die Sicherung der Abwehrfähigkeit des Landes die allseitige Verbesserung der Qualität der Arbeit aller Staats-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorgane, die Ueberwindung der bürokratischen Auswüchse des Apparates, die Anspannung aller Kräfte der Partei und der werktätigen Massen, die Festigung der Arbeitsdisziplin, die Hebung der Verantwortlichkeit für die Ausführung jeder, selbst der kleinsten Aufgabe in der Wirtschaft, in der Produktion, im Sowjetapparat usw. Die größtmögliche Selbsttätigkeit der breiten Massen der Arbeiterklasse und der Hauptmasse der Bauernschaft im Prozeß des sozialistischen Aufbaues ist die Hauptgarantie für die Erfolge des wirtschaftlichen und kulturellen Wachstums der Sowjetunion und der Stärkung ihrer Abwehrfähigkeit.“

Die Erklärung der Opposition

Die dem vereinigten Plenum vorgelegte Erklärung der Opposition muß nicht nur im Lichte der Deklaration der Opposition vom 16. Oktober vorigen Jahres, sondern auch im Lichte des vom Maipenum der Komintern gefaßten Beschlusses betrachtet werden. Das Maipenum der Komintern hatte den Genossen Trotzki jede Fortsetzung des Fraktionskampfes kategorisch verboten und gleichzeitig die Aufmerksamkeit des ZK der KPSU auf die Notwendigkeit energischster Maßnahmen zum Schutze der KPSU gegen den Fraktionskampf der Genossen Trotzki und Sinowjew hingelenkt. Diese Resolution wurde bekanntlich Ende Mai dieses Jahres angenommen. Zugleich

war das Präsidium der ZKK der KPSU nach einem überaus kurzen Zeitabschnitt, und zwar am 24. Juni dieses Jahres gezwungen, vor dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK die Frage der Entfernung der Genossen Sinowjew und Trotzki aus dem Bestande des ZK der KPSU zu stellen, und zwar infolge einer ganzen Anzahl fraktioneller parteifeindlicher Handlungen, die begangen wurden, nachdem die Komintern den Führern der Opposition in der KPSU eine kategorische Verwarnung erteilt hatte.

Dieser kleine Hinweis zeigt deutlich, daß die Opposition vor ihren eigenen Versprechen keinen besonderen Respekt gehabt und keinerlei Neigung gezeigt hat, die klar formulierten Direktiven und Vorschläge des höchsten Organs der kommunistischen Bewegung der Welt durchzuführen. Dies alles darf keinen Augenblick außer acht gelassen werden, wenn man die durch die Genossen Trotzki, Sinowjew und ihre Gesinnungsgenossen aus der Opposition abgegebenen neuen Erklärungen und neuen Versprechungen betrachtet.

Ganz unabhängig von dem Verhalten der Opposition zu ihren eigenen Versprechungen flößt die letzte Erklärung auch aus andern Gründen ernsthafte Zweifel ein.

Die Erklärung bildet drei Antworten auf drei gestellte Fragen. Es genügt, die Fragen und Antworten zu vergleichen, um sich davon zu überzeugen, daß die Opposition nicht den Wunsch gezeigt hat, den berechtigten Forderungen der erdrückenden Mehrheit des Plenums des ZK und der ZKK offen und vollständig entgegenzukommen.

Der Klarheit halber wollen wir versuchen, die Vorschläge und Antworten einander gegenüberzustellen.

Der Vorschlag Nr. 1 an die Opposition wurde vom Vereinigten Plenum folgenderweise formuliert:

„Der halbdefaitistischen Theorie des Genossen Trotzki angesichts der Kriegsgefahr (Thesen des Genossen Trotzki über Clémenceau) zu entsagen, den Weg einer unbedingten und vorbehaltlosen Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes gegen den Imperialismus zu betreten und die oppositionelle Verleumdung über eine Thermidor-Entartung unserer Partei- und Sowjetführung zu verurteilen.“

Die Antwort der Opposition auf diese klare Forderung lautet:

„Wir sind unbedingt und vorbehaltlos für die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes gegen den Imperialismus.“

Wir sind selbstverständlich unbedingt und vorbehaltlos für die Verteidigung der Sowjetunion unter dem gegenwärtigen ZK, unter der gegenwärtigen Leitung des EKKI.

Wenn die bekannte Stelle über Clémenceau im Briefe des Genossen Trotzki jemandem Veranlassung geben konnte zu einer offensichtlich falschen Auslegung dieser Analogie im Sinne des Kampfes um die Macht durch Ausnützung der Kriegsschwierigkeiten zu diesem Zwecke, so weisen wir entschieden eine derartige Auslegung dieses Hinweises zurück. Zugleich halten wir unsere Ueberzeugung aufrecht, daß die Partei auch während des Krieges nicht auf die Kritik und auf die Korrigierung der Linie des Zentralkomitees, falls sie unrichtig sein wird, verzichten kann.

In unserem Resolutionsentwurf zur internationalen Frage stellten wir u. a. folgende Losungen auf: Niederlage aller bürgerlichen Staaten, die gegen die Sowjetunion Krieg führen — jeder ehrliche Proletarier eines kapitalistischen Landes muß aktiv für die Niederlage seiner Regierung arbeiten; Uebergang jedes ausländischen Soldaten, der nicht gewillt ist, den Sklavenhaltern „seines“ Landes zu helfen, zur Roten Armee; die Sowjetunion ist das Vaterland aller Werktätigen; wir sind seit dem 7. November 1917 „Vaterlandsverteidiger“; unser „vaterländischer“ (Lenin) Krieg wird ein Krieg sein „für die Sowjetrepublik als einer Truppe der Weltarmee des Sozialismus“; unser „vaterländischer“ Krieg „ist kein Ausweg zum bürgerlichen Staate, sondern ein Ausweg zur

internationalen sozialistischen Revolution“ (Lenin); wer nicht ein Verteidiger der Sowjetunion ist, der ist unbedingt ein Verräter an dem internationalen Proletariat.

Zur Frage des Thermidorianismus sagen wir: im Lande wachsen Elemente des Thermidorianismus heran, die eine genügend ernste soziale Basis haben. Wir bezweifeln nicht, daß die Partei und das Proletariat diese Kräfte bei einer Leninschen Linie und bei innerparteilicher Demokratie überwinden werden. Was wir verlangen, ist, daß die Parteiführung diesen Erscheinungen und ihrem Einfluß auf gewisse Glieder der Partei einen systematischen, festeren, planmäßigeren Kampf entgegensetzt. Wir weisen den Gedanken zurück, daß unsere bolschewistische Partei, ihr ZK. und ZKK. thermidoristisch sind.“

Versuchen wir diese Antwort zu analysieren. Zunächst ist es auffallend, daß die Erklärung über die unbedingte und vorbehaltlose Verteidigung der Sowjetunion mit dem Wörtchen „selbstverständlich“ gespickt ist. Dieses Wörtchen macht uns stutzig. Wenn wir die Handlungen der Opposition in den letzten Monaten, d. h. in den Monaten, da die Frage der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes durch den Verlauf der Ereignisse auf des Messers Schneide gestellt wurde, betrachten, dann sehen wir, daß die Opposition sich einer unbedingten und vorbehaltlosen Verteidigung der Sowjetunion entzogen hat.

Wir werden hier die Handlungen der Opposition in der Zeit zwischen dem Plenum des EKKI und dem Vereinigten Plenum nicht ausführlich behandeln. Sie sind allgemein bekannt und in der Resolution des ZK und der ZKK über die Opposition hinreichend geschildert. Uns interessiert momentan, wie der Hinweis des Genossen Trotzki auf die Erfahrung mit Clémenceau in der Erklärung der Opposition behandelt wird.

In dieser Erklärung wird behauptet, die „Analogie“ des Genossen Trotzki sei unrichtig ausgelegt worden. Wir werden versuchen, den richtigen Sinn dieser Analogie zu prüfen. Die Opposition wurde beschuldigt, daß sie durch ihre Angriffe auf die Führung der KPSU und auf die Führung der Komintern die Wehrfähigkeit der sozialistischen Republik schwächt. Genosse Trotzki wollte nun die Berechtigung dieser Handlungen beweisen, indem er darauf hinwies, daß Clémenceau während des Krieges es für möglich hielt, gegen die französische Regierung, die Clémenceau als schwach und charakterlos betrachtete, nicht nur den Kampf aufzunehmen, sondern sie auch zu stürzen und durch eine andere Regierung zu ersetzen. Das war das Argument des Genossen Trotzki. Für jeden gesund denkenden Menschen ist es klar, daß Genosse Trotzki durch den Hinweis auf diesen „Präzedenzfall“ Clémenceau nicht nur versucht hat, seine jetzigen Attacken gegen die Führung der KPSU und gegen die Komintern zu rechtfertigen, sondern auch die volle Berechtigung der Fortsetzung und der Zuspitzung dieser Attacken zu beweisen, selbst dann, wenn der Feind vor den Toren stehen wird.

Es erübrigt sich sicherlich, ernsthaft zu beweisen, daß die Geschlossenheit um so notwendiger ist, je drohender eine Gefahr für die proletarische Diktatur ist. Wie dem aber auch sei, ist es für jeden unvoreingenommenen Proletarier klar, daß der Präzedenzfall mit Clémenceau in der Eigenschaft eines Programms für die künftigen Handlungen der Opposition vorgebracht wurde.

Nun zum zweiten Punkt. In der Resolution des ZK und der ZKK wird dieser Punkt folgendermaßen formuliert:

„Die Spaltungspolitik in der Komintern aufzugeben, die Partei der aus der Komintern ausgeschlossenen Maslow und Ruth Fischer zu verurteilen, jede Verbindung mit dieser antileninistischen und spalterischen Partei zu lösen und alle Beschlüsse der kommunistischen Internationale durchzuführen.“

In dieser Forderung gab es für die Opposition nichts Neues. Sie selbst hat in ihrer Erklärung vom 16. Oktober „jede Unterstützung der Tätigkeit von Leuten, die aus der Partei und der Komintern bereits ausgeschlossen sind wie Ruth Fischer, Maslow als besonders unzulässig“ anerkannt. In der Periode zwischen Oktober 1926 und August 1927 hat sich diese Renegatengruppe noch mehr entlarvt als eine Gruppe offener Helfershelfer der schlimmsten Feinde der Sowjetunion und des internationalen Kommunismus. Es schien, als müßte die Opposition gerade auf diese Frage eine absolut unzweideutige Antwort geben. Indessen lautet die Antwort der Opposition auf den zweiten Antrag folgenderweise:

„Wir geben zu, daß der kommunistischen Bewegung in Deutschland direkte Spaltung und die Bildung zweier Parteien droht. Indem wir uns den Beschlüssen der Komintern über die Unzulässigkeit organisatorischer Beziehungen zur ausgeschlossenen Urbahns-Maslow-Gruppe fügen, beantragen wir nachdrücklich — und wir werden uns in der Komintern dafür einsetzen — die Revision der Entschließung über die Ausschlüsse, im Hinblick darauf, daß sich unter den Ausgeschlossenen Hunderte alter revolutionärer Arbeiter befinden, die mit den Arbeitermassen eng verknüpft, dem Werke Lenins ergeben und bereit sind, die Sowjetunion aufrichtig und bis zum äußersten zu verteidigen.“

Die Schaffung einer neuen Partei in Deutschland würde eine enorme Gefahr herbeiführen. Wir halten es für notwendig, daß Maßnahmen zu deren Abwendung ergriffen werden. Wir schlagen vor, daß das ZK der KPSU folgende Maßnahmen durch das EKKI zur Abwendung dieser Gefahr durchführe: unter der Bedingung der Einstellung des Organs der Urbahns-Gruppe und der Unterordnung der Urbahns-Gruppe unter alle Beschlüsse der Komintern-Kongresse Wiederaufnahme derjenigen, die diese Bedingungen annehmen in die Komintern bei Garantie der Möglichkeit, ihre Anschauungen in der Parteipresse und überhaupt in den Reihen der Partei und der Komintern zu verfechten.“

Die Opposition schweigt sich über die verbrecherischen Handlungen von Maslow, Ruth Fischer u. a. aus und betont, daß es unter den Ausgeschlossenen „Hunderte von alten revolutionären Arbeitern“ gibt. Jeder, der die Verhältnisse in Deutschland gut kennt, weiß, daß dieses Attest für die Maslow-Ruth Fischer-Gruppe eine grobe Verhöhnung der Tatsachen ist. Auf diese aktive Unterstützung der Gruppe Maslow-Ruth Fischer durch die Opposition wurde in der genau formulierten Resolution des EKKI-Plenums hingewiesen; es wurde in dieser Resolution hingewiesen auf das „vollständige politische und organisatorische Bündnis mit den aus der KPD ausgeschlossenen Renegaten der Maslow-Ruth Fischer-Gruppe“.

In der gleichen Resolution wird erwähnt, daß das „Informations-Bulletin“ dieser Renegaten ständig von den Führern der Opposition mit Material versorgt wird. Diese Beschuldigung hat niemand nirgends und nie widerlegt. Unter diesen Verhältnissen ist es zumindest dumm, von irgendeinem elementaren Spaltungsprozeß zu sprechen, der unversehens heranrückt.

Die Opposition hatte jedoch von neuem den Mut, nach der Unterzeichnung eines Lobgesanges auf die Gruppe Maslow-Ruth Fischer, von neuem die Forderung zu wiederholen, die Genosse Trotzki auf dem EKKI-Plenum gestellt hatte, die Forderung nach der Wiederaufnahme aller aus der KPD Ausge-

schlossenen in die Partei. In ihrer neuen Formulierung hat diese Forderung eine pikante Stelle: die KPD wird gar nicht erwähnt. Die Ausgeschlossenen sollen sich nur verpflichten, sich den Beschlüssen der Komintern-Kongresse zu fügen. Augenscheinlich sollten alle aus der deutschen Partei Ausgeschlossenen in diese Partei selbst dann aufgenommen werden, wenn sie die Beschlüsse ihrer eigenen Partei auch weiter sabotieren und der KPD auch weiterhin Schritt auf Schritt Schaden zufügen.

Das aufmerksame Lesen der Antwort der Opposition auf den zweiten Punkt zeigt uns, daß die Opposition gerade bei diesem Punkt äußerste Vorsicht an den Tag legte. Wenn wir die Tätigkeit der Opposition seit dem Sommer vorigen Jahres einer ersten Analyse unterziehen, dann sehen wir, daß die Opposition nach der Niederlage ihrer Führer in den Versammlungen der Parteizellen Moskaus und Leningrads, ihre Blicke Westeuropa zuwandte. Sie kam offensichtlich zur Ansicht, daß bei den russischen Arbeitern nichts zu hoffen sei, und daß sie in den aus den Kommunistischen Parteien Westeuropas ausgeschlossenen Renegaten treue Helfer finden werde. Gerade darin liegt die Erklärung für die Tatsache, daß die Opposition seit dem Ende des vorigen Jahres den Problemen des Wirtschaftslebens der Sowjetunion eine immer geringere Aufmerksamkeit zuwendet und sich immer mehr auf internationale Fragen spezialisiert. Die Fabriken Aviopribor, der Rote Putilow-Arbeiter und andere Betriebe, in denen die Opposition eine so schändliche Niederlage erlitten hat, zwangen sie, ihre Blicke auf die Maslow und Urbahns zu lenken. Bei der Abfassung ihrer Erklärung war die Opposition in der vorsichtigsten Weise dafür bedacht, diese ihre Freunde unter keinen Umständen zu verlieren. Diese Vorsicht wird niemand irreführen. Der Genosse Trotzki und seine Verbündeten werden sich bald davon überzeugen, daß der Feldzug gegen den Leninismus in allen Sektionen der Komintern dieselbe Verurteilung finden wird, die er in den Reihen der KPSU gefunden hat.

Der dritte Punkt der Aufforderung des ZK und der ZKK an die Opposition lautet:

„Die Spaltungspolitik in der KPSU aufzugeben, den Versuch zur Schaffung einer zweiten Partei zu verurteilen, die Fraktion aufzulösen und sich verpflichten, alle Beschlüsse der KPSU und seines Zentralkomitees auszuführen.“

Aber sogar auf eine so elementare Forderung, die aus der ganzen Theorie und Praxis des Bolschewismus von selbst folgt, gab die Opposition keine genügend klare Antwort. Diese Antwort lautet:

„Wir verurteilen entschieden jegliche Versuche zur Schaffung einer zweiten Partei. Den Weg zu einer zweiten Partei in der Sowjetunion halten wir unbedingt verderblich für die Revolution. Wir werden mit allen Kräften und mit allen Mitteln gegen jegliche Tendenz, zwei Parteien zu schaffen, kämpfen. Ebenso entschieden und kategorisch verurteilen wir die Spaltungspolitik. Wir werden alle Beschlüsse der KPSU und ihres Zentralkomitees durchführen. Wir sind entschieden bereit, alles zur Vernichtung aller Fraktionselemente zu tun, die sich als ein Folge dessen gebildet haben, daß wir angesichts des innerparteilichen Regimes gezwungen waren, um die Informierung der Partei über unsere wirklichen Anschauungen, die in der im ganzen Lande gelesenen Presse ganz falsch ausgelegt wurden, einen Kampf zu führen.“

Es erübrigt sich, die Unzulänglichkeit dieser Antwort zu beweisen. Die Opposition weigert sich, öffentlich und entschieden zu erklären, daß sie ihre Fraktion auflöst.

Indessen hat das Plenum des ZK und der ZKK in Betracht gezogen, daß

die Erklärung selbst Beweise dafür enthält, daß die Opposition einen Rückzug für notwendig erachtet und sich von einer Reihe ihrer Fehler nochmals losgesagt hat, daß die Opposition sich gezwungen sah, der Partei zu versichern, sie werde alle Beschlüsse der Partei und ihres Zentralkomitees durchführen. Auf Grund dessen hat das Plenum beschlossen,

„die Frage des Ausschlusses der Genossen Trotzki und Sinowjew aus dem ZK aus der Debatte zu ziehen und ihnen einen strengen Verweis und eine Verwarnung zu erteilen“.

Die ganze Arbeit des Plenums sowie auch seine Resolutionen sind die Garantie dafür, daß diese Warnung wirklich die *l e t z t e W a r n u n g* war. Das Schicksal der Opposition in der Partei hängt jetzt von ihr selbst ab. Es steht ihr offen, in den Schoß der Partei zurückzukehren und ihre Erklärung, die nur einen schüchternen Versuch auf dem Wege zur Einheit darstellt, zum Beginn einer wirklichen Einheit werden zu lassen. Dazu ist es in erster Linie notwendig, zu beweisen, daß die Opposition wirklich die Absicht hat, „alle Beschlüsse der KPSU und ihres ZK durchzuführen“ und die Fraktion sofort aufzulösen. Ein solcher konkreter Schritt hätte eine größere praktische Bedeutung als ein Dutzend der schönsten Erklärungen. Andererseits ist es absolut klar, daß, wenn die Opposition noch einmal versucht, mit dieser feierlichen Erklärung das gleiche Spiel zu spielen, das sie mit ihrer feierlichen Erklärung vom 16. Oktober gespielt hat, daß dann die Organisatoren der Spaltung der KPSU und der Komintern sich in einer Reihe mit den Maslow und Ruth Fischer außerhalb der revolutionären kommunistischen Bewegung befinden werden.

Die Resolution des vereinigten Plenums wurde von den Versammlungen der Parteifunktionäre in Moskau und Leningrad voll und ganz unterstützt. Wir zweifeln nicht, daß diese Resolution nicht nur unter den Mitgliedern der KPSU, sondern auch in den Reihen der gesamten Komintern leidenschaftlichen Widerhall wecken wird.

G Ü N T H E R :

DAS VEREINIGTE PLENUM DES ZK UND DER ZKK DER KPSU ZUR INTERNATIONALEN LAGE

Die Beschlüsse, die das höchste Organ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in internationalen Fragen faßte, fanden mit Recht immer die größte Aufmerksamkeit aller Sektionen der Kommunistischen Internationale. Das eben zu Ende gegangene Plenum hat eine ganz besondere Bedeutung auch in internationaler Beziehung. Die Resolution, die zur internationalen Lage angenommen wurde, ist die geradlinige Fortsetzung der Beschlüsse des letzten Plenums des EKKI. Die drei Monate, die seit der Tagung des letzten Plenums des EKKI vergangen sind, haben uns eine Reihe wichtiger Ereignisse gebracht. Wir wollen hier nicht sprechen von den Vorgängen in China, von dem Verrat der Wuhan-Regierung, da den Beschlüssen über die Politik

der Komintern in dieser Hinsicht ein besonderer Artikel gewidmet werden wird. Wir verweisen hier nur auf die eine Tatsache, deren internationale Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: die revolutionäre Erhebung des Wiener Proletariats.

Sicherlich ist bei manchem Genossen, der sich mit den Entschlüssen und Entscheidungen der Kommunistischen Internationale nur oberflächlich vertraut gemacht hat, der Eindruck entstanden, daß diese Ereignisse eine entscheidende Veränderung unserer Linie erfordern.

Die ultralinken Renegaten und die Schwachköpfe, die ihren Unsinn nachbeten, haben die Wiener Ereignisse aufgegriffen und geschrien: Seht her, so sieht die Stabilisierung aus, von der die Komintern spricht. Das ist die „Stabilität“ des kapitalistischen Europas.

Die andere Dummheit, die gemacht werden kann und gemacht wurde, ist die, daß man sagt: Das 8. Plenum des EKKI hat vor drei Monaten davon gesprochen, daß die Kriegsgefahr groß ist und daß der Angriff auf die Sowjetunion unmittelbar bevorstehe. Drei Monate sind vergangen, der Angriff ist nicht da, also — ist die These falsch, der Krieg kommt nicht. Dieser zweite Unsinn ist vielleicht noch größer als der erste. Beide haben aber ein und dieselbe Wurzel. Sie entspringen dem Mangel des dialektischen Verständnisses der Ereignisse, der Unfähigkeit, die Lage ruhig und sachlich zu analysieren und die Tatsachen und Veränderungen entsprechend einzuordnen. Die ultralinken und ultrarechten Panikmacher sehen immer nur eine revolutionäre Hochkonjunktur oder eine absolute Stabilisierung. Sie spielen mit dem Gedanken der notwendigen „Umstellung“ von einer „kurzen“ auf eine „lange“ Perspektive, anstatt zu sehen, daß alle Elemente für eine Verschärfung der revolutionären Situation bereits enthalten sind in der gegenwärtigen Situation.

Das Verdienst des Plenums des ZK und der ZKK ist, insbesondere in diesen beiden Fragen, gründlich aufgeräumt zu haben und jene Gedanken, die das 7. und das 8. Erweiterte Plenum entwickelten, konkretisiert und weiter ausgearbeitet zu haben.

Die Beschlüsse des Plenums des ZK und der ZKK sind deshalb so bedeutungsvoll, weil sie der einzigartigen Situation entsprechen, in der sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion befindet. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion ist die einzige Sektion der Kommunistischen Internationale, die in ihrem Lande herrscht und gleichzeitig ist sie die herrschende Partei desjenigen Landes, das das nächste Ziel der imperialistischen Attacke ist. Das verpflichtet die höchsten Instanzen dieser Partei, mit größter Vorsicht und mit der schärfsten Analyse alle jene Momente herauszuarbeiten, die die friedliche Politik der Sowjetmacht fördern können. Aber gleichzeitig hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion die ungeheuerere Verantwortung, dem internationalen Proletariat unverhüllt und offen ein Bild zu geben über die Lage des Landes, das für das gesamte Weltproletariat das Land der Hoffnung und der Befreiung ist.

Aus diesem Grunde werden alle Beschlüsse, die das Plenum bezüglich der internationalen Lage gefaßt hat, mit größter Aufmerksamkeit von allen Kommunisten studiert werden müssen. Der Widerhall, den die Politik der Sowjetunion in der entschlossenen Abwehr der Provokation des englischen Imperia-

lismus hervorrief, bewies, daß das Verständnis für die Lage und für die Notwendigkeit der Verteidigung der Sowjetmacht in den Reihen der Arbeitermassen aller Länder wach ist.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Ereignisse, die sich am 15. Juli in Wien abspielten, vor den breiten Massen die Frage der Stabilisierung gestellt hat. Für die Sozialdemokraten sind die Wiener Ereignisse eine entscheidende Niederlage gewesen, denn sie haben bis zum heutigen Tage immer die Auffassung vertreten, daß dank ihrer Politik der Kompromisse und des Zuredens eine Stabilisierung des kapitalistischen Systems erreicht worden sei.

Für einen Kommunisten sollte die Tatsache, daß solche Ereignisse, wie die Wiener, möglich sind, keine Ueberraschung sein. Die Kommunistische Internationale hat seit jeher die Tatsache unterstrichen, daß die Stabilisierung des Kapitalismus einen zeitweisen und vorübergehenden Charakter trägt. Wir haben häufig angehört, wie gewisse Leute immer und immer wieder über das „Ende der Stabilisierung“ zu schreien anfangen, wenn sich in irgendeinem Lande der zeitweilige und der sichere vorübergehende Charakter dieser Stabilisierung zeigte. Nehmen wir zum Beispiel die Situation vor einem Jahre: der Generalstreik in England war für viele „linke“ Theoretiker das Ende der Stabilisierung. Was sahen wir aber in Wirklichkeit? Der englische Kapitalismus hat diese Krise überstanden und hat sogar innerpolitisch und wirtschaftlich seine Positionen nach dieser Bewegung wesentlich verbessern können. Für diejenigen, die im englischen Generalstreik das Ende der Stabilisierung sahen, wäre es heute notwendig, entweder von einer unmittelbaren revolutionären Situation oder von einer neuen Stabilisierung zu reden. Der eine Unsinn hält dem anderen die Wage.

Eine derartige sprunghafte Auffassung der Stabilisierung kann natürlich die vernünftige marxistische Analyse niemals ersetzen. Sie sagt uns vor allem nichts über die wirtschaftliche Grundlage dieses Stabilisierungs-Prozesses. Wer nicht mit Trotzki die Stabilisierung als ein rein „politisches Phänomen“ auffaßt, sondern die Wurzel der vorübergehenden Stabilisierung in der Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb des Kapitalismus sucht, wird auch nicht zu der sprunghaften und oberflächlichen Auffassung der „zwei Perspektiven“ und wechselnden kurzen Abschnitte von Stabilisierung und revolutionärer Situation kommen.

Indem die Einschätzung der Lage des Kapitalismus zurückkehrt zur wirtschaftlichen Grundlage, wird auch verständlich, in welchem Maße die sogenannte Stabilisierung mit Notwendigkeit in die neue revolutionäre Situation hineinführt. Erinnerung wir uns, was Genosse Bucharin in seinem Referat auf dem 7. Erweiterten Plenum des EKKI sagte:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Krise des gesamten kapitalistischen Organismus, die 1919—1921 ihren Höhepunkt erreicht hatte, bis zu einem gewissen Grade an Schärfe verloren hat. Wenn es damals in einer Reihe von Ländern eine Situation gegeben hat, die man, um mit Lenin zu sprechen, als „unmittelbar revolutionäre Situation“ bezeichnen konnte, wenn diese „unmittelbar revolutionäre Situation“ in den wichtigsten Zentren des europäischen Kapitalismus festgestellt werden konnte, so unterliegt es doch nicht dem geringsten Zweifel, daß es dem Kapitalismus in den darauffolgenden Jahren gelungen ist, seine erschütterte Stellung wesentlich zu verbessern, was in dem Fehlen einer „unmittelbar revolutionären Situation“ in den Hauptzentren der kapitalistischen Wirtschaft seinen Ausdruck fand.

Es versteht sich von selbst, daß diese Tatsache allein zur Charakteristik der Lage nicht genügt. Man muß die Frage beantworten, in welchem Maße es dem Kapitalismus gelungen ist und gelingt, sich aus dem tiefen Sumpf der Nachkriegskrise herauszuwinden. Man muß die Frage beantworten, welche Haupttendenzen die gegenwärtige kapitalistische Entwicklung aufweist, und folglich, welches Schicksal überhaupt der Kapitalismus zu erwarten hat.“

Das 7. Erweiterte Plenum hat sehr ausführlich gerade diese Frage diskutiert. Es hat auf Grund eingehender wirtschaftlicher Daten festgestellt, welche Elemente die Stabilisierung als relativ erscheinen lassen und hat als Zentralpunkt unterstrichen das Vorhandensein der Sowjetunion, die Krise Englands und das revolutionäre China. Für diejenigen, die wie die Sozialdemokraten bereit waren, die vorübergehende Stabilisierung als endgültige zu betrachten und den Arbeitermassen vorgaukelten, daß der revolutionäre Kampf für lange Zeit ein Ende gefunden hat, war selbstverständlich das 7. Erweiterte Plenum ein neuer Anlaß, mit Freude festzustellen: sogar die Kommunisten bestreiten nicht die Stabilität des Kapitalismus.

Wir haben auf derartige lächerliche Entstellungen nicht viel zu antworten, denn die Analyse der Tatsachen, das dauernde Studium der wirtschaftlichen Entwicklung zeigen uns einwandfrei, daß die Linie der Komintern in dieser Frage richtig war.

Seit dem letzten Plenum sind eine Reihe von Tatsachen eingetreten, die den Umstand kennzeichnen, daß das Auf und Ab, die Fieberkämpfe des jähren Konjunkturwechsels innerhalb der „stabilisierten“ Länder anhalten.

Wäre die Komintern denjenigen gefolgt, die im Dezember 1926 erklärten, daß die kapitalistische Rationalisierung in Deutschland auch vorübergehend keinerlei Veränderung in der Konjunktur mit sich bringen kann, so müßte sie heute schon einsehen, daß dies falsch ist. Sie hat eine derartige Auffassung abgelehnt. Sie hat darauf hingewiesen, daß die Rationalisierung als Dauererscheinung nur Arbeitslosigkeit und Massenelend hervorrufen kann, ohne aber die Möglichkeit zu bestreiten, daß vorübergehend eine Besserung der Lage eintritt. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Monaten zeigt ein außerordentlich starkes Sinken des Arbeitslosenheeres, das aber nach wie vor nach Hunderttausenden zählt. Die Sozialdemokratie jubelt über diese Erscheinung. Dieser Aufstieg des deutschen und bis zu einem gewissen Grade auch des französischen Imperialismus geht aber Hand in Hand mit der andauernden Krise des englischen, der heute, am Anfang des Rationalisierungsprozesses, nur mit den schärfsten Mitteln des Kampfes gegen die Arbeiterklasse die zur Rationalisierung notwendigen Maßnahmen durchsetzen kann. Solche Ereignisse, wie die Wiener, beweisen, daß jene Länder, in denen die Stabilität auf einem Elendsniveau durchgeführt worden ist, nach wie vor revolutionäre Brandherde bleiben. Die Schwäche der kommunistischen Bewegung in diesen Ländern verleitet nur zu leicht dazu, diese Länder zu übersehen oder nicht richtig einzuschätzen. Die Wiener Ereignisse haben auf einen der schwächsten Punkte der kapitalistischen Stabilisierung hingewiesen. Die wachsende Streikbewegung in Ungarn vervollständigt dieses Bild.

Was international die Stabilisierung kennzeichnet, ist bereits in den Thesen des 7. Plenums ausdrücklich gesagt worden: jeder Fortschritt der Rationalisierung muß mit immer größerer Schärfe das Problem des Marktes stellen.

Es heißt in den Thesen des 7. Plenums:

„Eine solche Lage der Dinge rückt das Problem der Märkte in den Vordergrund. Stützt sich die aufsteigende sozialistische Industrie der Sowjetunion auf die zunehmende Nachfrage der ihre Lebenshaltung verbessernden Volksmassen, so suchen die bürgerlichen Länder eine Stütze in der Jagd nach ausländischen Märkten.“

Die Frage des Marktes ist gleichzeitig die Frage neuer Kriege, die Frage der neuen Gegensätze zwischen imperialistischen Mächten und vor allem des beherrschenden Gegensatzes zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern.

Sowohl international durch die Möglichkeit neuer Kriege als auch national durch den gesteigerten Druck der Arbeitermassen entstehen verschiedene Schwierigkeiten für die Stabilisierung. Das sagen ebenfalls die Thesen des 7. Erweiterten Plenums klar und deutlich:

„Die Entwicklung und die Verschärfung der imperialistischen Konflikte ist die unvermeidliche Folge eines ganzen Systems der sich entwickelnden Zusammenhänge. Somit kann die gegenwärtige Phase als eine interrevolutionäre gekennzeichnet werden, als eine Etappe von einem revolutionärem Aufschwung zum anderen, der im Verlaufe der geschichtlichen Entwicklung unabwendbar eintreten muß und auf dessen vielleicht schnelleres Herannahen die kommunistischen Parteien vorbereitet sein müssen.“

Wenn aber auf der einen Seite gesagt werden muß, daß in einer Reihe von Staaten die Bourgeoisie nur schwache Erfolge auf dem Gebiete der ökonomischen Stabilisierung zu verzeichnen hat, so sind die Fortschritte der politischen Befestigung der Herrschaft der Bourgeoisie außerordentlich stark. Die Politik des Bürgerblocks in Deutschland, das englische Gewerkschaftsgesetz und schließlich die Vorgänge in den Nachbarstaaten der Sowjetunion zeigen das deutlich. Es ist nicht hinreichend, diese Tatsachen bloß außenpolitisch als Kriegsvorbereitung zu werten, sie sind gleichzeitig ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der inneren Lage des Kapitalismus: in Deutschland z. B. ist ja die Politik des Bürgerblocks in erster Linie gekennzeichnet durch die verschärfte reaktionäre Politik gegenüber der Arbeiterklasse in der Frage der Arbeitszeit, Sozialversicherung usw.

Diese These des Plenums des ZK betont hier, was die Komintern in zahlreichen ihrer Beschlüsse schon seit langer Zeit vertritt, nämlich die Notwendigkeit, laufend die neuen Erscheinungen zu überprüfen, niemals die Relativität der Stabilisierung aus dem Auge zu lassen. Das heißt natürlich nicht, die Tatsache der Stärkung des Kapitalismus als wirtschaftlichen und politischen Faktor im Laufe der letzten Jahre zu unterschätzen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ueberwindung der ersten revolutionären Welle dem Kapitalismus eine weitgehende Verbesserung der Lage ermöglicht. Wenn aber von seiten der Opposition versucht wird, die Lage so darzustellen, als ob die Kriegsvorbereitungen der kapitalistischen Staaten ihre Wurzel hätten in der Stärke des Kapitalismus allein und in der Schwäche des Proletariats, so ist das absolut falsch. Der letzte Ausweg des Krieges ist für die kapitalistische Klasse, nach der Erfahrung der Jahre 1914—1918, noch viel gewagter als vorher, und wenn die Kapitalisten den Krieg vorbereiten, so deshalb, weil er für sie der einzige Weg ist, das Problem der Märkte auf lange Sicht hinaus zu lösen.

Nicht die Stabilität des Kapitalismus, nicht sein Anwachsen, sondern die Tatsache, daß dieses Anwachsen in neue gewaltige Widersprüche hineinführt, sind die objektiven Tatsachen der Kriegsgefahr.

Der Widerspruch zwischen der Leistungsfähigkeit und Absatzmöglichkeit wächst mit der Rationalisierung ins riesenhafte. Der Schrei nach Kolonien in Deutschland, der noch vor kurzem das Privileg einzelner Schichten gewesen ist, wird mehr und mehr zu dem Verzweiflungsgebrüll aller derjenigen, die den Kapitalismus um jeden Preis retten wollen. Reformistische Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Schwerindustrielle sind heute offen oder versteckt einer Meinung in dieser Frage.

Das Verdienst der Thesen ist es, auf Grund der Erfahrung der letzten Monate den kommunistischen Parteien aller Länder die Relativität der Stabilisierung des Kapitalismus vor Augen geführt und nachgewiesen zu haben, wie wenig die Komintern Veranlassung hat, ihre Auffassung zu „revidieren“. Wir müssen das „Revidieren“ den Theoretikern vom Schlage eines Maslow überlassen, für die die Niederlage des deutschen Proletariats im Oktober 1923 den Beginn einer jahrzehntelangen Stabilisierung des Kapitalismus bedeutet.

Die Frage der Kriegsgefahr

Wir wiesen schon darauf hin, daß die klare Stellung des Plenums bezüglich der Kriegsgefahr von ganz besonderem Wert für die weitere Arbeit aller Parteien ist. Die diletantische Auffassung gewisser Leute, die der Meinung sind, daß der Krieg heute oder morgen ausbrechen muß, und die, wenn der Krieg nicht heute oder morgen, sondern erst in sechs Monaten ausbricht, tief enttäuscht sind und überhaupt nicht mehr an eine Kriegsmöglichkeit glauben, erfordert eine gründliche Widerlegung. Widerlegt muß auch werden die Unverschämtheit, mit der menschewistische Renegaten vom Schlage der Katz und Maslow versuchen, die Feststellung der Kriegsgefahr durch die Komintern als ein innerparteiliches Manöver darzustellen. Die Tatsachen, die die Resolution wiederholt, sind allgemein bekannt. Die Resolution beschränkt sich nicht auf diese Tatsachen, sondern sie behandelt die Kriegsgefahr ausgehend von der Frage der Relativität der Stabilisierung; sodann das Problem der Märkte, das, wie das bereits das 7. Plenum des EKKI feststellte, in den Vordergrund gerückt ist, als die Folge dessen, daß die Frage der Erwerbung eines so gewaltigen Marktes, wie der Sowjetunion, dauernd auf der Tagesordnung bleiben muß. Die Stabilisierung des Kapitalismus in einer friedlichen Periode, d. h. in einer Periode, in der im Zentrum der kapitalistischen Entwicklung keinerlei Kriege geführt werden, gewährt notwendigerweise der Sowjetunion ebenfalls die Möglichkeit der Entwicklung und der Stärkung der Wirtschaft und dadurch ihrer weltpolitischen Lage.

Indem die kapitalistischen Länder nicht nur um die vorübergehende Stabilisierung kämpfen, sondern durch die Vernichtung der revolutionären Kräfte versuchen, den weltgeschichtlichen Prozeß der Vernichtung des kapitalistischen Systems aufzuhalten, wird die Sowjetunion immer mehr der Feind des Kapitalismus.

Das 8. Plenum des EKKI hat in erster Linie diese Tatsache betont und unterstrichen, daß letzten Endes die kapitalistischen Kräfte sich zusammenfinden werden im Kriege gegen die Sowjetunion, aber daß trotz des dominierenden Gegensatzes zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern nichtsdestoweniger Widersprüche und Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten bestehen bleiben.

Wer heute noch glaubt, daß man die weltpolitische Entwicklung in mechanische Formeln pressen kann, hat das ABC des Marxismus noch nicht begriffen. Die englische Einkreisungspolitik, das betonen die Thesen von neuem, ist der beherrschende Faktor der Weltpolitik, weil er begründet ist in den Klassengegensätzen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten.

Alles was für die ideologische und praktische Vorbereitung des Krieges durch die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen und ultralinken Agenten getan wird, ist durch neue Fakten in der letzten Zeit belegt worden. Was wir aber feststellen müssen, ist, daß die Kräfte, die dem Ausbruch eines Krieges entgegenwirken, gegenwärtig so stark sind, daß sie bis jetzt den Ausbruch eines Krieges verhindert haben.

Insbesondere ist es die eigenartige Stellung des deutschen Imperialismus, der noch nicht so stark entwickelt ist, daß er heute einen Krieg mit der Sowjetunion wünschen könnte. Der gewaltige Schritt nach vorwärts, den der deutsche Imperialismus im Laufe des letzten Jahres gemacht hat, veranlaßt ihn, eine langsamere Entwicklung der weltpolitischen Konflikte, einem plötzlichen Ausbruch vorzuziehen, weil dadurch die Möglichkeit besteht, daß Deutschland im Kriegsfall einen wesentlich bedeutenderen Anteil nehmen kann.

Die einzelnen kommunistischen Parteien müssen sich Rechenschaft geben über diese hemmenden Faktoren, ohne einen Augenblick lang zu vergessen, daß an dem Kern dessen, was das letzte Plenum des EKKI festgestellt hat, auch nicht das leiseste geändert wurde oder auch nur geändert werden konnte. Die Kommunistische Internationale muß in höchster Alarmbereitschaft sein, weil die Kriegsgefahr unmittelbar und drohend ist.

Aber eben diese Alarmbereitschaft hat zur notwendigen Voraussetzung, daß wir ununterbrochen die einzelnen Faktoren prüfen. Wir müssen uns Rechenschaft geben über die Kräfte, die einem sofortigen Kriegsausbruch bis heute entgegengewirkt haben, aber wir müssen auf der anderen Seite auch in Betracht ziehen, daß die internationale Lage derart ist, daß der Krieg gegen die Sowjetunion über Nacht beginnen kann.

Und in diesem Zusammenhang müssen auch einige Worte gesagt werden zur Stellung der Opposition in der KPSU. Wir haben auf die Rolle der Sozialdemokratie und der ultralinken Renegaten hingewiesen, die entweder versuchen, die Tatsache der Kriegsgefahr zu leugnen, zu verkleinern, oder aber unmittelbar die Sowjetunion und ihre Regierung für den kommenden Krieg verantwortlich zu machen.

Der Kampf gegen die Kriegsgefahr bedeutet für die kommunistischen Parteien aller Länder die unumgängliche Notwendigkeit eines ununterbrochenen ernststen ideologischen Kampfes gegen jede Art der Abweichung, die letzten Endes führen muß in das Lager des Opportunismus.

Wenn nicht Selbstkritik und Selbstkontrolle dafür sorgen, daß die Parteien sich auch keinen Finger breit von der leninistischen Linie entfernen, so ist der Verfall in den Opportunismus unvermeidlich. Indem aber der Kampf gegen die Abweichungen in allen Parteien geführt wird, muß gleichzeitig die Abgrenzung von allen feindlichen Elementen um so stärker erfolgen.

Die besondere Lage, in der sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion als herrschende Partei des einzigen Arbeiterstaates der Welt befindet, macht es notwendig, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei in der gegenwärtigen Situation unter allen Umständen gewahrt wird. Das letzte Plenum des EKKI hat, indem es die Opposition brandmarkte, dies klar zum Ausdruck gebracht.

Und nun hat der geistige Führer dieser Opposition, Genosse Trotzki, eine neue eigenartige Rechtfertigung für den verantwortungslosen brutalen Kampf gegen die Führung der KPSU und die ganze Komintern gefunden. Er erklärt, die Taktik Clemenceaus, des französischen Patrioten, der während des Krieges gegen seine Regierung kämpfte, um den Sieg über Deutschland sicherzustellen, verfolgen zu wollen.

Genosse Trotzki sollte sich daran erinnern, was Marx in seiner Schrift über den 18. Brumaire über Wiederholungen in der Geschichte sagt. Auch bei Trotzki sehen wir eine derartige Wiederholung. Was das eine Mal ein weltgeschichtliches Ereignis sein sollte, wird das andere Mal eine lächerliche Farce.

Wir wollen nicht die „weltgeschichtliche“ Bedeutung der Opposition des „Tigers“ Clemenceau überschätzen. Aber jedenfalls können wir schon heute sagen, daß der Versuch des „Löwen“ Trotzki, den alten Tiger zu imitieren, sehr viel Lächerliches an sich hat.

Leider aber haben wir keine Zeit, uns bei dem Lächerlichen dieser Situation aufzuhalten, denn in der gegenwärtigen Lage handelt es sich um viel Schlimmeres. Die Opposition unter Trotzki's Führung versucht, den Kampf gegen das Zentralkomitee und gegen die ganze Partei mit derartigen Beispielen zu rechtfertigen. Die Opposition geht hinaus unter die Parteimitgliedschaft, unter die parteilosen Massen, und mit Hilfe der ultralinken Renegaten unter die Werk tätigen des Auslandes, um ihnen zu sagen: die Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Kommunistischen Internationale, die Regierung Sowjetrußlands können euch nur zur Niederlage führen. Die Regierung, die Führung der Partei müssen gewechselt werden, um den Sieg der proletarischen Sache zu garantieren.

Die Opposition hat erklärt, daß sie für die Verteidigung des Vaterlandes, des Proletariats eintreten wird. Aber was für ein Eintreten wird das sein? Ein Eintreten mit Vorbehalt, ein Eintreten unter Bedingungen. Die Opposition, die eine verschwindend kleine Gruppe in der Partei darstellt, will Bedingungen stellen, will kuhhandeln, sie will die Schwierigkeiten, die bestehen, für ihre Zwecke ausnützen.

Genosse Trotzki sollte wissen, daß ein Soldat, der diskutiert, wenn es in den Kampf geht, kein Soldat ist. Er sollte wissen, daß im Augenblick des Kampfes, im Augenblick der Attacke von allen Seiten die Taktik Clemenceaus verbrecherisch wäre. Es ist unmöglich, wenn gewisse Genossen Jahr um Jahr nach Diskussionen schreien, die sie im weitesten Maße veranstalten, wenn sie Straßendemonstrationen machen, Radioreden halten, und nachher erklären, sie seien nicht zu Wort gekommen.

Die Opposition hat erklärt, sie sei bereit, alles zu tun zur Verteidigung der Sowjetunion. Sie hat aber gleichzeitig die Wiederaufnahme der ultralinken Renegaten in die Partei verlangt. Dieses Doppelspiel muß ein Ende haben.

Mit Leuten wie Maslow, Korsch und ihrem Gefolge kann die Komintern nie wieder etwas gemein haben, und wer dies verlangt, muß die Konsequenzen dessen selbst tragen.

Die Kommunistische Internationale hat auf der letzten Tagung ihrer Exekutive ausdrücklich betont, daß die gegenwärtige Situation es unumgänglich notwendig macht, daß die Einheit der Partei gewahrt wird. Die Opposition hat von neuem eine Erklärung abgegeben, die freilich recht wenig sagt und recht wenig spricht. Wenn die Opposition wahrhaben will, was sie über ihre Treue zur proletarischen Revolution sagt, so muß sie ihre Methoden und ihre Kampfweise ändern. Sie ist in einer Sackgasse, aus der sie nur heraus kann, wenn sie den Weg geht, den die Kommunistische Internationale beschritten hat.

HEINZ NEUMANN:

DEUTSCHLAND UND DER KOMMENDE KRIEG*

2. Chamberlains Kampf um Deutschland

Wir haben in dem vorhergehenden Kapitel die Ursachen betrachtet, die den englischen Imperialismus unter Führung der konservativen Regierung zum Angriffskrieg gegen die Sowjetunion treiben. Wir haben gleichzeitig das Kriegsziel der englischen Bourgeoisie untersucht und ihre fieberhafte Arbeit an der Herstellung eines internationalen Mächteblockes der wichtigsten imperialistischen Staaten zur Vorbereitung der Intervention analysiert. Bei der Bildung dieser „Heiligen Allianz“ spielt das bürgerliche Deutschland eine äußerst wichtige, ja geradezu eine e n t s c h e i d e n d e Rolle.

Als sich der erste Weltkrieg seinem Ende näherte, wies Lenin mit genialer Voraussicht auf die künftige Mitwirkung Deutschlands an der Intervention gegen die Sowjetmacht hin. Am 4. Oktober 1918 schrieb er in seinem Brief an das Allrussische Zentralexekutivkomitee „Ueber die deutsche Revolution“:

„Es sind die schnellsten Wendungen möglich; es sind Versuche eines Bündnisses des deutschen und anglo-französischen Imperialismus gegen die Sowjetmacht möglich**.“

Ungefähr um die gleiche Zeit, also noch v o r dem Sturz des Hohenzollernreiches, sprach Lenin in seiner Polemik gegen Kautsky*** von der Möglichkeit eines Krieges zum Sturze der Sowjetmacht „auf dem Wege eines Abkommens zwischen dem deutschen Imperialismus und dem anglo-französischen“.

Zweifellos war nicht nur die alte kaiserlich-militaristische Führung des deutschen Imperialismus mit Freuden zu einem solchen „Abkommen“ mit der Entente bereit, sondern auch die deutschen Sozialdemokraten, die auf dem Rücken der proletarischen Revolution an die Macht gelangten, warfen

* Fortsetzung des Artikels in Heft 27 dieser Zeitschrift.

** „Protokolle der 5. Session des WZIK.“ (Herausgegeben 1919.)

*** Lenin: „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky.“

sich sofort den westeuropäischen Siegermächten in die Arme und drängten ihnen geradezu ihre „Hilfe“ gegen die „bolschewistische Gefahr“ auf. Wenn die deutsche Arbeiterklasse nach ihrem Sieg die Regierungsarchive aufbrechen und die Geheimdokumente des Auswärtigen Amtes veröffentlichen wird, sind mit Sicherheit äußerst interessante Enthüllungen über die damalige Außenpolitik der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Arbeiterverräter zu erwarten.

Die sowjetfeindlichen Bündnispläne der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Agenten scheiterten indessen in den Jahren 1918 und 1919. Die Weltgeschichte nahm einen anderen Lauf. Die imperialistischen Gegensätze zwischen den Ententemächten und dem besiegten Deutschland waren stärker, mächtiger, akuter als die frommsten Wünsche zur sofortigen Eröffnung des gemeinsamen Kreuzzuges gegen Sowjetrußland. Den Deutschen wurden im Frühjahr 1919 nicht Chamberlainsche, sondern napoleonische Bedingungen diktiert. Sie mußten den Versailler Frieden unterschreiben, der noch hundertmal schlimmer, räuberischer, unerträglicher war als der Brest-Litowsker Gewaltfrieden, den Ludendorff anderthalb Jahre vorher der Sowjetrepublik aufgezwungen hatte. Die Scheidemannier erhielten den Dank für ihren schamlosen Bruch mit der Sowjetregierung und für ihre konterrevolutionäre Waffenhilfe im Baltikum gegen die Rote Armee in Gestalt der furchtbarsten Ausplünderung und Erniedrigung Deutschlands. Die Bajonette Fochs zerfetzten die deutschen Bündnisangebote gegen die RSFSR. Die Paragraphen des Versailler Vertrages versperrten den Weg zur „Heiligen Allianz“, die von der deutschen Bourgeoisie schon damals ersehnt wurde.

Gegen ihren eigenen Willen, im Gegensatz zu ihrem innersten Klasseninstinkt, wurde die deutsche Bourgeoisie gezwungen, sich gegen die Erdrosselung Deutschlands zu wehren. Sie mußte während einer Reihe von Jahren ihren Hauptkampf gegen den Versailler Frieden richten. Der unerhörte Druck ihrer internationalen Lage trieb sie zum Widerstand gegen das Ententekapital. Das besiegte, entwaffnete, zerrüttete, halb abhängige Deutschland spielte von 1918 bis 1923 die objektive Rolle eines Hemmungsfaktors gegen die sowjetfeindliche Interventionspolitik der Ententeregierungen. Seine Außenpolitik förderte mehr als einmal die Interessen Sowjetrußlands.

Die englischen Imperialisten erkannten am frühesten und am klarsten die Gefährlichkeit dieser Situation. Lloyd George schrieb am 25. März 1919 sein geheimes Memorandum an die Versailler Friedenskonferenz, das später veröffentlicht wurde. Darin heißt es:

„Die größte Gefahr, die ich in der gegenwärtigen Lage sehe, besteht darin, daß Deutschland sich infolge seines Schicksals mit dem Bolschewismus verbinden kann und seine Hilfsquellen, seine Gehirne, seine gewaltige Organisationskraft den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen kann, deren Traum die Eroberung der Welt durch Waffengewalt ist. Diese Gefahr ist keine bloße Chimäre mehr.“

Die Warnungen Lloyd Georges waren vergeblich. Nicht England, sondern der französische Imperialismus besaß in den ersten Nachkriegsjahren die politische Hegemonie in Europa. Das Programm Clemenceaus triumphierte in der deutschen Frage. Die unvermeidlichen Konsequenzen traten ein. Ein

* Zitiert u. a. bei Augur „Soviet versus Civilisation“, 1927, S. 45.

Teil der Befürchtungen Lloyd Georges erwiesen sich allerdings als übertrieben. Die deutsche Bourgeoisie stellte „die Hilfsquellen, die Gehirne, die gewaltige Organisationskraft“ Deutschlands keine Sekunde lang in den Dienst des russischen Proletariats. Diese geschichtliche Aufgabe kann und wird allein die deutsche Arbeiterklasse lösen. Immerhin verfolgte die deutsche Bourgeoisie mehr und mehr die „östliche Orientierung“, den Kurs des Friedens und der Annäherung an die Sowjetunion.

Vom Standpunkt der gemeinsamen Klasseninteressen der imperialistischen Ausbeuter, vom Standpunkt der Unversöhnlichkeit ihrer Interessen mit der Existenz der Sowjetrepublik war der Versailler Frieden eine gigantische Dummheit. Mit Recht verglich ihn Lenin mit der Dummheit eines Menschen, der die blödsinnige Gleichung aufstellt: „ $2 \times 2 = \text{Stearinkerze}$ “, und er zog aus diesem Beispiel die Folgerung, „daß unsere Dummheiten (d. h. die Fehler der Bolschewiki — H. N.) noch nichts sind im Vergleich zu den Dummheiten, die der kapitalistische Staat, die kapitalistische Welt und die II. Internationale zusammen machen“.*

Der kommende Interventionskrieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion ist — im Sinne der abstrakten Vernunft — eine noch tausendfach größere und verhängnisvollere „Dummheit“, aber seine objektiv-historische Unvermeidlichkeit wird dadurch auch nicht um einen Bruchteil geringer. Die kapitalistische Welt wird bekanntlich nicht von der Vernunft des Philosophen, sondern von der schreienden Unvernunft des Profits regiert. Diese Tatsache begreifen weder die Pazifisten aller Richtungen noch jene Illusionäre, die bis heute an die „Vermeidlichkeit“ des Krieges im Zeitalter des Imperialismus glauben.

Die grenzenlose „Dummheit“ des Versailler Friedens gab dem Staat der proletarischen Diktatur die Möglichkeit, seine Macht zu festigen, den Bürgerkrieg siegreich zu beenden und die Atempause nach dem Scheitern des ersten Interventionskrieges für den friedlichen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft auszunutzen.

Der deutsch-russische Vertrag von Rapallo im Frühjahr 1922 bedeutete einen schweren Schlag für die sowjetfeindliche Politik der Ententemächte und einen großen Erfolg für die RSFSR. Augur schreibt darüber:

„Laßt uns nicht die furchtbaren (!) Resultate des Rapallo-Vertrages vergessen, der das Werk der europäischen Wiedervereinigung (!) um mehrere Jahre verzögerte.“**

In einem seiner letzten Artikel erklärt der gleiche Augur mit rücksichtsloser Offenheit:

„Auf der Konferenz von Genua 1922 gaben die Alliierten Moskau die unverdiente Chance, die Früchte seiner Intrigen zu ernten.“***

„Die Alliierten selbst sind schuld an den Verbindungen zwischen Berlin und Moskau.“

Zusammenfassend stellt Augur fest:

„Berlin ist einer der Punkte, wo es Moskau gelungen ist, den Ring der europäischen Verteidigung (?) zu durchbrechen.“†

* Lenins Rede auf dem 4. Weltkongreß der KI am 13. November 1922. Deutscher Lenin-Sammelband S. 695.

** Augur: „Soviet versus Civilisation“, S. 87.

*** Augur: „Germany in Europa“, „The Fortnightly Review“, Mai 1927.

† Augur: „Soviet versus Civilisation“, S. 87 ff.

Damit ist die internationale Rolle Deutschlands im ersten Jahrfünft nach dem Abschluß des Weltkrieges zutreffend charakterisiert. Dieser Zustand wird durch zwei bedeutsame weltpolitische Prozesse geändert, die sich in paralleler Richtung und fast gleichzeitig entwickeln:

1. Seit Ende 1923 vollzieht das bürgerliche Deutschland seine Stabilisierung, verwandelt sich aus einem halbabhängigen, national-unterdrückten Land erneut in einen vollblütigen imperialistischen Staat, durchlebt einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung, beschreitet zum zweitenmal die Bühne der aktiven imperialistischen Weltpolitik, streift mit wachsender Energie und zunehmendem Erfolg die Versailler Fesseln ab und beginnt im gleichen Moment eine schroffe Wendung von der sowjetfreundlichen Außenpolitik zur entschiedenen Orientierung auf den Völkerbund, d. h. auf den Anschluß an die westeuropäische Mächtekoalition.

2. Seit Ende 1924 geht der englische Imperialismus unter Leitung der Konservativen zur Politik des schärfsten Kampfes gegen die Sowjetunion über, versucht alle bürgerlichen Staaten für diesen Zweck zu mobilisieren, übernimmt die Initiative zur Vorbereitung des neuen Interventionskrieges und richtet sein Hauptaugenmerk auf die Einreihung Deutschlands in die neugebildete Antisowjetfront.

Im Zusammenhang mit diesen beiden Vorgängen steht die scharfe und langandauernde Krise des französischen Kapitalismus, der Zusammenbruch seiner politischen Hegemonie auf dem europäischen Kontinent.

Deutschland wird immer mehr aus einem politischen Depressionsgebiet zum Brennpunkt der europäischen Politik, zu einem der Zentren des imperialistischen Systems.

Je näher der Ausbruch des neuen Weltkrieges heranrückt, desto größer wird das spezifische Gewicht Deutschlands, desto unentbehrlicher seine Mitwirkung an der Interventionspolitik, desto bedrohlicher jeder Faktor, der dazu beiträgt, Deutschland dem „europäischen Krieg“ zu entziehen.

Augur, der stets den Interventionskrieg meint, wenn er „Sicherung des Friedens“ sagt, und jedesmal den Antisowjetblock im Auge hat, wenn er von der „Einheit Europas“ spricht, widmet einen großen Teil seiner letzten Schriften der Einbeziehung Deutschlands in die „Heilige Allianz“. Er formuliert das Problem folgendermaßen:

„Der gegenwärtige Zustand kann uns nicht gleichgültig lassen, denn er ist eine Bedrohung für die Stabilität des Friedens (?) in Europa. Der letztere wird nicht eher gesichert sein, als bis Deutschland mit ganzem Herzen das Prinzip annimmt, daß seine Verbindung mit Europa wichtiger ist als irgendwelche Beziehungen, die es außerhalb der Kontinentalgrenze angeknüpft hat. Andernfalls wird Deutschland unvermeidlich durch die Idee der Revanche heimgesucht werden. . . . Hier haben wir die elementare Erklärung der Interessen Englands an der Einheit Europas und des unvermeidlichen Gegensatzes zwischen der britischen und der Sowjetpolitik. Dieser Gegensatz wäre in jedem Fall zum Ausdruck gekommen, auch wenn die Bolschewiki nicht ihre wilde Attacke gegen die britische Verfassung selbst unternommen hätten.“*

Hierbei muß man beachten, daß der Publizist der englischen Regierung die Sowjetunion weder zum europäischen Kontinent, noch überhaupt zu Europa rechnet:

* Augur: „Soviet versus Civilisation“, S. 88. (Sperrungen hier und an späterer Stelle von mir. H. N.)

„Europa endet heute an der Sowjetgrenze von Polen; jenseits dieser Grenze sehen wir ein Land, daß auf die Zugehörigkeit zu den Idealen der weißen Rasse (!) verzichtet hat. Die Union der Sowjetrepubliken gehört nicht zu Europa, und ihre eingestandenen Prinzipien sind denen der zivilisierten Welt so entgegengesetzt, daß ein Kompromiß unmöglich ist.“*

Chamberlain richtet durch die Feder Augurs die direkte Einladung an die deutsche Bourgeoisie, an der Seite Europas am kommenden Krieg gegen die Sowjetunion teilzunehmen:

„Es ist unsere ehrliche Ueberzeugung, daß die Einheit Europas nicht ohne die Mitwirkung Deutschlands als eines gleichberechtigten Partners bei jeder politischen Kombination, die vorgeschlagen wird, verwirklicht werden kann. Die Erfahrung der vergangenen zehn Jahre sollte genügen, uns diese grundlegende Wahrheit zu lehren. Aber das Deutschland, das wir im Auge haben, ist die deutsche Republik, d. h. ein Staat, der auf demokratischen Formeln beruht und die erklärte Absicht hat, ein friedliches und nützlich Mitglied in der Familie der europäischen Völker zu werden. Durch seine geographische Lage (!) ist Deutschland berufen, eine wichtige Rolle in Europa zu spielen, aber noch wertvoller sind die Qualitäten seines Volkes. Der Krieg war ein Verbrechen, aber die glänzende Weise, in der die Deutschen fochten (!), und die Zähigkeit, mit der sie gegen die ganze Welt durchhielten, zeigt sie als die wirklichen Vertreter der weißen Rasse, ohne welche die Allgemeinheit niemals vollständig oder glücklich sein kann. Es ist die heilige Pflicht der Alliierten, für die Versöhnung mit Deutschland — natürlich dem republikanischen Deutschland — zu wirken.“**

Wir haben diese Sätze mit Absicht ausführlich zitiert, weil sich hinter ihren geschwollenen Phrasen höchst aufschlußreiche Tatsachen verbergen. Was hat Chamberlain im gegenwärtigen Moment der deutschen Bourgeoisie zu sagen?

1. Wir, die englischen Imperialisten, können ohne eure Mitwirkung keinen Krieg gegen die Sowjetunion führen. Deutschland ist für die praktische Durchführung der Intervention schlechthin unentbehrlich. Der Grund dafür ist einerseits die geographische Lage Deutschlands, andererseits seine gewaltige militärische Kraft. („Die glänzende Weise, in der die Deutschen fochten.“)

2. Deutschland hat als reaktionäres Ausbeutungsland, als imperialistischer Räuberstaat („die wirklichen Vertreter der weißen Rasse“) ein Interesse am Vernichtungskampf gegen den Staat der proletarischen Diktatur, der auf die „Ideale“ der kapitalistischen Weltordnung „verzichtet“ hat.

3. Wir, die englischen Imperialisten, richten unseren Kurs auf die deutsche Republik, auf die Hindenburgsche Demokratie mit dem Bürgerblock an der Spitze, mit Stresemann als Außenminister, mit der Sozialdemokratie als zuverlässige Agentin und mit der Teilnahme am Völkerbund als außenpolitische Richtlinie.

4. Wir betrachten euch nicht mehr als Hunnen, Barbaren, Seeräuber, Todfeinde der Zivilisation, sondern als eine Macht, ohne die der Interventionsblock „niemals vollständig oder glücklich sein kann“! Im Namen der Vollständigkeit und des Glücks der von uns erstrebten Heiligen Allianz sind wir bereit, euch als „gleichberechtigten Partner“ bei jeder, genauer gesagt, bei dieser „politischen Kombination“ zu behandeln, d. h. euch politische Kompensationen für eure Hilfe gegen die Sowjetunion zu gewähren.

5. Wir betrachten die Bezahlung eurer Teilnahme an der Kriegskoalition

* Augur: „Germany in Europa“, „The Fortn. Review“, Mai 1927.

** Augur: l. c.

in Form ernsthafter Zugeständnisse als unerläßliche Notwendigkeit. Wir erklären diese Politik zur „heiligen Pflicht der Alliierten“, wobei sich die **Heiligkeit** auf unsere eigenen, die englischen Interessen bezieht, während wir das **Element der Pflicht** gegenüber den Alliierten, in erster Linie gegenüber Frankreich mit Hilfe eines gewissen diplomatischen Druckes zum Ausdruck bringen werden.

Augur fährt fort:

„Der Weg, um Deutschland in das Konzert von Europa zu bringen, besteht darin, es zu überzeugen, daß dieser Schritt mit seinen westlichen Interessen übereinstimmt.“*

Chamberlain wendet gleichzeitig verschiedene Methoden an, um der deutschen Bourgeoisie diese „Ueberzeugung“ beizubringen: Druck und Konzessionen. Das gemeinsame Instrument dieser beiden politischen Methoden ist der Versailler Vertrag. Alle Drohungen, alle Maßnahmen des Druckes auf Deutschland laufen auf die Aufrechterhaltung und verschärfte Durchführung der Versailler Friedensbestimmungen hinaus. Umgekehrt bildet die schrittweise Liquidierung der Versailler Fesseln den Inhalt aller britischen Versprechungen und Zugeständnisse an die deutsche Bourgeoisie. Der Eigenart dieser Lage entspricht genau die spezifische Rolle, die der französische Imperialismus bei der Neuregelung der englisch-deutschen Beziehungen und bei der Vorbereitung des Krieges spielt. Frankreich und seine Vasallenstaaten müssen einerseits die Kosten für die englischen Konzessionen an Deutschland zahlen, andererseits sind sie die wichtigste Waffe Englands, sobald es sich darum handelt, auf Deutschland einen politischen Zwang auszuüben. Alle Gegensätze zwischen den imperialistischen Hauptmächten gruppieren sich auf diese Weise um die Zentralisationsachse des Konflikts zwischen England und der Sowjetunion. Alle Einzelkonflikte und Teildifferenzen zwischen England, Frankreich und Deutschland ordnen sich immer mehr dieser grundlegenden Kriegstendenz unter. Die englische Diplomatie versteht es mit traditioneller Gewandtheit, die Reibungen und Widersprüche im Lager ihrer Verbündeten in den Dienst ihrer eigenen Interessen zu stellen und für die Errichtung ihrer Hegemonie auf dem europäischen Kontinent nutzbar zu machen.

Augur stellt Deutschland vor die kategorische Forderung, die letzten Ueberreste seiner früheren Rapallopolitik zu beseitigen. Er läßt über die kriegेरischen Absichten seiner Regierung keinen Zweifel und verwirft von vornherein jeden Versuch einer deutschen Vermittelung zwischen England und der Sowjetunion. Im Tone eines strengen Vorwurfs schreibt er:

„Berlin scheint auf seinem Wunsche zu bestehen, die Rolle einer Brücke zwischen Osten und Westen, zwischen Europa und Moskau, zu spielen.“**

Er vergleicht diesen angeblichen „Wunsch“ der deutschen Regierung mit dem verbrecherischen Versuch eines Bigamisten, der seine beiden Ehefrauen einander vorstellen und zur Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen überreden will. Solange Deutschland nicht seine letzten Verbindungen mit der Sowjetunion abreche, könne es bei England auf kein Entgegenkommen rechnen:

* Augur: l. c.

** Augur: l. c.

„Berlin muß verstehen, daß die Mitgliedschaft im Konzert von Europa nicht vereinbar ist mit der Verbindung mit einer Organisation, die der Feind des Konzerts von Europa, des Völkerbundes, der Zivilisation und aller Ideale der weißen Rasse ist.“*

Ohne Bruch mit der Sowjetunion keine Gleichberechtigung Deutschlands in der Weltpolitik, keine Lockerung des Versailler Friedens.

„Das Haupthindernis für die Behandlung Deutschlands als eines Gleichen unter Gleichen ist seine hartnäckige Neigung zur Verbindung mit Moskau.“**

Andererseits ist „die Einheit Europas nicht ohne die Mitwirkung Deutschlands möglich“. Die „wohlwollende Neutralität“ Deutschlands, seine stillschweigende Unterstützung, seine aktive Hilfe für den Durchmarsch der Truppen und die Durchführung von Kriegsmaterial sind die unerläßlichen Vorbedingungen, die **M i n d e s t f o r d e r u n g e n**, ohne deren Erfüllung Polen nicht zum militärischen Angriff gegen die Sowjetunion schreiten kann. **Der Schlüssel zum Kriegsschauplatz liegt in Deutschland; in den Händen der deutschen Bourgeoisie befindet sich auch der Schlüssel zum Kriege selbst.**

Chamberlain, der sich der gewaltigen Bedeutung dieser Tatsachen vollkommen bewußt ist, führt einen großzügigen, systematischen, durchdachten **K a m p f u m D e u t s c h l a n d**. Die englische Regierung verkündet durch Augur öffentlich:

„Um es klar zu sagen: Deutschlands aufrichtiger Eintritt in die demokratische Gemeinschaft von Europa muß Konsequenzen von weittragender Natur mit sich bringen.“***

Die erste dieser Konsequenzen war die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Wahl Stresemanns in den Völkerbundsrat. Der weltpolitische Sinn dieser Maßnahme wird von dem gleichen Regierungsorgan, der „Fortnightly Review“ mit nicht zu übertreffender Klarheit ausgesprochen:

„Einer der Hauptgründe für die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund war der Glaube oder mindestens der Gedanke, daß es, nachdem es ein Mitglied des Völkerbundes wurde, sich selbst von den Sowjets trennen oder von ihnen getrennt werden würde, um sich mit dem übrigen Europa gegen die bolschewistische Gefahr zu verbünden.“†

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund bedeutete den Beginn seines Eintritts in die „Heilige Allianz“ der Imperialisten, die den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten. Damit war das erste Ziel des Chamberlainschen Kampfes in Deutschland erreicht.

Wir betrachten nunmehr die anderen „weittragenden Konsequenzen“, die sich aus der politischen Schwenkung des neuen deutschen Imperialismus ergeben. Diese Konsequenzen beziehen sich sowohl auf die Haltung der deutschen Bourgeoisie selbst, als auf die Politik des englischen und fran-

* Augur: „Nochmals das Rheinland“ in „The Fortnightly Review“, Juni 1927.

** Augur: l. c.

*** Augur: „The Fortnightly Review“, Mai 1927.

† Robert Machray: „Die britische Politik in Mitteleuropa“, „Fortnightly Review“, Juni 1927.

zösischen Imperialismus gegenüber Deutschland. Die Konsequenzen dieser neuen Weltkonstellation beeinflussen und beherrschen nicht nur die internationale Politik, sondern sie sind auch von entscheidender Bedeutung für die deutsche Innenpolitik, für den Klassenkampf des deutschen Proletariats und für die revolutionären Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands. (Fortsetzung folgt.)

S A W D A R :

DER EINFLUSS DER CHINESISCHEN EREIGNISSE UND DER SOWJETUNION AUF INDIEN

Im gegenwärtigen Augenblick, wo die revolutionäre Bewegung in China an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung steht und der britische Imperialismus mit aller Macht bemüht ist, die Kräfte der Reaktion in allen Ländern zur Erdrosselung der Sowjetrepubliken zu mobilisieren, ist es notwendig, den Einfluß dieser Ereignisse auf Indien zu untersuchen, wo die englische Regierung auf das intensivste für einen militärischen Angriff auf die U S S R Vorbereitungen trifft.

In Erkenntnis der Bedeutung Indiens sind die Engländer auf jegliche Weise bemüht, das Land von der revolutionären Umgebung zu isolieren. Um das Eindringen irgendwelcher revolutionärer Nachrichten nach Indien zu verhindern, kontrolliert die englische Regierung alle Telegraphenagenturen Reuters, die „Eastern News Limited“, die die „Associated Press of India“, die Indische Nachrichtenagentur usw. umfaßt. Bevor die Nachrichten aus dem Auslande in die indische nationalistische Presse gelangen, werden sie von der Verlagsabteilung der Regierung geprüft. Es kommt nicht selten vor, daß zur Irreführung der öffentlichen Meinung Indiens die Nachrichten und Mitteilungen durch die Regierung selbst angefertigt werden. Vor kurzem, als die Hankauer Nationalregierung noch eine revolutionäre Kraft war, verbot die anglo-indische Regierung die Veröffentlichung jedweder Mitteilungen, die von der Hankauer nationalen Telegraphenagentur ausgingen. Indessen beschränkt man sich nicht nur auf das Verbot der Verbreitung revolutionärer Nachrichten; in den meisten Fällen werden falsche Informationen herausgegeben. So wurde beispielsweise seinerzeit die Oktoberrevolution einfach als ein Raubzug der Bolschewisten gegen Ehrenmänner dargestellt. Heute werden die chinesischen Ereignisse als ein Ergebnis der bolschewistischen Machenschaften geschildert. Angesichts dieser Tatsache verhielt sich die indische Presse, wie zu Anfang der russischen Revolution so auch in den ersten Entwicklungsstadien der chinesischen Revolution, diesen Ereignissen gegenüber ablehnend. Noch bis heute nimmt ein Teil der indischen Zeitungen, die die Interessen der indischen Bourgeoisie vertreten, in bezug auf China seine Zuflucht zu denselben Ausdrücken, die von der britischen imperialistischen Presse angewandt werden. Wir lassen hier einige Ausdrücke folgen, die am häufigsten von diesen indischen Zeitungen gebraucht werden, und die das Verhalten der indischen bürgerlich-nationa-

listischen Presse gegenüber den sich entrollenden großen Ereignissen unserer Zeit kennzeichnen:

„Chinesisches Pack“, „chinesischer Mob“, „chinesische revolutionäre Hetzer“, „uniformiertes Pack“ (gemeint ist die chinesische revolutionäre Armee), „chinesische Revolutionäre — bolschewistische Agenten“, „chinesische Rote“, „Ausschreitungen der Studenten“, „chinesischer Aufruhr“, „barbarische Feindseligkeiten der chinesischen Massen“, „niedrige Lüste der Chinesen“. Und solche Phrasen wie: „Die britischen Seeleute bewiesen mustergültiges Verhalten gegenüber dem chinesischen Mob, der von Agitatoren zu einem Angriff auf die Seesoldaten aufgehetzt wurde“, „verbrecherische Gelüste der Chinesen“, „roher Ueberfall des Mobs“, „Hankau ohne Schutz“, „Tschien ist Bolschewist und deutschfreundlich“, „Gefahr einer Wiederholung des Boxeraufstandes“, „Die Sowjetregierung zeichnete zehn Millionen Dollar für die Unterstützung der Kantonarmee und die fremdenfeindliche Bewegung in China; das ist bewiesen durch die kürzliche Razzia auf die Russische Bank, wo eine vollständige Liste der Ausrüstungsgegenstände gefunden wurde, mit denen die Sowjetregierung die Kantonesen versorgt hat“. Und so weiter bis ins Unendliche.

Die indischen Zeitungen brachten allen Nachrichten der englischen Presse und Telegraphenagenturen viel Vertrauen entgegen. Die indischen Nationalisten hätten wissen müssen, daß Verleumdungen und überhaupt falsche Informationen über revolutionäre Ereignisse zu den Waffen der Imperialisten gehören, die gegen die revolutionären Bewegungen der unterdrückten Völker und ausgebeuteten Klassen kämpfen. Es genügt, daran zu erinnern — und das dürfte allen indischen Nationalisten bekannt sein —, daß die englische Presse über den „indischen Mob“ zeterte, auf den „die englischen Soldaten schießen mußten“, als im Jahre 1919 unschuldige Männer, Frauen und Kinder in Pundjab von anglo-indischen Truppen niedergemacht wurden. Das Geschreibsel der anglo-indischen Zeitungen aus jener Zeit über diese viehische Niedermetzlung von Indiern müßte heute den indischen nationalistischen Zeitungen zur Lehre dienen. Die indischen Nationalisten können in den Aufsätzen englischer Zeitungen über Versammlungen von Engländern keine solchen Ausdrücke wie „Pack“ oder „Mob“ oder bezüglich des englischen Heeres „uniformiertes Pack“ finden. Man muß der kundigen Leitung der englischen imperialistischen Presse die Gerechtigkeit widerfahren lassen, sie trug dazu bei, daß die indischen Nationalisten anfänglich infolge ihrer bürgerlichen Interessen nicht die ganze Wichtigkeit der chinesischen Revolution erfaßten, und daß sie diese in der ersten Zeit sogar gänzlich ignorierten. In den letzten zwei Jahren wurden die Ereignisse in China von den Führern und der Presse des indischen Nationalismus mit wenigen Ausnahmen völlig übersehen. Besonders anschaulich trat dieses Verhalten während der letzten Monaten zutage. Es genügt, den Leitartikel des Hauptorgans des indischen Nationalismus „Forward“ (Zentralorgan der Swaraj-Partei) vom 29. September 1926 anzuführen, in dem es heißt:

„Die britische Regierung bewies in ihrem Verhalten China gegenüber anerkennungs-würdige Geduld und Zurückhaltung.“

Ein fast analoges Verhalten erfuhr die chinesische Revolution von seiten des Indischen Nationalkongresses, der Ende Dezember 1926 tagte und das höchste Organ des indischen Nationalismus darstellt. Hätte die Jahresversammlung dieser Organisation eine Sympathiekundgebung für die chinesische Revolution beschlossen, so würde dies die nationalrevolutionäre Bewegung in Indien selbst in bedeutendem Maße revolutioniert haben. Be-

kanntlich wurde von der bengalischen Organisation des Indischen Nationalkongresses eine ähnliche Resolution eingebracht, aber auf dem Kongreß war von dieser Resolution nichts zu hören. Auf diese Weise begingen die indischen Nationalisten das größte Verbrechen, denn sie verheimlichten die chinesischen Ereignisse vor den breiten indischen Massen und verhinderten damit die Revolutionierung der nationalrevolutionären Bewegung in Indien selbst.

In Indien wurde die chinesische Frage weder in der nationalistischen Presse noch in den von indischen Nationalisten einberufenen öffentlichen Versammlungen irgendwie erörtert. In dieser Hinsicht steht Indien sogar hinter Java zurück; denn die Bauern und Industriearbeiter Javas sammelten auf großen Massenmeetings Geld zur Unterstützung der chinesischen Arbeiter.

Die geschickte Politik der englischen Imperialisten und die bürgerlichen Interessen der nationalistischen Führer zeitigten ihre Früchte: die indischen Nationalisten ließen es sich angelegen sein, sich die günstige Gelegenheit zu einem neuen Aufschwung der nationalrevolutionären Bewegung entgehen zu lassen, die sich seit den letzten fünf Jahren in einem Zustand schwerer Depression befindet. Gegenwärtig wäre angesichts des ungeheuren Einflusses der chinesischen Revolution auf die ganze Welt die indische nationalrevolutionäre Bewegung aufs neue in Fluß zu bringen. Die indischen Nationalisten (wir verstehen darunter vorwiegend die Swaraj-Leute) haben, wie wir bereits sahen, allem Anschein nach kein Interesse daran. Es können also zwei Tatsachen festgestellt werden:

1. In China vollziehen sich Ereignisse von universeller Bedeutung mit ungeheurer Schnelligkeit.

2. Die Führer des indischen Nationalismus, von denen ein großes Interesse für diese Ereignisse zu erwarten wäre, erblicken in ihnen nichts, was ihrer Aufmerksamkeit würdig wäre, wobei manche von ihnen sich der chinesischen Revolution gegenüber sogar offen ablehnend verhalten.

Es entsteht von selbst die Frage: wieso konnte sich die indische nationalistische Presse mit einer derartigen Phraseologie und mit einem derartigen fast negativen Verhalten China gegenüber abfinden? Warum hat die indische Presse auf ihren Seiten Platz für eine notorisch falsche Berichterstattung über das revolutionäre China? Der erste, wenn nicht allerwichtigste Grund eines derartigen Verhaltens gegenüber den chinesischen Ereignissen besteht darin, daß in Indien keine wirkliche Pressefreiheit besteht: die indischen Zeitungen müssen sich oft nolens volens auf die Veröffentlichung nur derjenigen Mitteilungen beschränken, die sie von den englischen Telegraphenagenturen erhalten; diese jedoch lassen keine revolutionären Nachrichten nach Indien dringen. Was den Einfluß der chinesischen Ereignisse auf Indien betrifft, erwiesen sich die Engländer als besonders wachsam. In China selbst waren sie bemüht, die Durchführung der Revolution zu verhindern, wobei sie sich in nicht geringem Maße von dem Interesse leiten ließen, sich den Besitz Indiens zu sichern. Und zu diesem Zwecke bemühten sie sich, um jeden Preis, Indien von China zu isolieren. Bereits seit langem befürchteten die Engländer eine Auswirkung der chinesischen Ereignisse auf die Freiheitsbewegung in Indien. In Anbetracht dessen, daß die nordöstlichen Grenzen Indiens sich mit China berühren (Hunan grenzt an

Birma), konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der englischen Behörden vor allem nach dieser Richtung. Die Verbreitung revolutionärer Zeitungen ist in Birma vollständig verboten. Die Regierung selbst betont die von dieser Seite drohende Gefahr in ihrem Bericht an das britische Parlament in folgenden Sätzen:

„Die Grenze Birmas berührt sich mit der Grenze Chinas in einer Ausdehnung von 1000 Meilen. Diese Grenzen sind als Verbindungslinien für zivilisierte Armeen nicht ungünstig. Zuweilen wird die Ruhe und Ordnung in diesen Teilen durch zufällige Ueberfälle gestört, da im Laufe der letzten Zeit, infolge der unsicheren Lage in China, die Rechtswidrigkeiten zunehmen. . . . Wir dürfen nicht vergessen, daß es gegenwärtig in China über eine Million bewaffnete Soldaten gibt, die über viele Provinzen verstreut sind und unter der Leitung verschiedener Generale in den meisten Fällen sich gegenseitig befehden. Sollte jedoch eine Zeit kommen, wo China in irgendeinem Maße geeint sein wird, dann werden diese Armeen zu einer großen potentiellen Bedrohung für Indien werden.“ („Indien in den Jahren 1924/25.“ Seite 4. Herausgegeben in Kalkutta.)

Den gleichen Gedanken äußerte ein anderes Organ der englischen Imperialisten, ein Organ, das die Ansichten der britischen Regierung zum Ausdruck bringt. Dort lesen wir:

„In einer Ausdehnung von den Grenzen Birmas bis zum Stillen Ozean wird eine starke chinesische Regierung leicht zu einer Bedrohung für den Südosten werden.“ („Empires Review“.)

Diese Behauptungen weisen darauf hin, daß die Politik des englischen Imperialismus, deren Ziel es ist, die Durchführung der chinesischen Revolution zu verhindern, in bedeutendem Maße von seinen Interessen in Indien bestimmt wird. Die Gefahr von seiten Chinas ist nicht nur eine rein militärische, wie es die Engländer darstellen, sondern mehr: das revolutionäre China wird das Signal zum Angriff der revolutionären indischen Massen auf den englischen Imperialismus sein. Es genügt, daran zu erinnern, daß der von Japan im russisch-japanischen Kriege davongetragene Sieg der Entwicklung der indischen nationalen Bewegung den stärksten Anstoß gegeben hat. Dieser Sieg wurde von den indischen Nationalisten als ein großer Erfolg des aufsteigenden Ostens über den reaktionären und aggressiven Westen dargestellt. Der Einfluß der Oktoberrevolution äußerte sich in den Jahren 1920/21 in dem Ausbruch der größten revolutionären Erhebung des indischen Volkes gegen den britischen Imperialismus. In Anbetracht der Nachbarschaft von Indien und China muß der revolutionäre Reflex der chinesischen Ereignisse noch stärker und eindringlicher sein. Das beginnt bereits auch die indische revolutionäre Presse zu begreifen. Der „Indian National Herald“ (das Organ der indischen linken Nationalisten) vom 22. Mai 1927 sagt folgendes:

„Warum sind die Bemühungen der englischen Regierung um die Vereinigung der Mächte zu dem Kampfe gegen Rußland in gewissem Maße von Erfolg gekrönt, während sie in China versagten? Da die kapitalistischen Regierungen Frankreichs, Nordamerikas und Japans vor dem Einfluß der Arbeiterrepublik auf ihre eigenen Untertanen Furcht haben, so vereinigten sie sich gern mit England zum Kampfe um die Vernichtung der Sowjetunion. Aber in China widersprechen sich ihre Interessen. . . . Wie dem auch sei, bezweifeln wir indessen, daß der Kampf gegen die chinesischen Nationalisten ausschließlich von Erwägungen der Oberhoheit über die reichsten Teile Chinas diktiert wird, obwohl sie an sich schon einen genügenden Beweggrund für den Kampf Englands gegen China darstellen; aber das schließt durchaus nicht das Vorhandensein eines anderen Grundes aus. Dieser Grund ist Indien. Man sehe sich die

Landkarte an. Wenn China eine Republik begründet, die die Interessen der Arbeiter und Bauern vertritt, und wenn von nun an China und die weißen Rassen gleichberechtigt sind, so ändert sich das ganze Gesicht Asiens. Dann gerät Indien hoffnungslos ins Hintertreffen, Indien wird fast als einziges Land unter einem despotischen Regime verbleiben. Der Eindruck einer derartigen schmachvollen Lage wird für die Ideale der Indier sehr fühlbar sein. Dies wird die Stärke und den Einfluß des indischen Reformismus vernichten, der vielleicht den wichtigsten Stützpunkt der englischen Herrschaft in Indien darstellt. Dies wird seinerseits ein ernsthafter Schlag gegen den Imperialismus sein. . . . Das ideologisch freie China wird ein ebensolches Schrecknis für die britischen herrschenden Klassen sein, wie es heute für sie das befreite Rußland ist. Aus eben diesem Grunde blicken die Engländer mit Furcht auf die Siege des revolutionären China, die ihre Interessen nicht nur in China schädigen, sondern auch zu ihrer Wiederholung in Indien führen können. Deshalb werden die Engländer, soweit es praktisch möglich sein wird, alle Mittel ihrer Zivilisation — das Geld und die Kanonen — in Bewegung setzen, um die chinesische Revolution zu unterdrücken, wie sie es zur Vernichtung der russischen Revolution getan haben. In ihren Augen wird alles, was diesem Ziele dienlich ist, moralisch zu rechtfertigen sein."

Lüge, Verleumdung, bewaffnete Kräfte sowohl in England als auch in Indien — alles wird aufgeboten, um Indien von China abzugrenzen und zu isolieren, weil im entgegengesetzten Fall die Engländer „das Reich (Indien) verlieren werden“. Es genügt zu sagen, daß kein anderes Land in der Welt soviel englische Waren kauft, wie Indien. Die unten angeführten Ziffern in bezug auf die Ausfuhr englischer Waren nach den wichtigsten Ländern der Welt erbringen dafür den Beweis:

Ausfuhr englischer Waren nach verschiedenen Ländern:

Länder	Wert der ausgeführten Waren in Pfund Sterling
Kanada	26 383 499
Australien	61 205 643
Südafrika	30 163 866
Irland	34 764 105
Indien	82 026 672
Rußland	5 860 890
Deutschland	26 342 821
Frankreich	20 375 640
USA.	47 941 220
Aegypten	11 041 497
China	16 426 850
Japan	13 862 539*

Also ist Indien der größte Abnehmer der englischen Waren. Daneben wird Indien in der Nachkriegszeit zu einem außerordentlich bedeutenden Investierungsgebiet für das englische Kapital; seine Ausfuhr nach Indien wächst mit jedem Tag. Die Kapitalausfuhr wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet:

Jahr	Ausfuhr englischen Kapitals nach Indien (in Millionen Pfund)	Gesamtausfuhr engl. Kapitals	Ausfuhr nach Indien in %
1919	1,4	237	0,6
1920	3,5	384	0,9
1921	29,5	215	13,6
1922	36,1	235	15,3
1923	25,3	203	14,4

* Siehe „Modern India“ — R. P. Dou, „Capital“, eine in Kalkutta erscheinende Zeitschrift.

Diese Angaben werden noch aufschlußreicher, wenn der Profit von dem in Indien investierten Kapital in Betracht gezogen wird. Dank der kolossalen Gewinne nehmen die Produktionsunternehmen riesenhafte Ausmaße an. So z. B. begann „Birma Oil Comp.“, in deren Unternehmungen die Arbeiter infolge der Hungerlöhne unlängst streikten, ihre Tätigkeit mit einem Kapital von nur 60 000 Pfund Sterling. Heute beträgt das Kapital mit dem hinzugeschlagenen Gewinn etwa 53 000 000 Pfund. Und das, trotzdem die Aktionäre dieser Gesellschaft unglaublich hohe Dividenden erhielten (diese Ziffern sind der „Near East and India“ vom 16. Juni 1927 entnommen). Sie sind kennzeichnend für alle Industriezweige, die sich in ihrer erdrückenden Mehrheit in den Händen der englischen Imperialisten befinden. Außerdem liegt auf den Schultern der indischen Massen das Joch ungeheurer Zahlungsverpflichtungen in Form von Prozenten aus der sogenannten Nationalschuld Indiens. Die anglo-indische Regierung brachte für die Führung des imperialistischen Krieges auf dem englischen Markt Anleihen unter, deren Prozente aus dem indischen Budget bezahlt werden. Seit dem Jahre 1913 bis 1914 stieg diese sogenannte Nationalschuld Indiens von 247 Millionen Pfund Sterling auf 339 Millionen Pfund. Für diese Summe muß Indien jährlich an Prozenten 35 Millionen Pfund Sterling zahlen, die fast ganz von den Arbeiter- und Bauernmassen aufgebracht werden. Aus Platzmangel müssen wir auf die Aufzählung aller Vorteile verzichten, die den englischen Imperialisten die Ausbeutung der indischen Volksmassen einbringt*.

Nicht umsonst sind die englischen Imperialisten nach wie vor nach Kräften bemüht, um jeden Preis Indien von der revolutionären Umwelt zu isolieren. Der Hauptgrund besteht darin, daß das indische Kapital die Politik Englands unterstützt. Obwohl einzelne Gegensätze zwischen dem englischen und indischen Kapital bestehen, geht das zweite doch im allgemeinen hinter dem ersten her. Die Entsendung indischer Truppen zur Unterdrückung der chinesischen Revolution fand die vollkommene Zustimmung der indischen Kapitalisten. In seiner Antwort an den Genossen Saklatvala, der vorgeschlagen hatte, gegen die Entsendung indischer Truppen zu protestieren, sagte der Repräsentant der indischen Bourgeoisie:

„Sie begannen einen Feldzug gegen die Entsendung von indischen Truppen nach China, von Truppen, die unter anderem auch die indischen Interessen schützen sollen. Wollen Sie, daß das indische Eigentum, das sich auf Hunderttausende beläuft, vernichtet werde und daß das Leben der Inder Gefahren unterworfen werde? Die Maßregeln, die zu ihrem Schutze getroffen werden, bedeuten auch einen Schutz für die Verwandten derselben Lancashirer Arbeiter, die Sie im Parlament in Schutz nehmen.“

Klarer kann keine Antwort sein. Diese Antwort stimmt mit absoluter Genauigkeit mit der Rede überein, die der indische Vizekönig, Lord Irwin, aus Anlaß der Entsendung indischer Truppen nach China gehalten hat. Lord Irwin äußerte sich in seiner Rede in der Gesetzgebenden Versammlung Indiens folgendermaßen:

„Leben und Besitz vieler Handelsgesellschaften, darunter auch vieler indischer und britischer Untertanen, wird in verschiedenen Vertragshäfen Chinas angegriffen. Die britische Regierung hat sich nur ungern dazu entschlossen, nach China Verstärkung zu senden. Indien ist der nächste Teil des Reiches, der an China grenzt; deshalb war

* Siehe den Bericht der Indischen Delegation in der Völkerbundsitzung.

die Regierung Indiens einverstanden, an dieser rein defensiven Aktion durch Entsendung eines Truppenkontingents teilzunehmen, dem auch indische Regimenter angehören.“

Die obenangeführte Antwort der indischen Kapitalisten unterscheidet sich durch nichts von der Erklärung Lord Irwins. Wir haben vor uns ein unverhülltes Bündnis des anglo-indischen Kapitals.

Dieses Bündnis des anglo-indischen Kapitals in der Außenpolitik ist die logische Folge seines Bündnisses zur Ausbeutung der 320 Millionen Indier. In dem gegenwärtigen Augenblick, wo der britische Imperialismus bemüht ist, Sowjetrußland anzugreifen, wird er auch vom indischen Kapital unterstützt, obwohl für diese Unterstützung gewisse Konzessionen gefordert werden. Der Repräsentant der indischen Bourgeoisie schreibt im „Bombay Chronicle“:

„Sind einmal die gemeinsamen Ziele der anglo-indischen Kapitalisten klar erkannt, so wird die gegenwärtige Unzufriedenheit miteinander automatisch verschwinden. Weil sie Indien kühn eine fiskalische Teilautonomie schenken, können die Engländer bei dem Schutze der Welt und Indiens vor der bolschewistischen Gefahr auf die Sympathie und die Mitarbeit der indischen Bourgeoisie rechnen.“

Auf diese Weise mußte die Billigung der englischen imperialistischen Pläne durch das indische Kapital die Orientierung des indischen Nationalismus in revolutionären Fragen beeinflussen. Da die Führung der indischen nationalen Organisationen bisher noch in den Händen von Repräsentanten der indischen Bourgeoisie liegt, so wird auch ihr ablehnendes Verhalten gegenüber der revolutionären Bewegung in Indien selbst als auch gegenüber den auswärtigen revolutionären Ereignissen klar.

Das Verhalten der indischen Massen gegenüber den auswärtigen revolutionären Ereignissen ist indessen ein völlig anderes: sie offenbarten den größten Enthusiasmus, als es galt, der chinesischen Revolution materielle und moralische Hilfe zu leisten. Der Einfluß der chinesischen Ereignisse auf die indischen Volksmassen ist so stark, daß die nationalrevolutionäre Bewegung Indiens bereits aus ihrer Passivität herauszugehen beginnt, in der sie die letzten sechs Jahre verharrete. Um nicht von der nationalrevolutionären Bewegung über Bord geworfen zu werden, beginnen die bürgerlichen indischen Nationalisten sich der revolutionären Bewegung anzupassen. Die Presse, die sich vordem gegenüber den chinesischen Ereignissen feindselig verhielt, spielt sich jetzt als chinafreundlich auf. Aber welchen Hokuspokus die indischen Nationalisten auch hervorbringen mögen, sie werden kaum die Führung der nationalrevolutionären Bewegung in ihre Hände bekommen. Heute tritt als wahre Führerin der Bewegung die Kommunistische Partei Indiens auf.

Der Vertreter der Indischen Kommunistischen Partei brachte auf der letzten Konferenz des panindischen Komitees des Nationalkongresses eine Resolution gegen die Gewerkschaftsbill in England ein. Ein Kongreßleiter trat gegen die Resolution auf und begründete sein ablehnendes Verhalten damit, daß die Annahme einer derartigen Resolution eine Einmischung in die inneren Zustände Englands bedeuten würde. Indessen wurde die Resolution unter dem Druck der linken Nationalisten und der Kommunisten nach einer langwierigen Beratung angenommen. Sie lautet:

„Das Panindische Komitee des Nationalkongresses drückt den englischen Arbeitern seine heiße Sympathie aus in ihrem Kampf gegen die imperialistische Regierung, die gewaltsam im Parlament die erzreaktionäre und bedrückendste Gewerkschaftsbill durchsetzt. Dieser offene Angriff auf die britischen Arbeiter ist ein Teil der allgemeinen Aggression und Repression, die im Namen der kapitalistischen und imperialistischen Raffgier gegen die revolutionäre Bewegung gerichtet werden. Die Versammlung protestiert besonders gegen die Versuche, der Arbeiterklasse das Recht auf die Ausrufung des Generalstreiks zu nehmen.“

In derselben Versammlung wurde bei Behandlung der chinesischen Frage eine Resolution angenommen, die die Sympathien der indischen Massen für den Freiheitskampf des chinesischen Volkes zum Ausdruck bringt. Sie lautet:

„Das Panindische Komitee des Nationalkongresses drückt dem chinesischen Volke seine Sympathie aus in seinem Kampf für die Unabhängigkeit Chinas und verurteilt das Verhalten der britischen Regierung, die indische und andere Truppen nach China entsandte.“

Daselbst wurde auch eine noch wichtigere Resolution angenommen, die dem Kongreß empfahl, praktische Maßregeln zur Unterstützung Chinas zu ergreifen. Die Resolution besagt:

„Das Panindische Komitee des Nationalkongresses ruft die „Se-wa-Dal“ (eine ausschließlich aus Jugendlichen bestehende Freiwilligenorganisation) zu praktischer Arbeit auf, um eine Sanitätskolonne zur Entsendung nach China zu organisieren. . . .“

Alle diese Resolutionen wurden unter dem starken Druck der linken Nationalisten und der Kommunisten angenommen, deren spezifisches Gewicht rasch zunimmt. Die Nationalisten und Kommunisten führten eine weitverbreitete Kampagne durch zugunsten einer aktiven Hilfe für die chinesische Revolution, gegen den englischen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu der USSR und gegen den Angriff der englischen Bourgeoisie auf die Arbeiterbewegung sowohl in der Metropole als auch in den Kolonien. Unter ihrer Leitung wurden in allen großen Industriestädten Indiens Massenkundgebungen und Meetings zur Unterstützung der chinesischen Revolution veranstaltet. Die Bewegung ergriff sogar das flache Land. Allein Saklatvala beteiligte sich an 106 großen Versammlungen, die zum Teil von 16 000 Menschen besucht waren. Die erdrückende Mehrheit der Teilnehmer an diesen Meetings bestand aus Arbeitern und Bauern. Durch ihre Aktivität machten sie einen so tiefen Eindruck, daß Saklatvala in seinem Bericht vor den Arbeitern sagte:

„In den nächsten zwölf Monaten wird die Welt erkennen, daß diese grandiose nationale Bewegung Indiens eine Arbeiter- und Bauernbewegung ist.“ („Bombay Chronicle“ vom 4. Juni 1927.)

Der Aufruf der „Se-wa-Dal“ zur Eintragung in die Sanitätskolonne brachte ein vorzügliches Ergebnis: der Zentralauschuß wurde mit Anmeldungen von Leuten überschwemmt, die der chinesischen Revolution aktiv beistehen wollten. Fast alle Ortsgruppen sandten nach dem Aufruf der „Se-wa-Dal“ sowohl Geld als auch Leute. Der Sekretär der „Se-wa-Dal“ sagt selbst, daß dieser Aufruf in der indischen Jugend die größte Begeisterung ausgelöst habe. Nicht ohne Grund sagt Lord Birkenhead, daß die Jugendlichen Chinas und Indiens die unversöhnlichsten Gegner der Fremdherrschaft seien. Der Ausschuß der „Se-wa-Dal“ hat bald seine Arbeit vollendet, und dann wird die Sanitätskolonne nach China abgehen. Sie wäre schon längst dort, wenn

die englische Regierung ihr nicht die Ausstellung der Pässe verweigert hätte. Die anglo-indische Regierung nimmt die angebliche „politische Mission“ der Kolonne zum Anlaß, um ihr bis auf weiteres die Ausreise aus Indien zu verweigern. Was die Regierung aber auch unternehmen sollte, sie wird die neue englandfeindliche Bewegung nicht aufhalten. Diese Bewegung beschränkt sich nicht auf eine rein oratorische Verurteilung des Imperialismus, sie fordert irgendeinen positiven Ausweg. In der Provinz Madras in den Vereinigten Provinzen und in vielen Teilen der anderen Provinzen nahm sie die Form der sogenannten republikanischen Bewegung an. Der „Forward“ vom 21. Juni 1927 schildert diese Bewegung folgendermaßen:

„In letzter Zeit versieht Nagpur die Völker Indiens mit einer großen Sensation. Das Publikum blickt bereits auf die republikanische Bewegung mit Interesse und Hoffnung. Es sind neue Organisationen aufgetaucht, die sich „wahre Republikaner“ nennen. Die Mitglieder dieser Organisation durchziehen in geschlossenen Trupps die Straßen der Stadt, wobei sie Schwerter und Lanzen in der Hand halten. Die Prozessionen schließen mit Meetings ab, in denen revolutionäre Reden gehalten werden.“

Fast alle Tage sind solche Umzüge in den Straßen der Stadt zu sehen. In jeder indischen Zeitung sind Tag für Tag solche Berichte zu finden.

Diese Bewegung ist von tiefer symptomatischer Bedeutung; sie ist ein Anzeichen dafür, daß die Volksmassen wieder zum aktiven Kampf gegen den englischen Imperialismus erwachen. Ziel der Bewegung ist die Eroberung der republikanischen Verfassung für Indien, ihre Methoden — zuerst die Weigerung, die Gesetze der anglo-indischen Regierung zu befolgen (gegenwärtig z. B. tragen die Republikaner Waffen, was gegen das „Waffengesetz“ gerichtet ist), und nachher die Erhebung des ganzen Volkes gegen die Regierung. Das Panindische Komitee des Nationalkongresses verhält sich anscheinend dieser Bewegung gegenüber ablehnend, weil sie der gemeinsamen Ausbeutung der indischen Volksmassen durch das anglo-indische Kapital hinderlich ist. Nach Ansicht der indischen Bourgeoisie ist „der einzige Schauplatz des Krieges um die Freiheit Indiens die Gesetzgebende Versammlung“. Daraus ergibt sich, daß die Führer der indischen Bourgeoisie nicht imstande sind, diesen „Krieg“ mitten in die Arbeiter- und Bauernmassen hineinzutragen. Aber die Ortsgruppen des Indischen Nationalkongresses haben sich bereits zugunsten der neuen revolutionären Bewegung und für die Verlegung des Schwerpunktes des politischen Kampfes aus dem Parlament aufs flache Land und in die Kreise der Fabrikarbeiter ausgesprochen. Im Zusammenhang damit wächst die Opposition gegen die jetzige erzbürgerliche Leitung des Nationalkongresses. Von mehreren Ortsausschüssen wurde bereits eine Resolution angenommen, die eine Aenderung der heutigen Kongreßleitung fordert. Die indischen linken Nationalisten führen gemeinsam mit den indischen Kommunisten innerhalb der lokalen Organisationen eine große Propaganda- und Agitationskampagne durch. Ein Organ der indischen Bourgeoisie fühlt sich bereits durch diese Kampagne beunruhigt, weshalb es schreibt, daß

„der Einfluß der Propagandisten auf der kommenden Tagung des Indischen Nationalkongresses sich als ein sehr trauriger erweisen wird“.

Der indischen Bourgeoisie sind die Beziehungen zum englischen Imperialismus so wertvoll, daß sie allein schon die Annahme von Resolutionen zugunsten der „völligen Unabhängigkeit Indiens von England“ als ein „sehr

trauriges Ereignis“ ansieht. Während laut dem Programm des Indischen Nationalkongresses die Unabhängigkeit Indiens im Rahmen des Imperiums erkämpft werden soll, fordern die mit den Arbeiter- und Bauernmassen in Berührung kommenden Ortsausschüsse die völlige Loslösung Indiens von England. Wir sehen also, daß die nationalrevolutionäre Bewegung Indiens sich differenziert: die indische Bourgeoisie ergreift offen die Partei Englands, während die Arbeiter und Bauern, mit den linken Nationalisten und den Kommunisten an der Spitze, sich auf die Seite der Revolution schlagen. Dieser Differenzierungsprozeß innerhalb des Landes spiegelt sich in der Außenpolitik beider Pole der Bewegung wider: die indischen Kapitalisten sind für die Gewerkschaftsbill in England, gegen die Sowjetunion und die chinesische Revolution; die indischen Revolutionäre dagegen sind für die Interessen der englischen Arbeiterklasse, gegen einen Krieg mit der Sowjetunion und für die chinesische Revolution. Obwohl sich die indische Bourgeoisie vom revolutionären Kampf zurückgezogen hat, beeinflußt diese Tatsache keineswegs negativ die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Indien. Im Gegenteil, gerade jetzt, wo die Bourgeoisie sich von der revolutionären Bewegung zurückgezogen hat, beginnen die Massen die ihnen eigene politische Schwungkraft zu zeigen. Unter dem Einfluß dieser neuen Stimmungen wollen sich die indischen Nationalisten bereits nicht mehr mit den Mitteilungen Reuters und der anderen Telegraphenagenturen der englischen Imperialisten zufrieden geben. Die Träger dieser Stimmungen zeigen ein so tiefes Interesse an den Ereignissen in China, daß sich die Notwendigkeit ergab, eine unabhängige, selbständige Agentur ins Leben zu rufen. Die neue Strömung äußerte sich sogar in dem Gesamtton der rechtsgerichteten Presse, die in der Bewertung der chinesischen Ereignisse einen recht scharfen Frontwechsel vorgenommen hat. Die Zeitschrift „Das Volk“ schreibt:

„Wir wissen, daß die nationale Bewegung eine zielbewußte, tief durchdachte Bewegung ist, die allein China den Frieden und die Freiheit bringen kann. Sie ist weder „bolschewistisch“ noch „rot“, aber selbst wenn es so wäre, so würde dies nur China angehen und nicht England. England ist auch nicht berechtigt zu sagen, daß es „jede gesetzliche Forderung Chinas zu unterstützen bereit sei“, weil es kein Recht hat, zu beurteilen, was für China „gesetzlich“ ist. Die Versklavung Chinas ist noch nicht so weit gediehen. Ebenso unrichtig ist die Behauptung von den „Studentenunruhen“. Daß das chinesische Heer, die Studenten und Volksmassen erbittert gekämpft haben, unterliegt keinem Zweifel, aber die chinesischen Nationalisten tauschen doch mit den Engländern keine Liebenswürdigkeiten aus und laden sie nicht zu einem Festmahl ein. Außerdem aber erheben sie gar keinen Anspruch darauf, als Gentlemen vom englischen Standpunkt aus zu gelten. Mehr als sonderbar berührt es, gerade in der indischen Presse Betrachtungen über „Studentenunruhen“ oder „Barbarei in Hankau“ anzutreffen. Wer hat gesagt, daß dies nicht ein grausamer Krieg ist? Haben wir denn erwartet, daß die Chinesen die Engländer leicht auf die Finger klopfen dafür, daß diese das chinesische Volk füsillieren, und daß sie gegen solche „unbritische“ und „unkorrekte“ Handlungsweise schwächlich protestieren werden? Im Gegenteil, man müßte sich über die ungeheure Zurückhaltung und Disziplin der Chinesen wundern, während andere Völker an ihrer Stelle — seien es Amerikaner, Russen oder Franzosen — sich schon längst empört und den Feind ins Meer geworfen hätten.

Wir lesen ferner, daß sich die „fremdenfeindlichen Kräfte“ zusammenschließen, während alle wissen, daß der Ausdruck „fremdenfeindlich“ eine einzige Lüge ist. Das sind die „nationalen Kräfte“, die sich gegen England zusammenschließen. Solcherlei Ausdrücke gehören zu den englischen Methoden, alle europäischen Völker gegen China aufzubringen. Ebenso hat nie der Plan bestanden, „die Boxerbewegung zu wiederholen“, obwohl es sich bei einer richtigen Beleuchtung der Boxerbewegung herausstellt, daß das Recht auf seiten der Chinesen war, und daß die Schande auf die Häupter der

Großmächte zurückfällt, die damals zerstörten, töteten und plünderten. Auch gibt es in China keinerlei „Chaos“; im Gegenteil, die Lage ist klar wie ein indischer Tag, die Kräfte der Freiheit kämpfen und besiegen das von England unterstützte hergelauene Volk.

Es gibt wohl keine ehrlosere Presse und keine ehrlosere Telegraphenagentur als die englische. Die Amerikaner geben in dieser Hinsicht den Engländern nichts nach, aber ihre Presse ist wenigstens offen und himmelschreiend ehrlos, während die englische es heimlich ist. Aber dennoch ist manchmal auch die britische Presse schamlos und offenherzig. So z. B. brachten vor einigen Wochen die Londoner „Times“ Photos aus dem chinesischen Leben, auf denen Chinesen abgebildet waren, die auf Bäumen und Kästen stehend oder an Fensterbrettern hängend, anscheinend etwas betrachteten und zuhörten. Die Zuhörer waren vollkommen unbewaffnet und anscheinend friedlich gesinnt, aber der Text unter den Photos lautete, dies sei „der chinesische Mob“, der englische Häuser und Läden plündert. Einige Tage später brachte die Londoner Arbeiterpresse und die kontinentale europäische Presse das gleiche Bild mit der Erklärung, dies sei eine chinesische Versammlung während einer Rede.

Man wiederholt uns fortwährend, daß die reaktionäre Nordregierung nicht nur einen, sondern mehrere englische Ratgeber hat, die nicht nur Ratschläge erteilen, sondern auch Geld und Kampfmittel liefern. Die nationale Bewegung, schreibt man uns ferner, wird von bolschewistischem Golde gespeist; dies erklärt sich dadurch, daß der Engländer sich nicht vorstellen kann, daß Männer und Frauen für die Freiheit kämpfen können, ohne dafür bezahlt zu werden. Während des Krieges z. B. nannten sie viele Inder „deutsche Agenten“, nach dem Kriege begannen sie, diese als „Agenten der Bolschewisten“ zu bezeichnen, und sehr bald werden sie sie wahrscheinlich „chinesische Agenten“ nennen. Im gegenwärtigen Augenblick heißen alle Kommunisten außerhalb Rußlands mit Einschluß der englischen Kommunisten „russische Agenten“. Es bedarf nur einer kurzen Zeit, damit alle mit China Sympathisierenden „chinesische Agenten“ genannt werden.“

Unter dem Einfluß der revolutionären Massen begann auch die indische Presse, die Verräter an der chinesischen Revolution abweisend zu behandeln. Nach dem Verrat Tschang Kai-scheks schrieb „Bombay Chronicle“: „England hat jetzt einen neuen Freund in der Person Tschang Kai-scheks.“ Der „Forward“ schreibt unmutig, daß „die Nanking-Regierung eine rein bürgerliche Regierung“ ist. Man kann sicher sein, daß jetzt, wo die Wuhaner Regierung gleichfalls die Sache der Volksrevolution verraten hat, die indische revolutionäre Presse sie verurteilen wird, da die revolutionäre Bewegung in Indien selbst von den bürgerlichen Klassen in die Kreise der Arbeiter- und Bauernmassen übergeht.

Die Vertreter dieser revolutionären Bewegung Indiens traten gleichfalls gegen die reaktionären Gesetze der englischen Regierung auf, die gegen die Arbeiter gerichtet sind. Es wurde vorher eine Resolution erwähnt, die auf der Bombayer Konferenz des Indischen Nationalkongresses zur Annahme gelangte. Indessen ging der Annahme dieser Resolution eine große Kampagne gegen jene Gesetze voraus, eine Kampagne sowohl in nationalistischen als auch in Arbeiterkreisen. Die Arbeiter fast aller Industriezweige nahmen Resolutionen an, in denen die reaktionären Maßnahmen der englischen Regierung gegeißelt wurden. Die indische Presse verurteilte sogar die Tätigkeit der Labour Party. „Bombay Chronicle“ vom 13. Juni 1927 schrieb:

„Bei den Angiffen auf China, auf die Sowjetunion, auf den indischen Nationalismus und auf Aegypten halfen die Führer der Labour Party den Kapitalisten und verhinderten den Ausdruck der wahren Klassenpolitik der englischen Arbeiter.“

Besonders stark war der Angriff der indischen Nationalisten auf England aus Anlaß des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zur USSR. Der

„Forward“ schrieb, die Engländer bekämpften die Sowjetunion aus dem Grunde, weil dort die Macht in den Händen des Proletariats läge:

„Die Sowjetregierung, die alle Ueberreste des Feudalismus und Kapitalismus vernichtete, zog sich eben dadurch den Haß aller kapitalistischen Staaten der Welt zu. Aber die Kränkungen der Engländer beschränken sich nicht allein darauf. Vor allem beängstigten sie die Orientpolitik der Sowjetregierung . . . Der Konflikt zwischen der Sowjetunion und dem britischen Imperialismus wurzelt in der Verschiedenartigkeit ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ideale. Britannien ist ein kapitalistisches Reich, die Sowjets dagegen kämpfen für den Kommunismus.“

Ferner erklärt der „Forward“, daß, falls der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Kriege führen wird, auf den die englische Regierung sich vorbereitet, die Sympathien der Inder auf seiten der Sowjets sein werden.

Der englische Imperialismus bereitet sich mit aller Kraft für den Angriff auf die Sowjetunion vor. Unter dem Geschrei, daß „Indien von den Sowjets bedroht sei“, führt er in fieberhafter Eile die militärischen Vorbereitungen durch. Die metallurgische Industrie Indiens wird militarisiert. Die Engländer erklären offen, daß sie die Entwicklung der bodenständigen Industrie für Kriegszwecke brauchen. Aber dazu ist Geld nötig. Deshalb werden sowohl die direkten als auch die indirekten Steuern erhöht. Dadurch wird jedoch eine noch stärkere Pauperisierung der indischen Bauernschaft und der Arbeiter herbeigeführt. Wenn in den Vorkriegsjahren 1913 bis 1914 ein Indier 16 bis 28 Yard Stoff kaufen konnte, so konnte er im Jahre 1925 bis 1926 nur noch 13,29 Yard Stoff kaufen. Dieser Zustand führt zu einer verstärkten Sterblichkeit in der indischen Bauernschaft, was wiederum die Unzufriedenheit in ihren Reihen stärkt. Aus eben diesem Grunde erhebt sie durch die linken Nationalisten die Forderung, „daß die staatliche Regierungsform Indiens nicht eine solche Demokratie wie in England und Amerika sei, sondern daß sie die sowjetistische Staatsform sei“ („Indian National Herald“ vom 28. Juni 1927). Die Arbeiter Bombays und anderer Städte fordern, daß „das Privateigentum an den Produktionsmitteln von den Kapitalisten zu den Arbeitern übergehe“. Die linken Nationalisten begreifen bereits, daß eben diese Klassen die Unabhängigkeit Indiens durchsetzen werden. Der „Forward“ schreibt aus diesem Anlaß:

„Die werktätigen Klassen mit Einschluß der Bauernschaft machen 98 Prozent der Bevölkerung Indiens aus. Eine politische Agitation, die die Interessen dieser ungeheuren werktätigen Bevölkerung nicht berücksichtigt und die infolgedessen die dynamische Energie der Massen brachliegen läßt, muß unvermeidlich Fiasko machen. Das war das unentrinnbare Schicksal aller unserer politischen Schlachten und Kämpfe. Die traurigen Erfahrungen lehrten die politisch denkenden Elemente unter unseren Landsleuten, daß sie die Interessen dieser Massen nicht unbeachtet lassen dürfen.“ („Forward“ vom 25. Juni 1927.)

Auf diese Weise entsteht im Gegensatz zum Bündnis des anglo-indischen Kapitals — einem Bündnis, das den Kampf gegen die „Bedrohung durch den Bolschewismus“ bezweckt — ein Bündnis der Arbeiter- und Bauernmassen mit der KP Indiens und den linken Nationalisten an der Spitze. Der englische Imperialismus ruft durch seinen Kampf gegen den auswärtigen Bolschewismus (die USSR) den Bolschewismus im Lande selbst ins Leben und gräbt sich so in Indien sein eigenes Grab.

W. MITZKEWITSCH - KAPSUKAS :
DIE FASCHISTISCHE UMWÄLZUNG IN LITAUEN
UND DIE KP LITAUENS

Gleich unmittelbar nach der faschistischen Umwälzung in Litauen, die sich am 17. Dezember 1926 ungewöhnlich leicht vollzog und keinerlei Widerstand hervorrief, war es klar, daß unsere Partei sich nicht als auf der notwendigen Höhe erwiesen hatte. Dies ist um so offensichtlicher, als der Einfluß der Faschisten auf die Massen nicht groß war, insbesondere, was diejenige Gruppe (der Nationalsozialisten) anbetrifft, die am aktivsten an der Umwälzung beteiligt war. Die erdrückende Mehrheit der Arbeiter und Bauern, sogar die Mehrheit der Mannschaften war antifaschistisch gesinnt. Das hatten die Maiwahlen zum litauischen Sejm im Jahre 1926 bewiesen, bei denen die Zahl der Stimmen, die die faschistischen Parteien (Christliche Demokraten, Nationalsozialisten) auf sich vereinigten, bedeutend zurückgegangen war; insbesondere verringerten sich die Stimmen, die für die Kandidaten der faschistischen Christlichen Arbeitsföderation abgegeben wurden (sie gingen um die Hälfte zurück). Infolgedessen verloren die Christlichen Demokraten die absolute Mehrheit im Sejm und die Macht ging in die Hände der Volkspartei und Sozialdemokraten über. Die Arbeitermassen gingen schnell nach links; die Arbeiter wandten sich beinahe ganz von der Arbeitsföderation ab; in den Gewerkschaften gerieten die meisten Arbeiter unter den Einfluß der Kommunisten und das ungeachtet aller Maßnahmen, die von den gelben sozialdemokratischen Führern getroffen wurden (Ausschluß linker Arbeiter und ganzer Gruppen aus den Gewerkschaften, Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, Schließung von Gewerkschaften in manchen Orten, z. B. in Ponewesch usw.). Es kam so weit, daß sogar in den von Sozialdemokraten einberufenen Versammlungen die Arbeiter die Führer der Sozialdemokraten nicht zu Worte kommen ließen, wenn sie die Kommunisten zu verleumden begannen. Viele sozialdemokratische Arbeiter reihten sich in die Einheitsfront ein: gegen die Bourgeoisie, die Reaktion und den Faschismus, für die Einheit der Gewerkschaften.

Die Stimmung der städtischen Arbeiter zeigt sich deutlich in den Briefen eines der bedeutendsten Mitglieder der Zentrale der KP Litauens, Karl Poshela, der am 27. Dezember 1926 von den litauischen Faschisten erschossen wurde. In einem aus Anlaß des 9. Jahrestages der Oktoberrevolution geschriebenen Briefe heißt es:

„Ich war in der Versammlung. Heute wurde der 7. November gefeiert. Der Saal war überfüllt. Die Arbeiterredner sind schwach, aber sie reißen mit. Die Faschisten versuchten Lärm zu schlagen. Der Massen bemächtigte sich eine ungeheure Empörung gegen sie — die Arbeiter selbst entfernten die Faschisten aus dem Saal. Die Faschisten sind in Kampf Stimmung. Sie zetern, daß sie es den Arbeitern bald zeigen werden, daß sie nicht zulassen werden, daß in den Versammlungen das rotgeschmückte Bildnis Lenins hänge. Der Grimm und die Kühnheit ihres Auftretens lassen empfinden, daß sie glauben, niemand werde sie bei ihrem Tun stören. Aber sie haben in den Massen keine Stütze. Die Versammlung löste eine zwiespältige Stimmung

in mir aus: die Arbeiter sind die Masse, aber es fehlt ihnen an Organisation, Aktivität, und die inneren und äußeren Kräfte sind gegen sie; die Faschisten sind nur ein Häuflein, aber die äußeren Kräfte machen ihnen Mut.“

In einem anderen Briefe, vom 30. November, schreibt er:

„Wir haben immer wieder faschistische Neuigkeiten. Zuerst demonstrierten die Faschisten, jetzt aber beginnt eine Kampagne gegen sie. Es muß gesagt werden, daß die Massen ganz entschieden gegen die Faschisten sind. Die Geistlichen sind empört über die Revision ihrer Angelegenheiten; sie schreckt die Einführung der zivilen Geburtsscheine. Sie wüten dagegen. Heute ist es noch leicht, sie zu besiegen, wenn die Regierung (der Volksparteiler und Sozialdemokraten) einerseits zu entschiedeneren Maßregeln gegen sie greifen wird, und wenn sie andererseits den Mut haben wird, den Bauern die Steuern herabzusetzen und den Arbeitslosen mehr Hilfe zu gewähren . . . Die ungeheuern Arbeiterversammlungen am Sonntag waren ausgesprochen faschistenfeindlich.“

Auch bei den Landarbeitern war eine Vorwärtsbewegung nach links zu beobachten. Die verräterischen sozialdemokratischen Führer lehnten immer öfter die Eintragung der einen oder anderen linken Ortsgruppe der landwirtschaftlichen Gewerkschaften ab, deren Hauptleitung in ihren Händen lag. Unter den Landarbeitern begann es zu gären. Unter dem Einfluß der sich entfaltenden Streikbewegung begannen auch die Landarbeiter sich zu rühren.

Die Dorfarmut und die mittleren Bauern, zum Teil aber auch die wohlhabenderen Bauern, die bei den Wahlen ihre Stimmen hauptsächlich den Volksparteilern gegeben hatten, forderten von ihnen entschieden die Erfüllung ihrer Versprechungen, insbesondere den entschiedenen Kampf gegen die christlich-demokratische Reaktion, Herabsetzung der Steuern, billigen Kredit usw. Indessen blieben die von Volksparteilern und Sozialdemokraten während der Wahlen im Ueberfluß gemachten Versprechungen zum größten Teil auf dem Papier stehen. In den Ortsverwaltungen verblieben nach wie vor die reaktionären Beamten. Die Lasten der Bauern blieben die gleichen . . . man war allmählich von den Volksparteilern enttäuscht; sogar in den Ortsgruppen der Volksparteiler wuchs die Unzufriedenheit. Auf der Konferenz der Volksparteiler Anfang Dezember des vorigen Jahres zeigten sich die Vertreter der Ortsgruppen viel weiter linksstehend als ihre führenden Spitzen. Die Vertreter der Ortsgruppen spiegelten die Stimmung der breiten Bauernmassen wider; sie forderten den entschiedenen Kampf gegen die Faschisten, die immer herausfordernder wurden und zu jener Zeit bereits eine umfassende Tätigkeit entfalteten.

Ausgesprochen faschistisch eingestellt waren nur die Gutsbesitzer, die Dorfwucherer, die Geistlichen, die städtische Großbourgeoisie (Bankiers, Fabrikanten) und die ihre Interessen vertretende Partei der Christlichen Demokraten, denen sich die Nationalsozialisten anschlossen, die bei der Umwälzung eine große Rolle spielten, sowie die kleine, Anfang 1926 vom Bauernbund (Volkspartei) abgespaltene Landwirtschaftspartei der Dorfbourgeoisie. Die Faschisten begannen bereits im Oktober ihre Kräfte zu mobilisieren. Am 21. November veranstalteten sie in Kowno eine Demonstration — ihre erste offene Kraftprobe. Die Arbeiter mobilisierten ihre Wehr zum Schutze der Gewerkschaftslokalitäten und der linken Arbeiterzeitungen, aber sie traten nicht aktiv gegen diese Demonstrationen auf. In der Folge ging die Mobilisierung und Organisierung der faschistischen Kräfte noch schneller vor aller

Augen vor sich. In ihrer Zeitung riefen die Faschisten bereits offen zum Aufstande auf. Die Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten unternahm nichts ernstliches, um diesem Aufstand vorzubeugen.

Die linken Arbeiterzeitungen enthüllten die Bestrebungen der Faschisten und forderten zum entschiedenen Kampf gegen sie auf. Die Arbeiter faßten in großen Versammlungen entschiedene, gegen die Faschisten gerichtete Beschlüsse. Die Mehrzahl der Soldaten, die bei allen Wahlen ihre Stimmen für die am meisten linksgerichteten Wahllisten (der Sozialdemokraten und der „linken Arbeiter“) abgaben, waren ebenfalls gegen die Faschisten eingestellt. Nur eine Handvoll Offiziere, insbesondere diejenigen (wie die Flieger), denen die Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten das Gehalt gekürzt hatte, schlossen sich den Faschisten an.

Wie konnte es jedoch geschehen, daß in der Nacht des 17. Dezember ein kleines Faschistenhäuflein, ohne den mindesten Widerstand zu finden, ja ohne einen einzigen Schuß abzugeben, die Umwälzung durchführen konnte? Wie konnte es geschehen, daß sich die Partei als völlig unvorbereitet auf die Umwälzung erwies und ihr nicht den mindesten Widerstand leisten konnte? Wie konnte es geschehen, daß die besten Führer der KP Litauens, die in der Folge von der faschistischen Regierung erschossen wurden, ebenso wie die ganze Organisation von der Umwälzung völlig überrumpelt wurden?

*

Bei einer aufmerksamen Untersuchung der Taktik der KP Litauens im Jahre 1926 wird es vollkommen klar, daß die Untätigkeit während der faschistischen Umwälzung nicht zufällig, sondern eine Folge derjenigen Fehler war, die von der KP Litauens gemacht worden sind, und die in der Resolution des EKKI, die in bezug auf die Meinungsverschiedenheiten in der Zentrale der KP Litauens angenommen wurde, als ernsthafte rechte Abweichungen gekennzeichnet wurden. Diese Fehler entsprangen vor allem der Schwäche der KP Litauens, die unter sehr schwierigen Bedingungen arbeitet, weil es im Lande keine großen proletarischen Zentren gibt; sie wurzelten in dem Einflusse der kleinbürgerlichen Umgebung, dem nicht nur einzelne Mitglieder der Partei, sondern manchmal auch Mitglieder der Zentrale unterlagen. Daher die falsche Bewertung der Rolle, die die kleinbürgerliche Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten spielte, und die ungerechtfertigte Hoffnung darauf, daß diese Regierung sich an die Spitze des Kampfes gegen die Faschisten stellen werde. Nur so kann die Tatsache erklärt werden, daß angesichts der offenen Aufstandsvorbereitungen der Faschisten unsere Partei keinerlei organisatorische Vorbereitungen zur Bekämpfung der Faschisten getroffen hat, und daß in der Tat der Kampf der KP Litauens gegen den Faschismus sich auf Agitation, Propaganda in der Presse und auf faschistenfeindliche Resolutionen beschränkte. Sogar in den Zellen wurde nicht über die Gefahr eines faschistischen Umsturzes und über die zu treffenden Maßregeln zu seiner Bekämpfung beraten. Gewiß, es erschienen in den linken Organen Aufsätze, in denen die wahre Rolle der Regierung als Helfershelferin des Faschismus aufgedeckt wurde; mehr als einmal wurde darauf hingewiesen, daß die Führung im Kampfe gegen den Faschismus nur der von der KP geleiteten Arbeiterklasse zukomme; indessen aber war in Wirklichkeit in der Partei die Hoffnung lebendig, daß die klein-

bürgerliche Regierung der Volksparteier und Sozialdemokraten sich an die Spitze des Kampfes gegen die Faschisten stellen könne und werde.

Das bestätigt das Protokoll der Sitzung der Zentrale vom 6. Januar, d. h. kurz nach dem Umsturz. An dieser Sitzung nahmen alle damals in Litauen tätigen Mitglieder der Zentrale teil. Ein während des Umsturzes in Kowno aktiv tätiges Mitglied des Sekretariats sagte:

„Die Bedrohung durch den Faschismus hat nur in der Presse eine Bewertung erfahren; in organisatorischer Hinsicht haben wir keinerlei Schritte unternommen, um gegen den Faschismus aufzutreten. Wir setzten in dem Kampfe gegen den Faschismus zu viele Hoffnungen auf die Sozialdemokratie und die Volkspartei.“

Ein anderes Zentralemitglied sagte:

„Wir sahen nicht voraus, daß die faschistische Umwälzung so schnell stattfinden werde.“

Die Untätigkeit unserer Partei am 17. Dezember erklärt er folgendermaßen:

„Die Arbeiter waren bereit, für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu kämpfen. In der Provinz seien Versuche gemacht worden, Verteidigungsausschüsse zu bilden, als es sich jedoch herausgestellt hätte, daß in der Hauptstadt nichts geschehe, seien auch diese Versuche aufgegeben worden.“

Ein drittes Zentralemitglied führte aus,

„daß wir im entscheidenden Augenblick keine bestimmte Richtlinie gehabt hätten. Wir hätten vor dem Umsturz nichts Konkretes unternommen, um dem faschistischen Umsturz entgegenzutreten. . . . Wir hätten alles nur in der Presse getan.“

Ein viertes und letztes Mitglied der Zentrale, das damals in Litauen in der Provinz tätig war, sagte:

„Während des Umsturzes hatten wir keine Richtschnur; in der Provinz wußte man gar nicht, um was es sich handelte. In organisatorischer Hinsicht haben wir nichts getan. Wir hatten eine Abweichung: in unseren Zellen wurde die Frage der faschistischen Gefahr nicht debattiert; wir hatten weder eine Organisation noch waren wir auf den Kampf gegen den Faschismus vorbereitet. Obwohl ein Genosse für die Arbeit im Heere in Aussicht genommen war, wurde keine Verbindung zum Heere, zu den Soldaten hergestellt, und der Umsturz traf uns gänzlich unvorbereitet.“

Diese unter dem frischen Eindruck des faschistischen Umsturzes vollzogene kühne Selbstkritik der Mitglieder der KP-Zentrale gibt im allgemeinen eine richtige, wenn auch nicht erschöpfende Antwort auf die Frage nach den Gründen des ungewöhnlich leichten Sieges der Faschisten am 17. Dezember. Bedauerlicherweise hat in der Folge diese im allgemeinen richtige Selbstkritik einiger Zentralemitglieder keine weiteren Fortschritte gemacht, sondern sogar einen Schritt rückwärts getan. Deshalb mußte das EKKI in seiner Resolution klar aussprechen, daß die KP Litauens die kleinbürgerliche Regierung der Volksparteier und Sozialdemokraten und deren Befähigung, im Kampfe gegen den Faschismus eine führende Rolle zu spielen, falsch eingeschätzt habe. Die Richtigkeit dieser Behauptung der EKKI-Resolution wird auch durch den „Kommunistas“, das Zentralorgan der KP Litauens, bestätigt. In einem Leitartikel lesen wir:

„Wir (d. h. die Zentrale der KP) haben festgelegt, was in dem Fall zu tun sei, wenn die Faschisten sich erheben und die Volksparteier und Sozialdemokraten sich zur Wehr setzen werden (wir mußten die Soldaten, Arbeiter und Bauern zur Anwendung der Waffen gegen die Faschisten aufrufen); aber wir haben uns nicht ge-

bührend auf den Fall vorbereitet, daß die Regierung und die Parteien der Volksparteiler, Sozialdemokraten usw. nicht nur vor den Faschisten kapitulieren, sondern ihnen sogar Beistand leisten, um den Faschisten den Eintritt in die Regierung zu erleichtern.“

Gewiß, in diesem Leitartikel wird auch von den anderen Gründen des faschistischen Umsturzes in Litauen gesprochen, ebenso wie von den anderen Fehlern unserer Partei (zu schwache organisatorische Vorbereitung, schwache Tätigkeit im Heere, ungenügende Aufmerksamkeit für die illegale Arbeit, schwache Agitationsfähigkeit auf dem flachen Lande usw.), aber die oben erwähnte Illusion, daß die Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten fähig sein werde, den Kampf gegen die Faschisten zu führen, diese Illusion bildet unbedingt den Grundfehler der KP Litauens. In bezug darauf können noch mehr Aussagen angeführt werden. Wir haben hier tatsächlich die Anerkennung der selbständigen Rolle der Kleinbourgeoisie in dem Kampfe gegen den Faschismus vor uns, und das Eingeständnis der unselbständigen Rolle der von unserer Partei geführten Arbeiterklasse: wenn die Sozialdemokraten und Volksparteiler sowie ihre Regierung mit der Waffe in der Hand gegen die aufrührerischen Faschisten auftreten, ist auch unsere Partei „vorbereitet“, sie ruft die Soldaten, Arbeiter und Bauern zu den Waffen gegen die Faschisten; wenn es sich jedoch erweist, daß die Sozialdemokraten und Volksparteiler nicht imstande sind, sich an die Spitze des Kampfes gegen den Faschismus zu stellen, und wenn sie die Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft schamlos verraten, ist die KP „nicht gehörig vorbereitet“. Wie wir oben gesehen haben, hatte sie sich überhaupt nicht darauf vorbereitet, im entscheidenden Augenblick die Führung des Kampfes gegen den Faschismus zu übernehmen, obwohl die erdrückende Mehrheit der Arbeiter, Bauern und sogar der Soldaten ausgesprochen faschistenfeindlich eingestellt war. Infolgedessen konnte ein Häuflein Faschisten einen derart leichten Sieg davontragen. Die Führer in der Zentrale der KP Litauens wurden überrascht und verhaftet; die Besten von ihnen, die Genossen Poshela, Petrowski und Joseph Greifenberger, wurden niedergemacht. Der Aufruf der Zentrale zum Generalstreik, der am Tage vor dem Umsturz verbreitet wurde, sowie der Versuch, eine militärische Formation gegen die Faschisten aufzubieten, zeitigten keinerlei Resultate.

*

Mit dem Grundfehler der KP Litauens, auf den oben hingewiesen wurde und der zur Untätigkeit der Partei am 17. Dezember und zu dem so leichten Siege der Faschisten sowie zur Niederlage der Arbeiterklasse geführt hat, sind auch noch andere vor dem 17. Dezember begangene Fehler der Partei verknüpft. Hier muß vor allem auf die demokratischen Illusionen hingewiesen werden, denen man sich besonders im Sommer 1926, nach der Macht ergreifung durch die Volksparteiler und Sozialdemokraten hingab. Nicht nur die Durchschnittsmitglieder der Partei, sondern zuweilen auch manche Mitglieder des führenden Organs begannen, „dem Demokratismus der Sozialdemokraten und Volksparteiler allzu großen Glauben zu schenken“.

In dem Aufruf vom 14. Juni war die Rede von der Unterstützung „eines jeden Schrittes der neuen Regierung, der gegen die christlich-demokratische und faschistische Reaktion gerichtet ist“. In einem Artikel, der im Sommer 1926 im Organ der Zentrale „Tijesa“ erschien, hieß es:

„Wir unterstützen nur diejenigen Schritte der Regierung, die sich gegen die Reaktion richten. Sobald die neue Regierung zur Reaktion übergeht, sobald sie sich weigert, ihre Zusagen zu erfüllen, beginnen wir denselben Kampf gegen sie zu führen wie vordem gegen die Christlichen Demokraten.“

Dabei wurde jedoch der kleinbürgerliche Charakter der Regierung der Sozialdemokraten und Volksparteiler keineswegs enthüllt, die sich bereits damals im Schlepptau der Großbourgeoisie befand und der Reaktion Vor-schub leistete. Wohl hat die Parteizentrale in Nummer 51 der „Tijesa“ die Frage, „ob die gegenwärtige Regierung unterstützt werden darf“, dahin klar beantwortet, daß dies nicht sein dürfe, weil die Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten nicht unsere, sondern eine bürgerliche, wenn auch mit liberalen Federn geschmückte Regierung sei. Indessen wurde auch dadurch der einmal begangene Fehler nicht vollkommen gutgemacht. Als nach den Maiwahlen zum Sejm, die die Niederlage der reaktionären Christlichen Demokraten herbeigeführt hatten, ein neuer Wind zu wehen begann, erfolgte ein großer Aufschwung der Arbeiterbewegung und eine Belebung auf dem flachen Lande. An vielen Orten fanden Massenversammlungen der Arbeiter statt; mancherorts wurden Demonstrationen veranstaltet. Bei diesen Meetings und Straßenkundgebungen wurden manchmal ultralinke Reden gehalten und ultralinke Parolen ausgegeben, die die Kehrseite derjenigen rechten Illusionen darstellten, von denen oben die Rede war. Am 13. Juni fand in Kowno ein ungeheuer großer Straßenumzug statt, dessen Leitung unsere Partei nicht an sich bringen konnte. Bei dieser Demonstration wurden einige Ausschreitungen zugelassen. Diese Tatsache lieferte für die gesamte arbeiterfeindliche Presse den Stoff für ihre Agitation. Von den reaktionären Klerikalen bis zu den Sozialdemokraten begannen alle die schmutzigste Kampagne gegen die Kommunisten. Unter dem Druck dieser Angriffe erließ die Zentrale der KP Litauens ein zeitweiliges Verbot der Demonstrationen. Dieses Verbot wurde erst im September aufgehoben, aber auch nachher, bis zum faschistischen Umsturz, wurde in Litauen von unserer Partei keine einzige Demonstration veranstaltet. Diesem Beschluß lagen folgende Motive zugrunde: unsere Demonstrationen gestalteten sich zu Kundgebungen gegen die Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten; sie führten zu einer abenteuerlichen Schürung des Kampfes gegen diese Regierung und waren also Wasser auf die Mühlen der Reaktion; sie führten zur Konsolidierung der Bourgeoisie und zur Befestigung der Faschisten. Aber aus den gleichen Beweggründen wurden zeitweilig auch Massenversammlungen untersagt, die angeblich zu Demonstrationen obenerwähnten Charakters ausarten konnten.

Die Resolution des EKKI anerkannte die vollkommene Richtigkeit der Stellungnahme der Zentrale der KP Litauens in bezug darauf, daß die KP damals nicht auf den Sturz der Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten hinsteuern konnte; aber sie stellte fest, daß sich daraus keineswegs die Notwendigkeit ergab, die Demonstrationen zu verbieten und den Ansturm der Massen zu schwächen.

„Im Gegenteil, die Partei mußte den im Sommer 1926 zutage getretenen Aufschwung der Arbeiterbewegung dazu ausnutzen, die kampfbereite Aktivität der Massen durch Demonstrationen usw. weiter zu entwickeln, den Kampf gegen Reaktion und Faschismus zu stärken und auf die kleinbürgerliche Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten einen Druck auszuüben.“

Falsch war desgleichen das Verhalten der Mehrheit der Zentrale der KP Litauens gegenüber der Streikbewegung. Dieses Verhalten ergab sich aus dem mangelnden Glauben an die Möglichkeit eines Erfolges der Streikbewegung angesichts der damaligen Wirtschaftskonjunktur, aus der Schwäche der Gewerkschaften und aus dem Fehlen von Streikfonds. Dies hinderte die Partei daran, die Initiative zu ergreifen. Die Wirklichkeit hat indessen diese Befürchtungen Lügen gestraft: die Streikwelle ergoß sich über alle mehr oder minder großen Städte Litauens, und die Streiks endeten in den meisten Fällen mit einem wenigstens teilweisen Siege der Arbeiter. In diesen Streiks begannen unsere Organisationen bald durch die Gewerkschaften eine hervorragende Rolle zu spielen. Indessen wurde nichts getan, um die Streikbewegung auch auf die Landarbeiter auszudehnen, die in Litauen den größten Teil der Arbeiter ausmachen, um die wirtschaftlichen Streiks in politische zu verwandeln und um in diese Bewegung die Eisenbahner und die Postbeamten hineinzuziehen, bei denen eine starke Gärung vorhanden war. Dieses letztere stand offenbar gleichfalls im Zusammenhang mit der Furcht, den Kampf zu verschärfen und durch diese Verschärfung Wasser auf die Mühlen der Reaktion zu leiten.

Das irrige Verhalten gegenüber den Demonstrationen und Streiks trug zweifellos während des faschistischen Umsturzes seine Früchte: ohne vorgegangene Vorbereitung und Stählung ist es unmöglich, die Arbeitermassen zum politischen Generalstreik und bewaffneten Aufstand zu bringen. Diese Mängel konnten nicht durch die unter der Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten geleistete bedeutende Arbeit der KP Litauens innerhalb der Gewerkschaften und durch die so erzielten ausgezeichneten Ergebnisse wettgemacht werden. In den Gewerkschaften zeigte sich eine sehr große Stärkung des Einflusses der KP, hauptsächlich aus dem Grunde, weil sich diese letzten Endes dennoch in dem Kampfe der Arbeiterklasse um die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse an die Spitze der Bewegung stellen konnte.

Endlich widmete die KP Litauens zu wenig Aufmerksamkeit der Arbeit unter den Bauern, obwohl Litauen vorwiegend ein Bauernland ist. Die Arbeit unter den Bauern war von jeher eine schwache Seite der KP Litauens, und das war sie auch im Jahre 1926. Indessen ist ohne ein enges Bündnis zwischen der Arbeiterschaft und den ärmsten bäuerlichen Schichten Litauens der Sieg der Arbeiterklasse gänzlich unmöglich. Der Boden für die Arbeit unter der litauischen landarmen Bauernschaft und um so mehr unter der Dorfarmut war sehr günstig. Indessen wurde nur wenig unter diesen Schichten gearbeitet. Das anerkennt heute die ganze Zentrale der KP Litauens. Das Septemberplenium 1926 der Zentrale der KP Litauens erklärte durchaus zu Unrecht die Parole der Bildung von proletarisch-bäuerlichen Aktionsausschüssen zum Kampfe gegen die Reaktion und für wirtschaftliche und politische Teilforderungen als ultralinke Abweichung. Diese Parole, die den richtigen Gedanken eines proletarisch-bäuerlichen Blocks in sich einschließt, wurde vom Septemberplenium irrig als eine Aufforderung zur Bildung von Sowjets ausgelegt.

Alle diese Fehler trugen in bedeutendem Maße dazu bei, daß die KP Litauens sich im Augenblick des faschistischen Umsturzes als unfähig erwies,

die Massen zu irgendeinem Widerstand gegen die Faschisten aufzubieten, obwohl die erdrückende Mehrheit der Arbeiter, der werktätigen Bauern und sogar der Soldaten gegen die Faschisten war.

Leider mußte das EKKI in seiner Resolution konstatieren, daß nach Verlauf von mehr als einem halben Jahre seit dem faschistischen Umsturz in Litauen die KP Litauens noch nicht ganz ihre Fehler eingesehen hat, die am 7. Dezember ihr Versagen herbeiführten.

In den Thesen der Zentrale der KP Litauens vom 9. April dieses Jahres, die Ende Juni im Druck erschienen, wird darauf hingewiesen, daß der Verrat der Volksparteiler und Sozialdemokraten den Hauptgrund des leichten Sieges der Faschisten bildete. Außerdem konstatieren die Thesen, dem Zentralorgan „Kommunistas“ getreu, die folgenden „nicht minder wichtigen Gründe“:

1. Die Schwäche der Arbeiterklasse Litauens und die sich daraus ergebende Schwäche unserer Partei.

2. Die allgemeine unzulängliche Aktivität.

3. Die „ungenügende Berücksichtigung der Arbeit im Heere“.

4. Die „Schwäche der illegalen Organisation der KP“.

5. Die „großen Unzulänglichkeiten aus Mangel an erfahrenen Parteiarbeitern“.

6. Die Diskussionen in der Zentrale der KP Litauens.

Ferner findet sich in den gleichen Thesen der vollkommen richtige Hinweis darauf, daß die Volksparteiler und Sozialdemokraten nicht nur nicht eine führende Rolle in dem Kampfe gegen den Faschismus spielen können, sondern daß sie überhaupt unfähig sind, ernstlich die faschistische Diktatur zu bekämpfen, und daß die „Opposition“ dieser Parteien äußerst zwiespältig ist usw., da die Volksparteiler sogar versucht haben, in die faschistische Regierung zu gelangen. Ebenso richtig wird in den Thesen darauf hingewiesen, daß die bürgerliche Partei der Christlichen Demokraten trotz ihrer Differenzen mit den jetzt an der Macht befindlichen Nationalisten auch eine faschistische Partei ist, daß sie sich sogar an der faschistischen Regierung beteiligt hat, und daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen „fast ganz verschwunden sind“. Andererseits jedoch enthalten die Thesen, wie es ähnlich in Polen der Fall war, Kombinationen in bezug auf einen möglichen bewaffneten Kampf zwischen den zwei bürgerlichen fortschrittlichen Gruppen: den Nationalisten, die ihre Macht bedeutend stärken konnten, und den Christlichen Demokraten, als „den verbissensten Faschisten“ (siehe die Nummer 3 des „Kommunistas“ vom Jahre 1927, S. 179), die gegenwärtig nicht der Regierung angehören; bei einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen beiden müsse die KP die „dritte Kraft“ bilden. Das würde besagen, daß die beiden Lager der Bourgeoisie, die laut der Thesen der Zentrale der KP Litauens gleichermaßen als Werkzeuge des englischen Imperialismus in Litauen dienen, zwei verschiedene Kräfte darstellen, die gesonnen wären, miteinander um die Macht zu ringen, wobei die KP die „dritte Kraft“ bilden müsse. Das ist im Kern falsch.

Weiter heißt es in den Thesen, es sei möglich, daß gegen die faschistische Diktatur ein elementarer Aufstand ausbräche, der nicht von unserer Partei,

sondern von der Volkspartei und der Sozialdemokratie angeführt würde; in diesem Falle müßte die KP „bestrebt sein, den revolutionären Kampf in die Hand zu bekommen“. Folglich wird auch heute noch von der Mehrheit der Zentrale der KP Litauens angenommen, daß die Volksparteiler und Sozialdemokraten an die Spitze eines bewaffneten Kampfes gegen die faschistische Diktatur treten können. Die Ausstreuerung von solchen Illusionen, daß die bürgerliche und kleinbürgerliche Opposition mit den Waffen in der Hand gegen die faschistische Diktatur kämpfen werde, hemmt unbedingt die Sammlung der Massen zum entscheidenden Kampf gegen den Faschismus, und zwar die Sammlung um die KP, die einzige Partei, die den revolutionären Kampf der Arbeiter- und Bauernmassen gegen den Faschismus führen kann.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Resolution des EKKI, die auf diese Fragen eine klare Antwort gibt, der KP Litauens behilflich sein wird, ihre Fehler zu erkennen und zu überwinden.

T. MANDALJAN:

DIE STREIKWELLE WÄHREND DER NORDEXPEDITION

Die beispiellose Intensität der Streiks in China im Jahre 1926 und der ersten Hälfte des Jahres 1927 wurde vor allem durch zwei machtvolle Faktoren hervorgerufen: einerseits durch die Traditionen des großen Schanghai- und des Hongkonger Generalstreiks im Jahre 1925 und andererseits durch den militärischen Angriff des revolutionären Kanton gegen den Norden.

Während der zweite Faktor — die Nordexpedition — erst August-September des vorigen Jahres, nach den ersten großen Erfolgen der Kuomintang-Armee an den Kriegsfrenten, einen starken Einfluß auf die Streikbewegung gewann, fand die gewaltige Aufrüttelung des Jahres 1925, die Millionen chinesischer Proletarier zum aktiven politischen Leben erweckt hatte, ihren Ausdruck in den hartnäckigen Streiks der Schanghai- Arbeiter schon lange vor Beginn der Nordexpedition. Die Ereignisse des Jahres 1925 spiegelten objektiv das Streben des chinesischen Proletariats, sich an die Spitze des Befreiungskampfes zu stellen und zum Hegemon der nationalen Revolution zu werden, wider. Die Nordexpedition war der Versuch der Bourgeoisie, sich diese Hegemonie zu sichern. In den beiden Bewegungen unterstützten sich diese beiden polar entgegengesetzten Klassen — das Proletariat und die Bourgeoisie —, wobei sie aber gleichzeitig um die Führung kämpften. Im Herbst 1926 vereinigten sich diese beiden gewaltigen Ströme. Die revolutionäre Bewegung gewann dadurch einen unerhörten Schwung, gleichzeitig aber sammelten sich und reiften auch die inneren Widersprüche innerhalb des revolutionären Lagers, die zur Explosion im April führten.

In den letzten anderthalb Jahren gab es in China vier Streikwellen. Die erste Streikwelle dauerte in Schanghai von Januar bis Mai. Das war die Entwicklungsstufe des Heranreifens der Streikbewegung. Die zweite Welle begann im Juli und fand ihr Ende Mitte September; sie hatte Hunderttausende Schanghaier Arbeiter mitgerissen. Diese Periode fiel mit den ersten Siegen der Nordexpedition zusammen. Mitte September erlitt dieser Kampf, der in einen politischen übergegangen war, eine Niederlage, und in Schanghai trat eine vorübergehende Beruhigung ein. Die dritte Welle, die im August von Honan ihren Ausgang nahm, sprang im Oktober-November auf Hupei und Kwantung und im Dezember-Januar nach Schanghai und Kiangsi über. Die vierte Welle, die eine unmittelbare Fortsetzung der dritten war, ergriff Schanghai im Dezember-Januar, kulminiert in zwei grandiosen Streiks und Aufständen in Schanghai und fällt plötzlich nach dem im April gegen Tschang Kai-schek gerichteten Generalstreik ab. Endlich sehen wir jetzt wieder Anzeichen einer neuen Streikwelle, die vorläufig noch durch die im ganzen Land siegreiche Reaktion gehemmt wird.

*

Unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen entwickelten sich die Streiks zu Beginn des Jahres 1926. Die Reaktion hatte überall gesiegt. Nach den hartnäckigen Kämpfen in Schanghai und Hongkong, die die Massen beträchtlich geschwächt hatten, schienen nicht nur gewisse Schichten der Kleinbourgeoisie und der Intelligenz, sondern auch der Arbeiterschaft enttäuscht zu sein. Die Volksarmee im Norden war geschlagen, in die mongolische Wüste gedrängt. Wu Pei-fu erschien wieder am Horizont und eroberte wiederum seine ehemalige militärisch-politische Macht. Die Reaktion griff sowohl im Norden wie auch im Süden um sich. Am 18. März beschossen die Truppen eine Demonstration in Peking, am 20. März führte in Kanton der General Tschang Kai-schek einen Staatsstreich durch, vertrieb die linken Kuomintang-Leute und die Kommunisten und begann mit Verfolgungen der Arbeiter und Bauern.

Doch parallel mit dem Wachsen der Reaktion wuchs der Kampfwille der klassenbewußten Schanghaier Arbeiter. Nach den offiziellen Angaben der Regierung — unvollständigen und falschen, wie wir es später zeigen werden — betrug die Anzahl der streikenden Arbeiter in Schanghai:

Januar	8 080	April	3 350
Februar	4 367	Mai	12 654
März	10 374	Juni	50 790

Die Streikgründe waren in dieser Periode vor allem politischer und rechtlicher Natur. Im Januar wurden sämtliche Streiks entweder durch Verhaftungen von Arbeitern oder durch ungesetzliche Entlassungen oder durch schlechte Behandlung der Arbeiter in den Betrieben hervorgerufen. Die den größten gesetzlichen Schutz genießende Kategorie der Arbeiterschaft — die Textilarbeiter — wehrten sich und verteidigten diejenigen kleinen Vorteile, die sie im Jahre 1925 errungen hatten und ihre Organisationen. Sämtliche Streiks waren gegen die Ausländer gerichtet, hauptsächlich gegen die Japaner, denen die größten Baumwollfabriken gehören. Fast alle Streiks ende-

ten mit einer Niederlage. Im März mehrten sich die wirtschaftlichen Streiks, die sich auch teilweise auf die chinesischen Betriebe ausdehnten. Oekonomi- sche und politische Forderungen beginnen miteinander zu verschmelzen. Die chinesischen Unternehmer gaben den Arbeitern in Kleinigkeiten nach, während die Engländer und Japaner nichts vom Nachgeben wissen wollten.

Im Juli nahmen die Streiks einen epidemischen Charakter an, und nicht nur die ökonomischen, sondern auch die politischen Streiks, an denen im Juli ungefähr zehntausend Arbeiter teilnahmen, wuchsen gewaltig. Die wirtschaftlichen Streiks wurden durch die ständig wachsende Teuerung hervorgerufen, die eine starke Senkung des erbärmlichen Reallohnes nach sich zog. Der Preis der Hauptnahrung des chinesischen Arbeiters — des Reis — der gewöhnlich ungefähr die Hälfte seines Einkommens verschlingt, stieg bis zu zehn Dollars für ein Pikul im Jahre 1925 und bis zu 18 bis 19 Dollar im Juni 1926, d. h. beinahe um 100 Prozent. Im allgemeinen wuchs die Teuerung nach der sehr bescheidenen Berechnung des Schanghaier Gewerkschaftsrates um 40 Prozent.

Gleichzeitig wurde die Streikbewegung genährt durch die tiefe Empörung der Arbeiter über die wahrlich tierischen Bedingungen, die ihnen die Unternehmer, und besonders die ausländischen, boten. Die Mißhandlungen und nicht selten Tötungen sowohl der erwachsenen Arbeiter als auch von jungen Burschen, die Willkür der Meister und der Aufseher, die Vergewaltigungen von Arbeiterinnen, die Schikanierung der chinesischen Arbeiter durch die angestellten Europäer, das Gefängnisregime während der Arbeit: Verbot miteinander zu sprechen usw. (ein charakteristischer Zug der Sitten der ausländischen „Zivilisatoren“: in den japanischen Fabriken zwang die Administration alle neueintretenden Arbeiterinnen, sich nackt auszuziehen) —, konnten nicht umhin, endlich einen Widerstand hervorzurufen. Schließlich, Verhaftungen und Mißhandlungen von revolutionären Arbeitern, grundlose Entlassungen, zahllose Provokationen, Angriffe und Ueberfälle auf die Gewerkschaften trieben die Arbeiter ebenfalls zu neuen Aktionen. Die offizielle Regierungsstatistik, zusammengestellt nach den Angaben der Unternehmer, gibt folgende Ziffern über die Streikbewegung in der Zeit vom Juni bis September vorigen Jahres in Schanghai:

Juni	50 790	August	16 669
Juli	26 520	September	47 771

Wir haben keine Möglichkeit, alle Zahlen der offiziellen Statistik zu überprüfen, doch sind wir im Besitz von Angaben des Schanghaier Gewerkschaftsrates für die Monate Juni und Juli, aus denen hervorgeht, daß an den Streiks in diesen Monaten nicht 77 310 Arbeiter, sondern 140 050, d. h. beinahe doppelt so viel teilgenommen haben. Erklärt wird dies einerseits durch den Wunsch der Unternehmer, die Bedeutung der Streiks in ihren Betrieben zu vermindern, andererseits dadurch, daß die Regierungsstatistik nur in einem sehr geringen Maße die nicht industriellen Arbeiter erwähnt.

Die Gesamtzahl der Streiks in diesen vier Monaten schätzen die Gewerkschaften auf 315. Sie verteilen sich folgendermaßen nach den einzelnen Branchen:

Die Arbeiter der Baumwollfabriken	70	Streiks
Die Arbeiter der Seidenspinnereien	67	„
Die Arbeiter der Handwerksunternehmen	98	„
Die Arbeiter der Druckereien	45	„
Die Arbeiter der Tabakfabriken	7	„
Die Arbeiter der Post und der Kraftwerke	4	„
Die Arbeiter der Hafentransportbranche	4	„
Die Arbeiter der übrigen Branchen	20	„

Von den 393 von den Arbeitern aufgestellten Forderungen waren 12 politischen Charakters, 176 wirtschaftlichen, 140 betrafen Fragen der Arbeitsbedingungen und der Behandlung, und 51 schließlich forderten die Anerkennung vier weiterer Gewerkschaften.

Die Hineinziehung einer solch gewaltigen Zahl von Arbeitern in den Kampf verlieh der Bewegung einen ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter und legte das Schwergewicht auf die chinesischen Betriebe. Trotz aller Versuche der chinesischen Unternehmer, den Arbeitern zu beweisen, daß dies „die nationale Industrie“ ruiniert, begannen die Arbeiter den Kampf und verlangten die Erfüllung einer Anzahl wirtschaftlicher Forderungen. Die chinesische Großbourgeoisie setzte sich unter dem Einfluß der Ausländer zur Wehr, die Behörden schlossen den Gewerkschaftsrat und begannen die Arbeiterorganisationen zu verfolgen. Doch das hatte nicht den erhofften Erfolg und die Bourgeoisie wurde zu einigem Nachgeben gezwungen. Die Mittelbourgeoisie war noch weniger in der Lage, sich den Arbeitern zu widersetzen. Außerdem spielt der Umstand, daß die Kanton-Armee erfolgreich vorstieß, und daß sich die Schanghaier Bourgeoisie darauf vorbereitete, „sich der Revolution anzuschließen“, zu welchem Zweck sie „der guten Beziehungen“ zu den Arbeitern bedurfte, keine geringe Rolle.

Auch die japanischen Unternehmer begannen mit dem Liberalismus zu liebäugeln: sie erklärten sich bereit, den „berechtigten“ wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen, doch lehnten sie sich entschieden gegen die von den „roten Agitatoren“ aufgehalste Politik auf. Die englischen Unternehmer blieben unerbittlicher als je. Im Resultat ergaben die Streiks und die Kämpfe, die nicht zu Streiks führten, eine gewisse, wenn auch unzureichende Erhöhung des Lohnes in den chinesischen Unternehmungen und in einem sehr geringen Grade auch in den japanischen.

Charakteristisch für diese Periode waren die Streiks der Seidenspinnerinnen in den chinesischen Unternehmungen im Juni und der Arbeiter der Baumwollfabrik der japanischen Gesellschaft Nagai Wata Kaischa im August-September.

Die Seidenspinnerinnen führten im Laufe eines Monats vier Streiks mit 30 000 Teilnehmerinnen durch. Bei den ersten beiden Streiks forderten sie den 12-Studentag, eine 10prozentige Lohnerhöhung und eine bessere Behandlung. Der dritte und der vierte Streik wurden schon gegen den gelben Verband geführt, der von den Unternehmern aufgezogen worden war. Alle diese Streiks wurden erfolgreich beendet. Dieser Erfolg der Seidenspinnerinnen, einer der zurückgebliebensten Teile des Proletariats in Schanghai, beeinflusste die Streikbewegung während des ganzen Sommers.

Die Sommerstreikwelle begann mit dem Streik der Seidenspinnerinnen und wurde mit dem Streik der Arbeiter der Nagai-Wata-Kaischa-Gesell-

schaft beendet. Der Generalstreik in den Betrieben dieser Gesellschaft begann am 10. August und dauerte bis zum 16. September; 22 600 Arbeiter nahmen an ihm teil. Seine Forderungen trugen mehr einen wirtschaftlichen als politischen Charakter.

Anfang August wurde auf einem japanischen Dampfer der chinesische Arbeiter Tschen A-dan ermordet. Dieser Mord rief eine große Empörung unter der chinesischen Bevölkerung Schanghai hervor, und die Streikenden stellten in Verbindung mit diesem Mord eine Reihe politischer Forderungen auf: Bestrafung der Schuldigen, Verzicht der Japaner auf die Exterritorialität usw. Infolge einer ganzen Reihe von Umständen endete dieser Streik mit einer Niederlage. Vor allem waren die Unternehmer infolge der wirtschaftlichen Depression in der Baumwollindustrie nicht besonders an der Wiederaufnahme der Arbeit im Betrieb interessiert. Weiter, Sun Tschuan-fang nahm, ebenfalls im September, zu der Nordexpedition Stellung und begann einen bewaffneten Kampf gegen Kanton — dies hatte grausame Repressalien gegen die Arbeiterbewegung zur Folge.

Die Streiks der Sommerperiode erreichten eine gewaltige Zuspitzung und eine außerordentliche Hartnäckigkeit. 16 Streiks dauerten von zwei bis vier Wochen. Die Zahl der Solidaritätsstreiks betrug 57. Außerordentlich geschickt gingen die ökonomischen Streiks in politische über, verwandelten sich manchmal in offene Aufstände und führten zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Im Laufe der vier Monate wurden nicht weniger als 600 Arbeiter, die an den Generalstreiks teilgenommen hatten, entlassen. Allein die Nagai-Wata-Kaischa-Gesellschaft entließ 320 Arbeiter — die aktivsten Funktionäre der Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei.

Die Streikwelle im Sommer fiel mit den sporadischen Streikaktionen in Dairen (Textilarbeiter), in Hanjang (Arsenalarbeiter) und in anderen Punkten zusammen. In der Hauptsache aber berührte sie nur Schanghai. Einen wahrhaft allchinesischen Charakter gewann die Streikwelle erst im August bis September als Folge der Siege der Südarmeen.

Im August-September traten als Vorwärtstreiber der Streikbewegung die Arbeiter von Hunan auf. Es streikten: Berg-, Druckerei-, Textil-, Postarbeiter, Hauspersonal und eine Reihe anderer Branchen; sie forderten die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhung usw. Erst in der zweiten Hälfte des Oktober erreichte diese Streikwelle einerseits die Stadt Wuhan und andererseits die Stadt Kanton.

In Kanton waren die Bedingungen für die Streikkämpfe am wenigsten günstig. Die Reaktion, die auf den 20. März folgte, machte sich bemerkbar. Im Namen der Unterstützung der Nationalarmee, die an der Front kämpfte, im Namen der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Etappe, wurden die Arbeiteraktionen von den Kuomintang-Leuten gehemmt. Oft gingen die Arbeiter selbst auf freiwillige Opfer ein. Im September hörte die Boykottierung Hongkongs auf. Dennoch drängten die wachsende Teuerung und die schweren rechtlichen Bedingungen, unter denen die Arbeiter arbeiten mußten, die Arbeiter in den Kampf, und im November-Dezember machte Kanton wieder eine Periode des Streikfiebers durch. Es streikten die Schneider, die Chauffeure, die Seidenspinnerinnen, die Hotelangestellten, viele kaufmännische Angestellte und schließlich die Bankangestellten, die

eine bescheidene Lohnerhöhung verlangten. Gegen die Aktivität der Arbeiter setzte die Bourgeoisie den Staatsapparat ein. Die rechten Kuomintang-Leute, die die Mehrheit des dortigen Politbüros der Kuomintang bildeten, faßten am 6. Dezember eine Reihe ultrareaktionärer, gegen die Arbeiterschaft gerichtete Beschlüsse. Das Streikpostenstehen und die Streiks in den lebenswichtigen Betrieben, Transport, in den Banken usw., wurden verboten. Die Regierung drohte im Falle solcher Streiks mit Gewaltmaßnahmen; Zwangsschiedsgerichte wurden zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung eingesetzt. Die Streikbewegung in Kanton, wo das Industrieproletariat fast vollkommen fehlt, konnte sich in dieser eisernen Umklammerung nicht entwickeln und schlief ein.

Eine andere Entwicklung nahmen die Streikkämpfe in Wuhan. Nach einer langen Ruhepause kam Ende 1926 eine gewaltige Welle von Streiks und Konflikten, die eine Klassenumgruppierung von Grund auf innerhalb der nationalrevolutionären Front zur Folge hatten.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in Wuhan waren bedeutend schlechter als die der Arbeiter Schanghais und der anderen Zentren. Während im Dezember das Existenzminimum 27 Dollar 46 Cent betrug, überstieg der Arbeitslohn der ungeheuren Mehrheit der Arbeiter nicht zehn bis zwölf Dollar im Monat. Es ist nicht verwunderlich, daß die Streikkämpfe, nachdem sie nun einmal entstanden waren, zu einer richtigen Epidemie wurden, die sowohl die ausländische als auch die chinesische Bourgeoisie zu Tode erschreckte. Die ersten Schläge der Arbeiter waren selbstverständlich gegen die ausländischen Unternehmer gerichtet. Ende November streikten die chinesischen Arbeiter und das Hauspersonal in der japanischen Konzession. Am 9. November erklärte die Anglo-Amerikanische Tabakfabrik als Antwort auf den Protest gegen die ungesetzliche Entlassung von Arbeitern die Aussperrung, die bis zum heutigen Tage andauert. Es streikten die Druckereiarbeiter der japanischen Zeitungen, der Kraftwerke, der Post, die Gemeindeangestellten in den Konzessionen, die Angestellten der Standard-Oil-Comp., die Transportarbeiter usw. Die Japaner gaben überall nach. Die Engländer blieben hartnäckig wie immer. Doch nach einer sehr kurzen Frist sprangen die Streiks auch auf die chinesischen Unternehmungen über, ergriffen sowohl alle bedeutenden Textilfabriken als auch die Kleinbetriebe und zahllose Geschäftsläden, Banken, Werkstätten usw. Bereits Anfang Dezember erreichte die Zahl der Streiks in Wuhan 56. Davon wurden 30 Streiks in ausländischen Unternehmungen mit einer Lohnerhöhung beendet. Die übrigen Streiks in den chinesischen Betrieben dauerten weiter fort. Nach den Angaben der Gewerkschaften stieg die Zahl der Streikteilnehmer in der Zeit von Mitte Oktober bis Ende Dezember von 160 auf 200 000. Die Durchschnittsdauer der Streiks betrug $5\frac{1}{2}$ Tage. Fast alle endigten mit der Abschließung eines Kollektivvertrages und mit Zugeständnissen seitens der Unternehmer, wenn auch nicht in allen Punkten. Die Arbeiter kämpften nicht nur um Lohnerhöhungen, sondern auch um einige andere Bedingungen. Die Unternehmer gingen auf einige Lohnforderungen ein, wollten aber von Arbeitszeitverkürzungen und dem Recht der Gewerkschaften, in die Fragen der Einstellungen und Kündigungen einzugreifen, nichts wissen. In einigen Fällen erzielten die Arbeiter Lohn-

erhöhungen um 100 bis 200 und sogar 260 Prozent. Diese „schrecklichen“ Zahlen erklären sich dadurch, daß in diesen Fällen die Arbeiter vor dem Streik einen, zwei oder drei Dollar pro Monat erhielten. Die Regierung erhöhte durch gesetzgeberische Maßnahmen das Lohnminimum auf 6½ Dollar im Monat. Die Arbeitszeit wurde als Ergebnis der Streikkämpfe dennoch etwas vermindert: von 17 Stunden auf 13, von 16 auf 12, von 15 auf 11 und von 11 auf 10½ Stunden. Nach den Streiks arbeiteten die Industriearbeiter schon zehn bis elf und die Handelsangestellten zwölf Stunden.

Die chinesischen Unternehmer, die eine solche Aktivität seitens der Arbeiter nicht erwartet hatten, schlugen Alarm. Am 3. Dezember mißbilligte eine Versammlung von 600 Unternehmern scharf die „übertriebenen Forderungen“ der Arbeiter. Eine andere Unternehmerversammlung, an der angeblich 10 000 Menschen teilgenommen haben, beschloß folgendes „Aktionsprogramm“:

1. Der Arbeitslohn ist zu erhöhen, aber allmählich.
2. Die Arbeitszeit ist nicht zu verkürzen, sondern die alte Praxis ist fortzusetzen.
3. Kündigung und Anstellung von Arbeitern sind nur nach dem Willen des Arbeitgebers vorzunehmen.
4. Die Arbeiter sind als Gleichgestellte zu behandeln.

Auch die nationale Regierung, die zu dieser Zeit nach Wuhan übersiedelte, wurde sehr beunruhigt durch dieses Wachsen der Arbeiterbewegung, welches die Einheitsfront mit der Bourgeoisie gefährdete. Um die Arbeiter zu besänftigen, schuf die Regierung eine Schlichtungskommission. Nicht wenig hat dazu auch die Kampagne der imperialistischen Presse beigetragen, die von der roten Gefahr, der Anarchie in Hankau usw. schrieb.

Dennoch ließ die Ausdehnung der Streikkämpfe keine allzu scharfe Einmischung zu. Den Höhepunkt erreichten die Streikkämpfe in Wuhan am 3. Januar durch die Besetzung der englischen Konzession durch die Hankauer Arbeiter. Die wirtschaftlichen Kämpfe gingen in die höhere Stufe des politischen Kampfes über. Durch seine entschlossenen und scharf gegen den Imperialismus gerichteten Aktionen schlug das Hankauer Proletariat den Angriff der inneren Reaktion zurück und riß die Bauernschaft, die revolutionäre Intelligenz und die Kleinbourgeoisie mit sich. Die Besetzung der Konzession war ein spontaner Akt der Massen, der gegen den Willen und ohne die Führung der Kuomintang, der nationalen Regierung und sogar der Kommunistischen Partei vor sich ging. Doch diese spontane Handlung hatte eine riesige revolutionäre Bedeutung für ganz China; sie brachte das Proletariat beinahe bis zur Rolle des Hegemons in der Revolution, gab der Wuhan-Regierung einen Ruck nach links und rief gleichzeitig eine Scheidung innerhalb der Kuomintang hervor. Der 3. Januar war eine politische Niederlage der chinesischen Bourgeoisie.

Die Streikkämpfe beschränkten sich nicht nur auf Wuhan, sondern dehnten sich auf die ganze Provinz Hupei und darauf auch auf Kiangsi aus. Dem Beispiel der Hankauer Arbeiter, die die englische Konzession besetzten, folgten auch die Arbeiter in Kiukiang. Doch sofort nach der Besetzung der Konzession hörten die Streikkämpfe in Wuhan fast gänzlich auf. Nicht so sehr deshalb, weil die Arbeiter durch den Kampf erschöpft und große ökonomische Vorteile erlangt hatten, sondern weil nach dem gewaltigen politischen Sieg der Arbeiter ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Festigung

dieses politischen Sieges und auf die politischen Aktionen abgelenkt wurde. Dasselbe ging auch in Honan vor sich, wo die Streikkämpfe ebenfalls in einem politischen Akt von größter Bedeutung ihren Kulminationspunkt fanden: die Arbeiter rissen die Verwaltung der Kohlenbergwerke von Pinziang an sich.

Die vierte Streikwelle in Schanghai begann im Dezember unter dem unmittelbaren Einfluß der Wuhaner Streiks. Die Zahl der Streikenden in Schanghai betrug nach den Angaben der Regierung:

Oktober	2958	Dezember	13 596
November	5168	Januar	24 319

Die Herbstruhepause in der Arbeiterbewegung Schanghai war nicht ungenützt verstrichen. Der illegale Gewerkschaftsrat führte mit ungeschwächter Energie eine angestrengte Kleinarbeit durch, zur Organisierung neuer Abteilungen des Proletariats, die vordem in die Arbeiterbewegung nicht hineingezogen worden waren. Es wurden organisiert: die Handwerker, die kaufmännischen Angestellten, die Gemeindeangestellten, die Straßenbahner und die Arbeiter der Kraft- und Wasserwerke.

Die Grundrichtung der Streikkämpfe änderte sich. Während im Sommer die Spitze der Streiks vor allem gegen das japanische Kapital gerichtet war, richtete sie sich im Dezember bis Januar gegen das englische und darauf auch gegen das chinesische Kapital. Es streikten: die Angestellten der kleinen Geschäftsläden, großer Kaufhäuser, Leihhäuser; ebenfalls die Arbeiter der englischen Textilfabriken, die Straßenbahner und die Kraftomnibusarbeiter im Settlement und in der französischen Konzession.

Im Dezember endeten die Streiks in den englischen Unternehmungen mit einer Niederlage, in den chinesischen mit einem Sieg. Doch bereits im Januar zwangen die Arbeiter auch die Engländer zum Nachgeben. Obwohl die Mehrzahl der Forderungen einen wirtschaftlichen Charakter trug, hatten die Streiks sehr oft einen deutlich ausgeprägten politischen Charakter. Die Streiks entstanden aus den scheinbar geringfügigsten Anlässen infolge der außerordentlichen politischen Spannung und in Verbindung mit den Siegen und dem Vormarsch der Südarmeen. Am 12. Januar fand in zwei großen englischen Unternehmungen, in denen mehr als 10 000 Arbeiter beschäftigt sind, ein regelrechtes Gefecht zwischen der Polizei und den Arbeitern statt. Die Arbeiter zertrümmerten die Maschinen und bombardierten die Polizei mit den Maschinenteilen. Um den 20. Januar herum setzten die streikenden Arbeiter der Fabrik Hen-fon das Fabrik- und Verwaltungsgebäude in Brand. Am 7. Januar traten die Straßenbahner in den Streik und am 22., nachdem ihre Forderungen erfüllt wurden, veranstalteten sie eine Demonstration durch das Settlement, wobei Feuerwerk abgebrannt, revolutionäre Lieder gesungen und Plakate mit der Aufschrift „Wir haben die Engländer besiegt“ mitgeführt wurden. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem zehn Arbeiter verwundet wurden. Der Streik wurde wiederum ausgerufen und erst am 25. Januar beendet.

Diese außerordentliche Spannung, die sich mit dem Vormarsch der Kanton-Armeen nach Schanghai steigerte, kam in dem Generalstreik vom Februar zum Ausbruch, der beinahe spontan entstand und ebenso spontan in einen offenen Aufstand überging.

Ogleich bereits seit langer Zeit Vorbereitungen zur Ausrufung des Generalstreiks getroffen worden waren, kam der Streik vom 19. Februar für viele, darunter auch für die Leitung der chinesischen Kommunistischen Partei, unerwartet. Die Gewerkschaftsfunktionäre beschlossen in der Versammlung in der Nacht auf den 19. Februar ohne lange Erörterung, den Generalstreik auszurufen, und der Streik griff blitzschnell um sich. Die Straßenbahnen und die Kraftomnibusse blieben stehen, die großen Geschäfte wurden geschlossen, die Textilfabriken, die Schiffswerften, der Schiffsverkehr, die Post und eine Reihe weiterer Unternehmungen wurden stillgelegt. Das chinesische Militärkommando begann mit Unterstützung der ausländischen Behörden die grausamsten Repressalien gegen die Streikenden anzuwenden. Im Laufe des 19. und 20. Februar wurden über 200 Arbeiter hingerichtet. Am Abend des 20. und im Laufe des 21. Februar ging der Streik spontan in einen Aufstand über; die Arbeiter entwaffneten die Polizei, und in zwei Stadtbezirken ging die Gewalt faktisch in die Hände der Bezirksgewerkschaftsräte über, da die Polizei geflüchtet war. Am Abend des 22. Februar schloß sich die chinesische Flotte dem Aufstand an und begann das Arsenal zu beschießen. Doch infolge der Unorganisiertheit und des Fehlens einer starken Führung mißlang die Aktion. Am 24. Februar gab der Gewerkschaftsrat den Arbeitern die Anweisung, die Arbeit wieder aufzunehmen, doch in einzelnen Branchen setzten die Arbeiter den Streik auch am 25. und 26. Februar fort.

Es ist schwer, die Zahl der Streikenden festzustellen. Die englische Presse schätzt sie nicht höher als auf 100 000, während die Gewerkschaften behaupten, daß an diesem Streik annähernd 300 000 Arbeiter teilgenommen haben. Die Niederlage des Februarstreiks bedeutete durchaus nicht, daß die Kraft der Arbeiter gebrochen war. Nach weniger als einem Monat, am 21. März, brach in Verbindung mit dem Vormarsch der Kanton-Armeen ein neuer Generalstreik aus, der diesmal besser organisiert war und in einen bewaffneten Aufstand überging, der zu der Vernichtung der Schantung-Armee und zur Besetzung der Stadt durch die Arbeiter führte. An dem politischen Streik im März nahmen über 500 000 Arbeiter teil und nach der Besetzung der Stadt „beteiligte“ sich auch die chinesische Bourgeoisie daran.

Nach dem Einmarsch der Kanton-Truppen in Schanghai verzichteten die Gewerkschaften vom 21. März bis zum 12. April auf die Ausdehnung des wirtschaftlichen Kampfes. Dennoch trat die Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft auf, entwaffnete die Arbeitergarden und veranstaltete das Blutbad vom 13. April. Die Gewerkschaften antworteten darauf mit der Ausrufung des Generalstreiks. Der Generalstreik begann am 13. April und erfaßte bis zu 300 000 Arbeiter, doch schloß er sehr bald ein, sowohl wegen der grausamen Repressalien als auch durch die Verwirrung und Desorientierung der Arbeiter.

So endete die vierte Streikwelle in China. Nach dem Umsturz Tschang Kai-scheks und dem Abschwanken der Bourgeoisie ebte die Streikwelle bis auf eine nie dagewesene niedrige Stufe ab. In Schanghai wegen der Repressalien, in Wuhan, weil die Gewerkschaften der Regierung „keine Schwierigkeiten“ bereiten wollten. Doch bereits im Juni und Juli stieg die Streikkurve in Schanghai wieder an. Unter der Führung der illegalen Gewerk-

schaften streikten die Seidenspinnerinnen und gewannen sogar den Streik. In Futschau, in Tschekiang und in Kanton begannen einzelne Streiks wirtschaftlichen Charakters oder solche, die gegen die Ausländer gerichtet waren. Es wächst eine neue Welle einer Streikbewegung heran, über deren Umfang man sich noch vorläufig sehr schwer eine Vorstellung machen kann.

*

In den Streikkämpfen 1926/27 fällt vor allem diese außerordentliche Gespanntheit und Hartnäckigkeit, mit denen die Arbeiter den Kampf führen, auf. Nicht nur, daß die wirtschaftlichen Streiks mit außerordentlicher Leichtigkeit in politische übergehen, sondern sehr oft bekommen die politischen Streiks die Form von wirtschaftlichen Streiks. So war es auch Anfang März 1927 mit dem Eisenbahnerstreik, der das militärpolitische Ziel hatte, den Truppentransport der Nordarmeen zu verhindern, aber, infolge des Verbots politischer Streiks durch die Polizei, nach außen hin einen wirtschaftlichen Charakter trug.

Natürlich gab es nicht selten Fälle, daß ein falsches politisches Ziel bei den Streiks gewählt wurde. So hatten z. B. die während des Streiks der Textilarbeiter der japanischen Fabriken im Sommer des vorigen Jahres an den wirtschaftlichen Streik geknüpften politischen Forderungen, zum Teil die später in der Schanghaier Arbeiterbewegung eingetretene Reaktion zur Folge, die bis zum Dezember dauerte: da der Hauptschlag der revolutionären Kräfte in China um diese Zeit gegen den englischen Imperialismus (Nordexpedition) gerichtet war, fanden die antijapanischen Losungen der Gewerkschaften keine große Sympathie und lenkten die Aufmerksamkeit von der Hauptaufgabe ab — dem Kampfe gegen Sun Tschuan-fang und die englischen Kapitalisten.

Im allgemeinen aber fügten sich die Streikkämpfe in den gesamt nationalen Kampf ein, stimulierten gleichzeitig den Kampf gegen die Imperialisten, das Kompradorentum, gegen die Gutsbesitzer und wuchsen in den Kampf des Proletariats um die Leitung und die Macht hinein.

Genau so logisch vom Standpunkt des Klassenkampfes und ebenfalls spontan besetzten die Arbeiter die Konzession in Hankau, die Bergwerke in Honan und die Stadt in Schanghai.

Zweitens versetzt die Schnelligkeit, mit der die chinesischen Arbeiter sich nach den schwersten Niederlagen erholen, in Erstaunen. Unter Normalbedingungen hätten die Schanghaier Arbeiter Jahre gebraucht, um nach der vernichtenden Niederlage vom Februar neue Kräfte zu sammeln, doch bedurften sie dafür nur 24 Tage. Das zeugt von der großen Widerstandsfähigkeit und Ausdauer des chinesischen Arbeiters, die durch seine außerordentlich schwere Ausbeutung zu erklären ist. Und je schärfer die Spitze des Kampfes gegen das ausländische Kapital gerichtet ist, desto größer ist die Hartnäckigkeit der kämpfenden Massen.

Drittens muß man noch eine charakteristische Besonderheit der Streikkämpfe in China in der Periode der Nordexpedition hervorheben: das Vorherrschen eines Typus von blitzartig schnellen Streiks mit starker Durchschlagskraft. Längere Streiks sind eine Seltenheit. Die Durchschnittsdauer der Streiks beträgt ungefähr eine Woche, wobei in Dutzenden von Fällen die Streiks sogar nur einige Stunden dauerten. Viele Streiks hatten „Ruhe-

pausen“, d. h. mehr oder weniger lang dauernde Unterbrechungen. Diese Besonderheit ist nicht nur dadurch zu erklären, daß die chinesischen Arbeiter infolge des niedrigen Lebensniveaus nicht imstande sind, aus materiellen Gründen einen langandauernden Kampf zu führen — die Praxis zeigte, daß die Arbeiter in Schanghai, Hongkong und in anderen Zentren verschiedene langandauernde Streiks geführt haben bei außerordentlich geringer finanzieller Unterstützung —, sondern auch durch den heftiger schlagenden Puls des Landes und das für China besonders rasend schnelle Tempo des politischen Lebens.

Endlich noch ein charakteristischer Zug: das ist die Spontaneität der Aktionen der Arbeiterschaft, nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen. Der Streik der Arbeiter der japanischen Fabriken in Schanghai im August begann mit elementarer Gewalt. Die Streikkämpfe gegen die chinesischen Unternehmer in Wuhan entwickelten sich spontan. Die Arbeiter besetzen die englische Konzession in Hankau ohne jegliche Anteilnahme und sogar bei einem gewissen Sträuben ihrer führenden Organisationen. Der Generalstreik vom Februar und der Aufstand in Schanghai brachen ebenfalls spontan aus. Im Grunde genommen ist dieser Umstand durch die Jugend der Arbeiterorganisationen und der Kommunistischen Partei zu erklären, die nicht Schritt halten können mit der allzu schnellen Entwicklung der Ereignisse. Doch eine gewisse Rolle spielte hier auch eine künstliche Zurückhaltung und Bremsung der Aktionen der Arbeiter durch die Gewerkschaften, nicht so aus taktischen als aus politischen Gründen.

In Verbindung mit den Streikkämpfen Ende vorigen Jahres wurden die Kommunisten vor das ernste Problem der Beziehungen zur Kleinbourgeoisie, oder richtiger gesagt, zu den Hunderttausenden, wenn nicht Millionen winziger selbständiger Unternehmer gestellt, die einen oder zwei Arbeiter bzw. Lehrlinge beschäftigen. Diese Kleinbourgeoisie hatte am meisten infolge der Inflation und der militärischen Erschütterungen gelitten; außerdem war sie auch revolutionär gesinnt. Davon ausgehend meinte ein Teil der chinesischen Gewerkschaftsfunktionäre, daß die Arbeiter keine hohen Forderungen in solchen Unternehmungen aufstellen könnten, um sie nicht zu ruinieren. Besonders viele Anhänger hatte diese Theorie in den Spitzen der Kuomintang. In der Praxis lief es aber sehr oft darauf hinaus, daß die Arbeiter unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der Einheitsfront mit der Kleinbourgeoisie genötigt wurden, sich nicht nur der hohen, sondern der Forderungen überhaupt, und nicht nur gegen die Kleinbourgeoisie, sondern überhaupt gegen die chinesische Bourgeoisie, zu enthalten. Selbstverständlich wurden Streiks in den staatlichen Unternehmungen verboten. Als kurz nach dem 20. März in Kanton die Arsenalarbeiter in den Streik traten, lehnten die Kommunisten es ab, sie zu unterstützen, wofür sie von den Streikenden den Namen „Kuomintanghunde“ erhielten. Ein Jahr darauf wurden diese Arbeiter von den rechten Kuomintang-Leuten gegen die Kommunisten ausgespielt.

Ende des Jahres 1926 ließ sich die Arbeiterbewegung, die spontan alle Hindernisse gesprengt hatte, nur sehr schwer regulieren. Doch bald gewann die Verkündung des Friedens zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, die von vielen Vertretern der Kuomintang ausging und keinem Widerstand

der Gewerkschaften und der Kommunisten begegnete, einen gewissen Einfluß auf die Arbeiterschaft, speziell in Wuhan; die Streiks hörten auf. Im Namen der bürgerlichen Nation brachten die Arbeiter im gegebenen Falle Opfer, ebenso wie die Schanghaier Arbeiter nach dem 21. März zur Aufrechterhaltung des Burgfriedens Opfer brachten. Doch die Reaktion ging u n g e a c h t e t dieser Opfer zum Angriff über. Das einzige Ergebnis war nicht die Lahmlegung der Reaktion, sondern die Demoralisierung der Massen.

Die Organisierung und die Leitung der Streiks bildet eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften. Doch ihre Eindämmung, die aus der Furcht vor ihrer Entfaltung entsteht, kann sich als äußerst gefährlich für die gesamte revolutionäre Bewegung erweisen. Dies führt unter anderem zur Spontaneität der Aktionen, die einen viel stärkeren Verbrauch an Energie und an Kräften zur Folge hat.

Wir streiften hier nur die krassesten Momente der Streikbewegung aus der Periode der Nordexpedition. Sie bedeutet eine gewaltige Erfahrung, die nicht nur von der chinesischen, sondern auch von Arbeiterorganisationen der anderen Länder verwertet werden kann. Trotz der vereinzelt, manchmal sehr schweren Fehler machten sich die chinesischen Gewerkschaften die Lehren dieses gigantischen Kampfes schnell zu eigen. Ein weiteres Studium dieses Kampfes ist unbedingt notwendig, um durch die Nutzbarmachung seiner Lehren die neuen gigantischen Aktionen des chinesischen Proletariats vorzubereiten, die sich ganz unerwartet in der allernächsten Zukunft entladen können.

„DER PARTEIARBEITER“

(Heft 5 und 6 — 1927)

Der „Parteiarbeiter“, der heute im 5. Jahrgang erscheint, weist besonders in den letzten anderthalb Jahren methodisch, aber auch inhaltlich wesentliche Fortschritte auf, die in einer sorgfältigen Auswahl der wichtigsten praktisch-organisatorischen Erfahrungen, in dem erfolgreichen Bestreben immer nur das aktuellste Material aufzunehmen, in der Verbindung der praktischen Beispiele und konkreten Probleme mit einer Analyse und in der Erziehung der Leitungen, Funktionäre und Mitgliedschaft zur konkreten Behandlung der Parteifragen bestehen.

Alle anderen Sektionen der KI stehen in bezug auf organisatorische Zeitschriften weit hinter der KPD zurück. Es besteht bloß in der KP der USA eine dem „Parteiarbeiter“ ähnliche Zeitschrift „The Party Organiser“. Die französische Partei bringt ihre Organisationsaufsätze und Diskussionen noch immer in der allgemeinen Zeitschrift der KPF in sehr beschränktem Maße. Bei den anderen kommunistischen Parteien ist es nicht einmal so weit.

Der in der Mainnummer (Heft 5) des deutschen „Parteiarbeiters“ enthaltene Aufsatz „Organisatorische Lehren der Lohn- und Arbeitszeitbewegung“, der eine Reihe Schwächen unserer Kampagne aufzählt, geht an dem Hauptmangel vorüber, daß es uns nicht gelungen ist, die Gewerkschaften durch den Massendruck der Zellen und Fraktionen in die Bewegung hineinzuziehen. Der Artikel führt als Haupt- und allgemeinsten Mangel die fehlende Planmäßigkeit unserer Gewerkschaftsarbeit auf und das Fehlen eines eingehenden Arbeitsplanes für die Fraktionen. So wertvoll Arbeitspläne selbst für Fraktionen sind, so ist die außerordentliche Betonung des Arbeitsplanes gerade für die Fraktionen durchaus bedenklich, da sie von einer Tendenz spricht, die Methoden des Parteiapparates auf die Fraktionen mechanisch zu übertragen. Es besteht die Gefahr der Bürokratisierung der Fraktionen, bei denen gerade das Hauptgewicht auf die schnelle, geschickte Reaktion auf alle sie angehende Gewerkschaftsereignisse gelegt werden muß.

Der Artikel stellt den Fraktionen Aufgaben, die von der Gewerkschaftsabteilung gelöst werden müssen. Im Gegensatz dazu werden die Gewerkschaftsabteilungen von einer Reihe von Arbeiten befreit. Ihre Aufgaben werden z. B. nur auf die Kontrolle der Fraktionen beschränkt. In Wirklichkeit sind sie viel breiter, umfassen die Beobachtung des Wirtschaftslebens, der allgemeinen Politik der SPD und Reformisten und sonstigen gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen, die gesamte Führung der Fraktionen, Materialvorbereitung für sie, allerlei Hilfe usw. Wenn auch der Fehler in bezug auf die Beschränkung der Aufgaben der Gewerkschaftsabteilungen im Juniheft (Heft 6) schon schwächer zum Ausdruck kommt, so sind doch die Mängel in bezug auf die Bezirksfraktionsleitungen nicht beseitigt worden. Dies alles deutet darauf hin, daß die Auffassung im Maiheft keine zufällige war, was auch z. T. in der Auffassung zum Ausdruck kommt, die in einem gewerkschaftlichen Rundschreiben der Partei niedergelegt worden ist.

Der Artikel „Zehn Jahre Sowjetrußland“ gibt bloß in groben Zügen den Inhalt der Kampagne wieder, teilt aber nicht die Methoden mit, die zur Durchführung angewendet werden müssen, oder, wie wenigstens solche konkreten Methoden je nach den Verhältnissen herausgearbeitet werden können.

In dem Artikel „Durchführung von Schiedsgerichten“ wird anstatt das stark kleinbürgerlich-sozialdemokratisch gefärbte Schiedsgerichtsverfahren gegen sich selbst und sonstige kleinbürgerliche Streitigkeiten durch eine ideologische Aufklärung zu bekämpfen, das ganze Problem vom technischen Standpunkte aus behandelt, und diese Erscheinungen in der Partei werden nur als „unangenehm“ und „störend“ erklärt. Außerdem wird in dieser Arbeit den Zellen ihr durchaus feststehendes Recht, Entscheidungen bei Disziplinarverletzungen, parteischädigenden Handlungen usw. selbst zu fällen, genommen. Die Zelle hat sogar das Recht, selbst über Ausschlüsse aus der Partei zu beschließen, wenn auch diese Beschlüsse nur bei Bestätigung durch die höhere Parteinstanz in Kraft treten.

Die Arbeit „Was die Generalkontrolle zeigt“ verzichtet auf eine umfassende Darlegung organisatorischer Konsequenzen, z. B. in bezug auf die Gewerkschaftsarbeit usw.

Das Juniheft (Heft 6) ist gediegener und konzentriert sich stärker auf die momentan aktuellsten Probleme. Sehr wertvoll ist der erste Versuch, die organisatorischen Probleme, die mit dem Kampf gegen die Kriegsgefahr verbunden sind, systematisch zu behandeln. Aber unter den aufgestellten Aufgaben fehlt ganz die der Schaffung der Verbindung zwischen den unteren Parteiorganen mit den Leitungen, die erst die Selbständigkeit, Aktivität und Initiative auf richtige Wege lenken und garantieren kann. Die dauernde Betonung der „Selbständigkeit“ der unteren Parteiorgane bekommt hier eindeutig die Nebenbedeutung einer Losgelöstheit von den anderen Organisationen und einer fast anarchistischen Selbständigkeit. Richtig wäre es, weniger von einer Selbständigkeit, als von einer eigenen, gesteigerten Initiative und Selbstbetätigung zu sprechen. Die Frage der Heranbildung von fähigen Genossen für die höheren Leitungen, die besonders unter zugespitzten politischen Verhältnissen, wo mit einem schnellen Wechsel der Leitungen gerechnet werden muß, von außerordentlicher Wichtigkeit ist, wird überhaupt nicht angeschnitten.

In der Arbeit „Macht die Betriebe faschistenrein!“ herrscht eine etwas zu optimistische Auffassung über die schon entfaltete Aktivität der Arbeiterschaft gegen den Faschismus, bei gleichzeitigem Zugeständnis, daß die Arbeit der KP in dieser Richtung erst am Anfang steht. Hier muß, wie dies durchaus richtig in einem Rundschreiben der Partei zum Ausdruck kommt, noch klarer hervorgehoben werden, daß der Kampf gegen die Faschisten sich vor allem eine Anprangerung des Faschismus bei der gesamten Arbeiterschaft und die Schaffung einer öffentlichen Meinung innerhalb der Arbeiterschaft gegen den Faschismus zum Ziele setzen muß, genau so, wie dies im Falle des Streikbrecherwesens geschehen ist.

Die erste zusammenhängende Arbeit über die Frage „Gewinnung, Heranziehung und Erfassung der Sympathisierenden“ stellt nach den bisher sehr unsystematischen, vereinzelt Anweisungen einen wesentlichen Schritt vorwärts in der Richtung zur Zusammenfassung der organisatorischen Erfahrungen in dieser Hinsicht dar. Die Schwäche beruht darin, daß die Frage der Organisierung der Sympathisierenden, losgelöst von der Arbeit der Zellen und der Gesamtpartei gesehen und infolgedessen auch ohne Zusammenhang mit der Arbeit zur Erweiterung des ideologischen Einflusses und der Sympathien der KP gestellt wird.

In der Rubrik „Aus der Praxis, für die Praxis“ wäre es sehr wünschenswert, wenn die Redaktion bei einigen Beispielen, die Allgemeingültigkeit haben, oder aus denen die Nutzenanwendung nicht sofort und gleich zu ziehen ist, oder die zu irgendwelchen falschen Schlußfolgerungen Veranlassung geben könnten, in einem kurzen Zusatz entsprechende Bemerkungen hinzufügte. So gut auch im allgemeinen in dieser Rubrik die Abteilungen über Zellen- und Fraktionsarbeit sind, so ist die Abteilung Agitproparbeit im großen und ganzen viel schwächer. Darin drückt sich wohl die verhältnismäßige Schwäche der Partei in bezug auf die organisatorische Vorbereitung und Durchführung von Agitproparbeiten aus.

Trotz der kritischen Bemerkungen über den „Parteiarbeiter“ muß sein außerordentlicher Wert gerade wegen seiner Konkretheit und praktischen Verwendbarkeit in der Arbeit der Partei anerkannt werden und es ist zu hoffen, daß die anderen kommunistischen Parteien (z. B. die amerikanische) aus der bisherigen Entwicklung des deutschen „Parteiarbeiters“ und aus den hier gemachten kritischen Bemerkungen Lehren ziehen. Für die größeren kommunistischen Parteien ist schon jetzt die Zeit gekommen, nach dem deutschen Muster sorgfältig das praktische Parteileben zu beobachten, die Erfahrungen zu sammeln und sie zu verarbeiten, um sie so dem Kreise der aktiven Parteigenossen zugänglich zu machen.